COMPACT

Ausgabe 8/2017 | 4,95 EUR
www.compact-online.de

MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Geheimakte Antifa

Wie die Altparteien den Bürgerkrieg finanzieren

Lebensgefahr!

No-Go-Areas für Deutsche

NSU-Schwindel

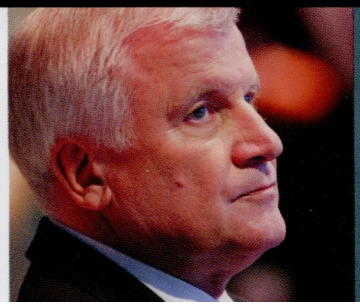
Zweifel selbst im Bundestag

RB Leipzig

Vergöttert und verdammt

Rock gegen Links

Clapton, Morrissey und Co.



Dossier: Mogelpackung CSU

Wie Seehofer die Bayern an Merkel verrät

4 192153 204957 08

Worauf wir stolz sein können

COMPACT-Historiker Jan v. Flocken mit einem unterhaltsamen Spaziergang durch unsere Geschichte

Bestellung unter shop@compact-mail.de · FAX 03327-569 86 17 · compact-shop.de

Links hui, rechts pfui

Stellen wir uns vor: 1.500 gewaltbereite Rechte ziehen durch Hamburg. Zünden ganze Straßenzüge an, plündern Geschäfte, schleudern Stahlkugeln auf Polizisten, feuern mit Pyrotechnik auf einen Hubschrauber, verprügeln ausländische Journalisten und flambieren alle Autos, die im Wege stehen. Die Aktivisten der Identitären Bewegung (IB) vermeiden im Nachhinein jede Distanzierung von der Randale. Politiker der AfD, von denen etliche als «Beobachter» mittenmang waren, stellen sich vor die Kameras und geben alle Schuld der Polizei.

Was würde passieren? Die inhaftierten Gewalttäter würden in Schnellprozessen zu Höchststrafen wegen Landfriedensbruchs und Mordversuchs verknackt werden. Die IB wäre in Nullkommanix als terroristische Vereinigung verboten und aufgelöst – ihre Köpfe landeten, auch wenn sie gar nicht vor Ort waren, hinter Schloss und Riegel. Die wenigen rechten Begegnungsstätten – etwa das neue IB-Haus in Halle oder das Institut für Staatspolitik in Schnellroda – wären im Handumdrehen dicht. Die AfD würde in Gänze zur verfassungsfeindlichen Partei erklärt werden. «Zur Beweissicherung» gäbe es bundesweit Razzien in Parteibüros und Redaktionen von Publikationen wie COMPACT, einige Hundert müssten auf der Grundlage entsprechend frisierter Chat-Protokolle mit Anklagen wegen Volksverhetzung rechnen, etliche Dutzend landeten in U-Haft.

Die Beispiele entfesselter Gewalt waren echt – aber die geschilderten Folgen sind fiktiv. Denn die Gewalt in Hamburg ging von der Rotfront aus, und die wird vom Staat nicht nur mit Samthandschuhen angefasst, sondern einschließlich ihrer extremistischen Fraktionen auch noch massiv subventioniert. Zwar gibt es in Teilen der Union und der angeschlossenen Springerpresse jetzt ein gewisses Erschrecken vor den «Linksfaschisten» (Jens Spahn) – aber das wird keine Konsequenzen haben, denn vor allem die GEZ-Medien räumen den rot-grünen Paten des Terrors üppig Raum zur Verteidigung ein. Frau Maischberger ließ selbst zu, dass eine Molli-Schabracke wie Jutta Ditfurth einen altgedienten Rechtsstaat-Verteidiger wie Wolfgang Bosbach aus dem Studio vertrieb – und Sudel-Feder Jakob Augstein, der publizistische Nachfolger von Ulrike Meinhof, ist weiter wohlgelittener Kolumnist beim *Spiegel*.

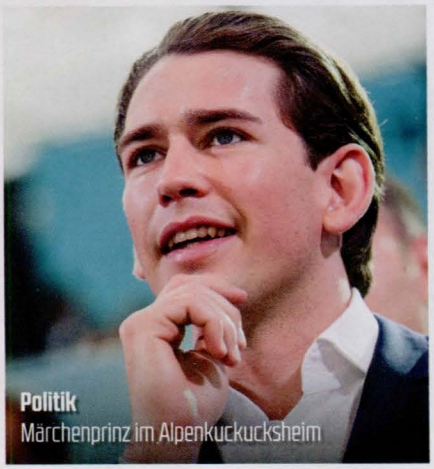
Diese Ungleichbehandlung von Links und Rechts war jedoch nicht immer so. Man erinnere sich an Kanzler Helmut Schmidt, einen Sozi!, der immerhin in der Lage war, den intellektuellen Sympathisantensumpf der RAF auszutrocknen. Wie schafften es die Linken in der Folge, trotz ihrer Brandstifter reputierlich zu werden? Ganz einfach: Weil sie zusammenhalten wie Pech und Schwefel. Gegen die G20 demonstrierten Grüne und Sozis, Altkommunisten und Autonome, Anarchos und Öko-Freaks – verfeindete Stämme, die sich ansonsten gerne an die Gurgel gehen. Aber wenn der Staat sie angreift, schließen sie die Reihen. Sie distanzieren sich von keinem – nicht einmal von den Irren, die ihre eigenen Klapperkisten im Schanzenviertel angezündet haben.

Chefredakteur Jürgen Elsässer. Foto: Jörg Gründler

Bei den Rechten dagegen fehlt die Geschlossenheit: Viele sind jederzeit bereit, dem System einen Kameraden zum Fraß vorzuwerfen, um die eigene Haut zu retten. Und dabei geht es noch nicht einmal um die Militanten, die man in nationalen Zusammenhängen derzeit ohnedies mit der Lupe suchen muss, Gott sei Dank. Unter der Abgrenzeritis leidet vielmehr vor allem die IB, die sich absoluter Gewaltfreiheit verpflichtet hat. Oft genügt schon ein falsches Wort, dass in der AfD ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet wird – Björn Höcke ist nur eines der Beispiele. Und dass noch kein ranghoher Politiker bei Pegida gesprochen hat, ist Ausdruck eines Zu-Tode-Taktierens. Einen Finger kann man brechen – aber fünf Finger sind eine Faust! Ist das so schwer zu kapieren?

COMPACT Themen

Titelthema
Geheimakte Antifa


Politik
Märchenprinz im Alpenkuckucksheim

Dossier
Mogelpackung CSU

Leben
Gehasst, verdammt, vergöttert

05 Foto des Monats

06 COMPACT Intern

08 Zitate des Monats

09 Leserbriefe

Titelthema

11 Geheimakte Antifa
Wie die Altparteien den Bürgerkrieg finanzieren

14 Merkels linke Kampftruppen
Der Schwarze Block als Avantgarde des Globalismus

18 Antifanten und Spekulanten
In den USA gilt die Antifa offiziell als Terrororganisation

20 Zwischen Marx und Mohammed
Wenn linke Revoluzzer Geschmack am Dschihad finden

Politik

24 Die gefährlichsten Orte in Deutschland
Lebensgefahr: Acht No-go-Areas

28 Der NSU-Schwindel
Der Bundestag entlastet Zschäpe

31 Märchenprinz im Alpenkuckucksheim
Kurz will Österreichs Kanzler werden

34 Ein Pulverfass, viele Streichhölzer
In Syrien zündeln jetzt die Kurden mit

37 Versteckspiel im Mittelmeer
Schiff der Identitären jagt Schlepperflotte

Dossier

42 Ist das noch CSU – oder kann das weg?
Wie sich Seehofer Merkel unterwirft

44 Morden im Norden – Lynchen in München
Vom Ende der Freiheit im Freistaat

46 München, rot lackiert
Die Stadt päppelt Linksextreme

48 Als der weiß-blaue Löwe brüllte
Erinnerungen an Franz Josef Strauß

Leben

51 Gehasst, verdammt, vergöttert
RB Leipzig mischt die Bundesliga auf

54 Rock gegen Links
Morrissey, Clapton und andere Rebellen

57 Ich heirate meinen Hund
Akif Pirinçci will die Ehe mit allen

60 Frei ist, wer Regeln verinnerlicht
Virtuosität ist besser als Emanzipation

63 Entscheidung vor Kalemegdan
Als Prinz Eugen die Türken davonjagte

Kolumnen

65 BRD-Sprech _ Ehe für alle

66 Bartels Schmäh _ Jutta, Parma, Macho

COMPACT Impressum

Herausgeber & Verlag
COMPACT-Magazin GmbH
Geschäftsführer Kai Homilius
Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel)
E-Mail verlag@compact-mail.de
Website www.compact-online.de

Vertrieb, Bestellungen, Abo-Betreuung
Fon 03327-5698611
Fax 03327-5698617
E-Mail vertrieb@compact-mail.de

Bankverbindung COMPACT-Magazin GmbH
Mittelbrandenburgische Sparkasse
BIC: WELADED1PMB
IBAN: DE74 1605 0000 1000 9090 49

COMPACT Redaktion (NEU!)
Französische Str. 12, 10117 Berlin
(Großbriefe und Päcken an den Verlag)
Fon 030-20188322
Fax 03327-5698617
E-Mail redaktion@compact-mail.de

Chefredakteur Jürgen Elsässer (V.i.S.d.P.)
Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens
Redakteure Marc Dassen (Politik), Tino Perlick (Korrespondent)

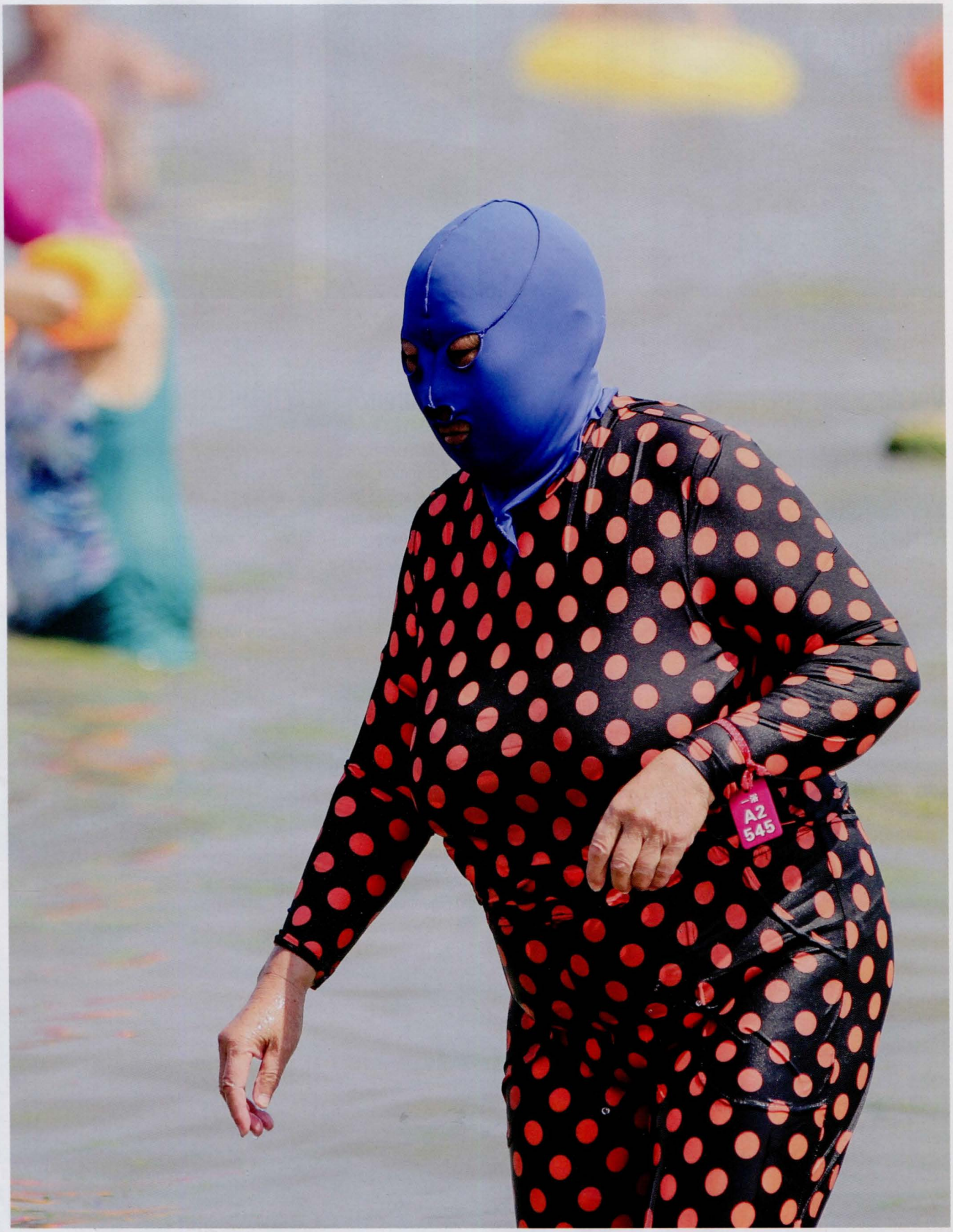
Cover Montage Iris Fischer
Fotoquellen Cover csheezio/Getty Images, Montage
Layout/Bild Steffen Jordan

Anzeigenakquise
E-Mail anzeigen@compact-mail.de

Gedruckt in Deutschland

Redaktionsschluss
14.7.2017

Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe
Samstag, 26.8.2017



Hidschab, Burka oder Hasskappe? *Immer öfter taucht an den Stränden Chinas eine neue Gesichtsverhüllung vornehmlich für Frauen auf. Wird die Volksrepublik zum Islamischen Staat? Weit gefehlt – der erstmals 2004 in der Hafenstadt Qingdao gesichtete Facekini soll beim Baden vor Quallen schützen. Vor allem jedoch vor der Sonne, denn im Reich der Mitte ist vornehme Blässe das angesagte Schönheitsideal. Als Erfinderin gilt Zhang Shifan, eine pfiffige Händlerin von Badeartikeln. Allein in der Saison 2015 verkaufte sie 30.000 Masken. Dass ihre Kreation im von aggressiver Islamisierung betroffenen Deutschland eher eine Schockstarre auslösen würde, dürfte ihr wohl kaum bewusst sein. Denn Chinas Leitkultur kommt auch künftig gut ohne moslemische Bereicherung aus. Foto: REUTERS/Stringer*

Da guckt die Mutti. Erhältlich unter compact-shop.de
Foto: COMPACT

Vor der Wahl: Überzeugen

Wahlkampfzeit. Jetzt lügen sie uns wieder die Hucke voll: Die Asylantenflut ist vorbei. Der Terror hat nichts mit dem Islam zu tun. Die Ausländerkriminalität sinkt. An Einzelfälle müssen wir uns gewöhnen. Die Fachkräfte aus Syrien sichern unsere Renten. Die Energiewende bleibt bezahlbar. Die Mieten werden sinken. Die Schwulenehe führt zu Kinderfreundlichkeit.

Jede Partei schleift die Fundamente, auf denen sie gegründet wurde: Die christliche CDU will nichts mehr von der christlichen Ehe wissen, die liberale FDP macht den Bückling vor der Euro-Planwirtschaft, die sozialdemokratische SPD drückt die Löhne ihrer Arbeiterwähler durch importierte Billiglöhner, die einst gewaltfreien Grünen sind für jeden Krieg zu haben – und ein linker Ministerpräsident begrüßt Scheinasylanten mit einem herzlichen «Inschallah».

Mit diesen Sätzen beginnt das Editorial der COMPACT-Spezial Nr. 14 *Verrat am Wähler – Geschichte und Gegenwart der Altparteien*. Die Sonderausgabe bietet Grundwissen und Argumentationshilfen, mit denen Sie ihre Nachbarn, Kollegen und Freunde davon abhalten können, das Kreuz an den falschen Stellen zu setzen... Zur Unterstützung haben wir ein Flugblatt entwickelt, das auf zwei Seiten nachweist, dass die Blockparteien Deutschland zerstören. Das können Sie auf unserer Webseite kostenlos downloaden, ausdrucken und verteilen (auf COMPACT-online.de, ganz oben «Unterstützen» klicken) oder auch in bereits gedruckter Form in größerer Stückzahl bestellen (auf COMPACT-shop.de unter «Bekennerartikel»). ■

Am 28. Oktober auf nach Leipzig!
Foto: COMPACT

Nach der Wahl: Konferenz

Die traurige Wahrheit nach der Bundestagswahl wird sein: Merkel regiert weiter, die Blockparteien haben eine solide Mehrheit. Das bedeutet: Die Grenzen bleiben offen. Islamisierung und Bevölkerungsaustausch werden fortgesetzt. IS-Terroristen und rotlackierte SA können wie gehabt auf Vorzugsbehandlung hoffen. Die Zensur von Big Sister macht kritische Stimmen mundtot. Wir Deutsche werden fremd im eigenen Land.

Was bedeutet Widerstand unter diesen Bedingungen? Auf der 6. COMPACT-Souveränitätskonferenz diskutieren die wichtigsten Vertreter der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition. Lutz Bachmann von Pegida und Martin Sellner von der Identitären Bewegung haben schon zugesagt. Bei der AfD sind wir in Kontakt mit allen Köpfen, die das Interesse des Volkes über Parteiegoismus und Eigennutz stellen.

Wir treffen uns am 28. Oktober in Leipzig! Mit dem Veranstaltungsort setzen wir ein Zeichen in einer Hochburg des linksextremen Terrors: Wir lassen uns nicht vertreiben! Die Angriffe auf unsere letzte Konferenz in Leipzig – «Mut zur Familie» im Jahr 2013 – haben wir nicht vergessen. Es gilt: Jetzt erst recht! Kein Fußbreit den Feinden der Meinungsfreiheit! Der schwarze Block hat gedacht, er könne COMPACT und Legida aus der Stadt hinausjagen und mit brutaler Gewalt den Wahlkampf oppositioneller Kräfte verhindern. Aber er hat die Rechnung ohne das Volk gemacht: Die Sachsen sind helle, und unsere Verkaufszahlen beweisen: Sie teilen unseren Mut zur Wahrheit! Jetzt anmelden und Plätze sichern:
konferenz.compact-online.de ■

Die Goldkarte sichert Ihnen alle COMPACT-Angebote.
Foto: COMPACT

COMPACT: Unser Gold-Club

Sicher haben Sie schon festgestellt, dass wir dieses Jahr mehr Sonderausgaben erstellt haben als je zuvor. Damit wollen wir fleißig weitermachen:

COMPACT-Edition Nr. 5: *Der NSU-Schwindel*. Wie bei unseren Editionen üblich, werden wir im Wesentlichen wichtige Dokumente im Original wiedergeben – in diesem Fall die entscheidenden Passagen aus dem Abschlussbericht der NSU-Untersuchungskommission des Bundestages, die den Zschäpe-Prozess zum Platzen bringen müssten. Die Leerstellen und Widersprüche des Dokuments kommentiert Jürgen Elsässer. Erscheint zum 1. Oktober.

COMPACT-Spezial Nr. 15: *Klimaschwindel*. Eine der mächtigsten Ideologien der Neuen Weltordnung – die aber nach der Kündigung des Pariser Abkommens durch Präsident Donald Trump brüchig geworden ist. COMPACT referiert den Diskussionsstand in der Wissenschaft und zeigt die fatalen Konsequenzen für jeden Einzelnen. Erscheint zum 1. November.

COMPACT-Geschichte Nr. 2: *Deutsche Helden*. Dass die erste Ausgabe *1000 Jahre Deutsches Reich* zu unseren bestverkauften Heften gehört, zeigt das riesige Bedürfnis nach einer unverfälschten Darstellung unserer Vergangenheit. Freuen Sie sich auf Deutsche Helden – vom Römerschreck Arminius bis zum Panzergeneral Erwin Rommel. Erscheint zum 1. Dezember.

Wer zuverlässig alle unsere Produkte im Sammel-Abo bekommen und weitere goldene Vorteile genießen will, wird am besten Mitglied im COMPACT-Club:
club.compact-online.de ■

Nur Ihr Abo macht uns stark!

Mut zur Wahrheit

COMPACT

Ehrlicher Journalismus in Zeiten der Lüge.

Die schweigende Mehrheit kann die Verhältnisse zum Tanzen bringen, wenn sie ihre Stimme wiederfindet. COMPACT ist ihr Lautsprecher, weil wir drucken und verbreiten, was andere nicht zu schreiben wagen. Unterstützen Sie uns jetzt mit einem Abo! Als Dankeschön genießen Sie exklusive Vorteile:

COMPACT-Abonnenten

- bekommen das Magazin, bevor es am Kiosk erhältlich ist, jeden Monat in einer Versandtasche bequem nach Haus!
- zahlen kein Porto!
- erhalten eine Abo Prämie!
- sparen bei COMPACT-Konferenzen am Eintrittspreis!
- haben freien Eintritt zu der monatl. Veranstaltungsreihe COMPACT-Live!

www.mut-zum-abo.de

Jährlich nur € 59,40*

*gilt bei Versand innerhalb D., sonst 83,40 EUR

Die von einem ominösen Bündnis getragene Demonstration Welcome to Hell bildete am Abend des 6. Juli, einem Donnerstag, den Auftakt zum Antifaterror in Hamburg. Am nächsten Tag verwüstete der Schwarze Block das Schanzenviertel. Foto: g20tohell.blackblogs.org

Geheimakte Antifa

«Linksextremismus ist ein aufgebauschtes Problem.» *(Familienministerin Manuela Schwesig, SPD, Welt Online, 30.6.2014)*

«Wir werden Gewalttaten und unfriedliche Kundgebungsverläufe unterbinden.» *(Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz, SPD, Tagesspiegel, 2.7.2017)*

«Dennoch genehmigten die Behörden den Welcome-to-Hell benannten Protestzug ohne Auflagen.» *(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.7.2017)*

«(...) die Gewalt ging von Staat und Polizei aus. Jede Flasche, jeder Stein hat heute seine Berechtigung!» *(Zeit-Mitarbeiter Sören Kohlhuber per Twitter, 6.7.2017, danach gekündigt)*

«Linksfaschisten.» *(Der CDU-Politiker Jens Spahn über die G20-Demonstranten, bild.de, 8.7.2017)*

«Rechtsradikaler Spuk wird sofort beendet, Gott sei Dank! Auf der linken Seite sieht das anders aus; und wenn Sie mich fragen: Das wird so bleiben. Wir werden immer fein differenzieren zwischen linker Gewalt und rechter Gewalt. Das halte ich für einen Fehler.» *(CDU-Politiker Wolfgang Bosbach im NTV-Interview, 8.7.2017)*

«Das ist Dunkeldeutschland. (...) Was muss noch passieren, damit die Politik hier endlich reagiert? Müssen wir auf den ersten Toten warten? In Hamburg wäre es beinahe so weit gewesen.» *(AfD-Politiker Jörg Meuthen, 8.7.2017)*

«Die Eskalation geht eindeutig von den Behörden aus.» *(Linken-Vorsitzende Katja Kipping, Bild, 10.7.2017)*

Immer mehr Fachkräfte

«Die EU-Staaten nehmen fünf Mal so viel Migranten aus der Türkei auf wie im Flüchtlings-Deal vereinbart. (...) Auf jeden Griechenland-Rückkehrer wurden somit fünf Türkei-Flüchtlinge in die EU umgesiedelt. Nach dem Flüchtlings-Deal mit Ankara sollte es aber ein 1:1-Verfahren geben.» *(Zeit Online, 27.6.2017)*

Blinde Kuh

«Der Vorwurf, die NSA habe das Mobiltelefon von Angela Merkel abgehört, konnte nicht untersucht werden. Die Bundeskanzlerin selbst hatte entschieden, dass ihr Handy nicht analysiert werden soll.» *(Zeit Online zur Veröffentlichung des NSA-Abschlussberichts, 28.6.2017)*

«Lassen Sie nicht zu, dass Soros als Letzter lacht.» Plakatkampagne der ungarischen Regierung gegen den Milliardär und dessen Unterstützung der illegalen Einwanderung. Foto: Screenshot Youtube

Bloß nicht die Wahrheit

«Es ist eine neue furchtbare Geschichte aus dem Irak. Eine irakische Abgeordnete hat sie erzählt. Sie handelt davon, was IS-Terroristen gefangenen Jesidinnen antun. Wir werden diese Geschichte nicht wiedergeben.» *(Focus Online, 28.6.2017)*

Wer's glaubt...

«Die Institution der Ehe wird durch die Ehe für alle aufgewertet.» *(Wiener Theologe Ulrich Körtner, Deutschlandfunk Online, 29.6.2017)*

Zum Mond schießen

«Die einzige Rettung der Menschheit bestehe laut dem Physiker in Kolonien auf anderen Planeten.» *(Star-Physiker Stephen Hawking, Express Online, 2.7.2017)*

Selbsterkenntnis

«Das wahre Problem sind Menschen wie ich. Der Wohlstand der extrem reichen Menschen ist nahezu unglaublich.» *(US-Milliardär Warren Buffett im Interview mit US-Sender CNBC, 3.7.2017)*

Scharia-Polizei

«Eine Gruppe von islamistischen Schlägern soll in Berlin lebende Tschetschenen, insbesondere Frauen und deren Kontakte wegen vermeintlicher Verstöße gegen ihre archaischen Moralvorstellungen bedroht und angegriffen haben.» *(Tagesspiegel Online, 4.7.2017)*

Wir schaffen das

«Deutschland ist das Land, was die meisten Geflüchteten aufgenommen hat, und wir sind jetzt im Gespräch mit den Italienern, noch mehr zu tun.» *(Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt, Merkur Online, 6.7.2017)*

Böse Kartoffeln

«Ihr seid alle Terroristen!» *(Der syrische Flüchtling Ahmad Hashish über die Deutschen, Berliner Zeitung Online, 7.7.2017)*

Betreutes Bomben

«Ausgerechnet ein Psychologe mit Kontakten in die islamistische Szene soll sich um den 13-Jährigen aus Ludwigshafen gekümmert haben, der wohl in seiner Heimatstadt einen Bombenanschlag geplant hatte.» *(rheinpfalz.de, 10.7.2017)*

Zensur und Spaß dabei

«Ich halte es für richtig und gut und wichtig, was wir machen. Was wir hier sehen, muss jemand anderes nicht sehen.» *(Mitarbeiter des Löschzentrums bei Facebook, blog.wdr.de, 11.7.2017)*

Auschwitz-Politiker

«Kurz gesagt, bin ich wegen Auschwitz Politiker geworden.» *(Bundesjustizminister Heiko Maas, SPD, theeuropean.de, 12.7.2017)*

Die Kuh macht muh

«Mimose macht Mimimi bei Medien, seit Tagen.» *(Jutta Ditfurth verhöhnt Wolfgang Bosbach, Twitter, 14.7.2017)*

Zu COMPACT allgemein

COMPACT Heft 7 ist im Wesentlichen großartig, Ihr Editorial, wie immer, das Beste. Auf Seite 28 zeigen Sie ein Bild des Innenministers Thomas de Maizière mit so einem ägyptischen Religionsmann. Wieder taucht die Frage auf, was für merkwürdige Politiker haben wir eigentlich?

Wolfram M., Halle, per E-Mail

Ich werde ab September COMPACT-Magazin abonnieren und auch das COMPACT-T-Shirt bestellen. Mich hat es schrecklich geärgert, dass nach dem Geschehen in Köln in der Silvesternacht 2015 kein Wort über das Leid der Frauen gesprochen wurde. Ich habe auch im Bekanntenkreis und im Gespräch mit Fremden meine Meinung vertreten und damit ein paar Gegner und Feinde mehr bekommen.

Mara, per E-Mail

Das Editorial im COMPACT ist jedesmal herrlich frisch zu lesen.Die markante Ausdrucksweise von Herr Elsässer macht mir richtig Spaß. ich lese es jeweils in Abständen etwa 3 mal.

Ruth K., bei Basel, per Brief

Eines der besten Cover seit Langem. Themen und Inhalte, die die gleichgeschaltete Abschreibungsjournaille von Merkel Press nicht bringt. Die Generation Pisa-Versager wird abgelöst werden durch die Generation Samenspenderkinder oder Leihmütterkinder. Bei den Grünen sogar Kinder und Kinderinnen. Die spinnen, die Grünen.

Ulrich Herfurth, per Facebook-Kommentar

Zum Interview mit Marion Le Pen

Das Schielen auf Mehrheiten bringt nichts, denn so lange die Medien vom Feind kontrolliert werden, haben die Patrioten keine Chance, auf demokratischem Weg den Wandel bewerkstelligen zu können. Es gilt, eine radikale Opposition zu schaffen, die mit diesem bis ins Mark verrotteten System keine Kompromisse mehr schließt. Besser eine zahlenmäßig relativ kleine Bewegung von hochmotivierten Patrioten mit einem klaren Ziel als ein amorpher Haufen, der sich nur gerade gegen die Islamisierung einig ist.

Jürgen G., per Website-Kommentar

Für eine echte Volkspartei kann es nur ein Motto geben: Lieber mit der Wahrheit Wähler verlieren, als mit der Lüge Wähler gewinnen. Keine Kompromisse, wenn es um die Rechte des Volkes geht. Die Freiheit jedes Einzelnen wird massiv bedroht, und alles Unmoralische und Sittenwidrige wird groß als Gleichstellung dem Bürger verkauft. Die Feinde des Volkes haben längst die Axt an die Wurzeln unserer Kultur angelegt.

Reiner Dung, per Website-Kommentar

Zum Titelthema «Die Verlockung des Fremden»

Sehr gute Themen! Das Dilemma der deutschen Männer ist mir schon teilweise bewusst geworden, als tausende Moslems in unser Land einfielen. Allein der Männerüberschuss kann keine Bereicherung sein. Zusätzlich ist deren vorhandene aggressive Machokultur eine wachsende Bedrohung für unsere zivilisierte Gesellschaft, wo man nicht mehr jeden Streit mit der Faust austrägt, sondern mal erst sein Hirn einschaltet.

Jens, per Youtube-Kommentar

Der Familiennachzug ist schon in voller Planung, die Kassen sind gut gefüllt, und in Berlin macht man kaum ein Geheimnis daraus, dass wir nach der Wahl in der Hinsicht noch einiges erleben dürfen.

Marques del Puerto, per Website-Kommentar

Den meisten dieser Männer (Ausnahmen gibt es dennoch) geht es nur um den Hor-

hier abtrennen

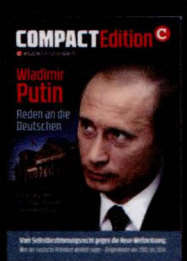
Jetzt COMPACT-Magazin abonnieren und Prämie sichern!

Abo-Prämie ankreuzen, Rückseite ausfüllen und abschicken!

COMPACT MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Nie wieder Grüne!
Portrait einer gefährlichen Partei
COMPACT-Spezial 12
84 Seiten
Prämie Nr. 1 ☐

Schwarzbuch Lügenpresse
Wie uns Medien und Politiker für dumm verkaufen
COMPACT-Edition Nr. 2
124 Seiten
Prämie Nr. 2 ☐



Wladimir Putin
Reden an die Deutschen
COMPACT-Edition Nr. 1
124 Seiten
Prämie Nr. 3 ☐

Schwarzbuch Angela Merkel
Originalzitate der Rautenfrau von 1990 bis heute
COMPACT-Edition Nr. 3
124 Seiten
Prämie Nr. 4 ☐

COMPACT-Shirt zum Abo-Vorzugspreis von 10 EUR inkl. MwSt
«Freiheit für Deutschland»
Klassisches T-Shirt
für sie & ihn,
aus 100% Baumwolle.
Farbe: Schwarz; ☐

Größe	M	L	XL	XXL
Anzahl				

Nur 10,00 € Jetzt mitbestellen!

monabbau und darum, die Naive zu schwängern, sodass sie eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Liebe, Fürsorge und Ehrlichkeit werden dem Opfer nur vorgetäuscht.

Marcel Homann, per Facebook-Kommentar

NRW ist diesbezüglich komplett verloren, selbst ich als Ausländer wundere mich... In meiner Stadt habe ich Glück, wenn ich ein paar Deutsche sehe, und dann sind es meist grauhaarige, ältere. Wie man das rückgängig machen soll? Ich glaube, gar nicht mehr.

Mako Ballistics, per Youtube-Kommentar

An die Stelle eines gesunden und normalen Austausches auf kultureller Ebene sind in der Bundesrepublik eine neuartige Ideologie und ein Dogma getreten, die Multikulti in Form einer bunten Weltoffenheit predigen. Dabei wird jedoch mit leeren Worthülsen gearbeitet, denn der versprochene Traum einer bunten und vielfältigen Welt wird in dieser Gestalt nicht existieren. Vielmehr wird die Fusion der Kulturen die Vielfalt empfindlich treffen und zahlreiche Kulturen zerstören.

Flamme der Wahrheit, per Youtube-Kommentar

Zum Dossier: «Bildungsmisere»

So wie alle anderen Dinge im deutschen Rumpfstaat haben die Parteiengecken auch das Schulwesen mutwillig zugrunde gerichtet und seinem ursprünglichen Zweck entfremdet. Denn nicht länger zielt das hiesige Schulwesen auf die Heranziehung aufgeklärter Geister ab, sondern dient gleichsam der Wirtschaft als vorgeschobene Ausbildungsabteilung.

Volker Spielmann, per Website-Kommentar

Als Verantwortlicher im Personalausschuss einer europaweit agierenden Aktiengesellschaft war es meine Aufgabe, externe Bewerber für Führungspositionen auf Herz und Nieren zu prüfen. Was von deutschen Universitäten da ins wirkliche Leben entlassen wurde, spottete vielfach jeder Beschreibung. Bildungsnotstand in der Wissensdiaspora Deutschland. Es wird nicht besser.

Uncle Tom, per Website-Kommentar

Die DDR hatte ein gutes, leider ideologisch verbrämtes Bildungssystem. Es sollten allseitig gebildete (sozialistische) Persönlichkeiten gezüchtet werden. Das «Sozialistische» funktionierte nicht so richtig, aber die meisten Ossis konnten am Ende der Schule wenigstens richtig lesen, schreiben, rechnen und denken. Der real existierende Kapitalismus braucht keine allseitig Gebildeten, sondern nur stupide Billiglohnarbeiter, einfältige Konsumenten und ein paar Rekruten, die in Afghanistan ihr Leben riskieren.

Andor, per Website-Kommentar

Zu «Die Fischerin vom Baikalsee»

Über Geschmack lässt sich bekanntlich streiten. Mir gefällt Frau Fischer als Künstlerin nicht, ich respektiere sie aber als als disziplinierte Entertainerin. Und ob sie nun in Krasnojarsk, Quadrath-Ichendorf oder Timbuktu geboren wurde, ist für ihre Darbietungen völlig schnurz. Aber sie ist etwa so politisch wie meine Katze. Und an ihr eine politische Diskussion zu entzünden ist Realsatire!

Josef Zuppinski, per Facebook-Kommentar

Herzlichen Dank, Frau Helene Fischer, dass Sie zu Deutschland und zum deutschen Volk halten, auch sprachlich. Das scheint derzeit fast nur noch im leibhaftigen Auftritt in Saalveranstaltungen möglich zu sein.

Emma, per Website-Kommentar

Die Fischerin vom Baikalsee. Naja, also genau genommen ist ihre Heimatstadt Krasnojarsk über 1.100 Kilometer davon weg, wenn ich mal mit der Bügelmessschraube nachmesse. Aber ansonsten netter Fan-Kommentar, sympathische Sängerin.

Hans Hamberger, per Website-Kommentar

Es ist richtig, dass COMPACT grundsätzlich – auch etwas überzogen und schön populistisch – auf Gegenkurs geht! Sei es bezogen auf den Martialismus der Dresdner Fußball-Armee, das 1000-jährige Reich oder die germanische Göttlichkeit von Helene Fischer. Es gibt überhaupt keinen Grund mehr, in Sachen Agitprop Zurückhaltung zu zeigen.

Marc Thomas, per Website-Kommentar

COMPACT trifft nicht immer ins Schwarze. Dieser blonde Kühlschrank ist vor allem ein Superstar ohne einen einzigen Hit. Ohne Fall des eisernen Vorhangs wäre uns diese Frau erspart geblieben.

Carl Carlsen, per Facebook-Kommentar

hier abtrennen

Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Prämie sichern!

☐ Ja, ich will COMPACT ab Nr...../20..... mit 59,40 EUR (inkl. Versandkosten*) **innerhalb Deutschlands** für 12 Ausgaben abonnieren und meine Wunschprämie kassieren!

☐ Ja, ich will COMPACT ab Nr...../20..... mit 83,40 EUR (inkl. Versandkosten*) **ins Ausland** für 12 Ausgaben abonnieren und meine Wunschprämie kassieren!

Ich wünsche die umseitig angekreuzte **Abo-Wunschprämie.**

☐ Ja, ich will das **COMPACT-Shirt** «Freiheit für Deutschland» zum Abo-Vorzugspreis von nur 10,00 EUR*(statt 19,95 EUR). Anzahl und Größe habe ich umseitig notiert. Dazu kommen Versandkosten von 1,90 EUR | Inland und 3,00 EUR | Ausland. Bitte senden an ☐ Rechnungsadresse oder ☐ Lieferadresse.

*Alle Preise verstehen sich inkl. MwSt.

Rechnungsadresse

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Email _____ Telefon _____

Unterschrift ✗ _____

Lieferadresse

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich COMPACT-Magazin GmbH widerruflich, den Betrag umgehend zu Lasten meines Kontos per Lastschrift einzuziehen.

Bankverbindung

Kontoinhaber _____

Bank _____

IBAN _____

BIC _____

Kündigung

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch um weitere 12 Ausgaben, wenn es nicht bis 14 Tage vor Erscheinen der jeweils letzten Ausgabe gekündigt wurde.

Unterschrift ✗ _____

Ausgefüllten Vordruck per Post an: **Oder per Fax an:** **Abo online holen:** COMPACT ©

Geheimakte Antifa

_ von Martin Müller-Mertens

Wenn Linksextremisten auf Bürger und Polizisten einprügeln und ganze Straßenzüge in Brand setzen, sind Merkel-Regime und Altparteien nicht weit – sie finanzieren die Krawallanten mit über 100 Millionen Euro pro Jahr.

Es war wie im Krieg. Rund 1.500 Linksextremisten marodierten zum G20-Gipfel am 7. Juli durch das Hamburger Schanzenviertel – Autos wurden angezündet, Geschäfte geplündert, Anwohner in Todesangst versetzt. Die Bilder erinnern an Damaskus oder Aleppo. Zuerst griff der paramilitärisch organisierte Schwarze Block die Polizei mit Steinen und Zwillen an – die Geschosse können auch Helme mühelos durchschlagen. Dann sollten herausgerissene Gehwegplatten und Molotowcocktails von Dächern auf die vorrückenden Beamten prasseln. Um 19:42 Uhr meldet das Einsatzprotokoll der Polizei: «Rakete verfehlt den PHS [Polizeihubschrauber] nur knapp.» Spezialeinheiten mit Maschinenpistolen mussten den Schauplatz des Terrors am späten Abend zurückerobern.

Der Antifa-Bürgerkrieg während des G20-Gipfels war der bislang größte Ausbruch linker Gewalt. Aber fast täglich tobt der Terror in Deutschland. Allein im Berliner Horror-Kiez um die Rigaer Straße 94 registrierte die Polizei in neun Monaten durchschnittlich jeden zweiten Tag eine politisch motivierte Straftat. Dabei sind die Täter keineswegs spontan zusammengerottete Schlägerbanden. Ob eigene Häuser als Rückzugsräume, Busflotten für den Transport von Demonstranten oder Camps zum Training von Blockaden und Straßenschlachten: Dem militanten Kampf steht eine fast flächendeckende Infrastruktur zur Verfügung – bezahlt aus Steuergeldern.

«Ja, es gibt staatlich finanzierten Antifaschismus», räumte der Linken-Fraktionsvorsitzende in der brandenburgischen Gemeinde Neuenhagen, Sven Kindervater, im Januar 2016 unumwunden ein. «Auch die allermeisten Parteien unterstützen antifaschistische Arbeit, genauso wie Verbände und Gewerkschaften, welche allesamt neben den Mitgliedsbeiträgen auch staatliche Zuwendungen erhalten.» Damit operieren sie jedoch mindestens in einer rechtlichen Grauzone – öffentliche Gelder dürfen laut Parteiengesetz lediglich «als Teilfinanzierung der allgemein ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeit» fließen.

Einzelheiten zeigt ein ausdrücklich als parteiintern gekennzeichneter Vorstandsbeschluss der Brandenburger Linken aus dem Jahre 2012 «zur Finanzierung von Aktivitäten im Antifa/Aktivitäten

Kriegsgebiet Schulterblatt. Insgesamt marodierte der Schwarze Block drei Tage lang durch Hamburg. Foto: picture alliance / NurPhoto

«Ja, es gibt staatlich finanzierten Antifaschismus.»

Linken-Politiker Kindervater

Unigeld für die Antifa

Offene Kassen für die Antifa finden sich auch an den Universitäten. Etwa für das berüchtigte Haus Mainusch auf dem Unicampus Mainz. Dieser Ort für «widerständische Praxis» ist nach Angaben des rheinland-pfälzischen Wissenschaftsministeriums vom örtlichen AStA angemietet, der von Zwangsbeiträgen der Studenten lebt. Nach Angaben des AfD-Landtagsabgeordneten Joachim Paul unterhalten dort «linksradikale und linksextreme Gruppierungen wie Antifa und Linksjugend ein linksextremes Versammlungszentrum». Auch an der Universität Halle-Wittenberg fließen munter Gelder für linksradikale Aktivitäten. So führt alleine der Nachtragshaushalt des Studierendenrates 2014 immerhin 6.000 Euro für die Arbeitsgruppe Antifa sowie 9.250 Euro für den Arbeitskreis Protest. Die Fachschaft der Philosophischen Fakultät I zeigte sich demnach ebenfalls spendabel. So wurde 2015 die Fahrt zu einer Antifa-Demo mit 400 Euro unterstützt. 2016 soll die Fachschaft Transport und Technik eine Demonstration vor dem rechtsorientierten Institut für Staatspolitik in Schnellroda mit 300 Euro finanziert haben.

Rote Flora: Das einstige Theater wurde im Sommer 1989 zunächst von Stadtteilinitiativen übernommen, aber bereits wenige Monate später besetzt. Foto: JouWatch, CC BY-SA 2.0, flickr.com

gegen Rechts-Bereich». Demnach sei «eine stetige Zunahme in diesem Bereich zu verzeichnen». Als bereits im ersten Halbjahr 2012 alleine 3.000 Euro für die Blockupy-Proteste in Frankfurt verplant waren, wurde dem Vorstand offenbar mulmig: Immerhin könnten die Finanzströme in Richtung Antifa andere Aktivitäten gefährden. Man sei jedoch «natürlich in der Pflicht, Proteste gegen Naziaufmärsche weiterhin zu unterstützen».

Wie dies funktioniert, zeigte sich etwa im Mai 2016. Im thüringischen Jena störte die Antifa einen Bürgerdialog der AfD-Landtagsfraktion – die Veranstaltung musste vorzeitig abgebrochen werden. Zu der Randale aufgerufen hatte das selbsternannte Offene Jugendbüro Redroxx in Erfurt unter anderem mit der Parole: «Lasst den Kopf nicht hängen. Bildet Banden!» Der «Stützpunkt für Leute, die Alternativen aufbauen und leben wollen» wird von den dortigen Linken-Abgeordneten Susanne Hennig-Wellsow und Christian Schaft als Wahlkreisbüro finanziert – also aus Steuergeldern.

41.000 Euro für Demonstrationen

Dabei nehmen sich die Zuschüsse der märkischen Linken – die der SPD als Regierungspartner dient – noch bescheiden aus. Auf eine parlamentarische Anfrage der AfD-Fraktion musste das Thüringer Innenministerium 2015 jahrelange Zahlungen einräumen – sowohl für die Zeit der CDU-SPD-Koalition bis 2014 als auch seit der Machtübernahme von Rot-Rot-Grün. Demnach wurden 46 «Fahrten zu Gegendemonstrationen bei rechtsextremistischen Aufmärschen» aus dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zwischen Februar 2012 und April 2015 mit insgesamt 41.263,20 Euro bezuschusst.

Empfänger dieser Segnungen war unter anderem die Junge Gemeinde Stadtmitte in Jena unter der Ägide des berüchtigten Antifa-Pfarrers Lothar König. Bei der Gruppe handelt es sich keineswegs um harmlose Nachwuchs-Christen, wie eine Antwort des Innenministeriums vom Mai 2017 nahelegt. «Im Zusammenhang mit Versammlungslagen, zu denen Erkenntnisse vorliegen, dass die Junge Gemeinde Stadtmitte Jena Versammlungen anmeldete oder durch Aufruf zur Teilnahme unterstützte» seien demnach 159 Straftaten der «politisch motivierten Kriminalität – links» registriert worden.

Dass Krawallfahrten – oder andere illegale Aktionen – nicht nur in Thüringen mitfinanziert werden, ist äußerst wahrscheinlich. Immerhin haben mittlerweile die meisten Bundesländer eine kaum mehr überschaubare Anzahl von Fördertöpfen zur Finanzierung der Linken aufgelegt. So spendiert etwa das Programm Tolerantes Brandenburg rund 1,2 Millionen Euro pro Jahr aus Steuer- und Lottogeldern und Weltoffenes Sachsen etwa vier Millionen. Unter dem Haushaltstitel Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus flossen 2015 zirka eine Million Euro. Berlin hat nach Angaben der dortigen AfD-Fraktion «seit 2008 rund 24 Millionen Euro mit der Förderung zumeist linksextremer Projekte verplempert».

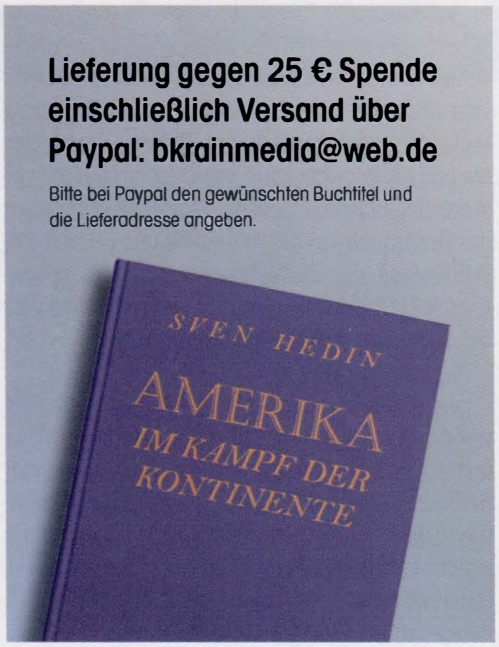
100 Millionen von Manuela Schwesig

Richtig dick werden die Schecks jedoch erst, wenn das Bundesfamilienministerium bezahlt – auf Regierungsebene die größte Gießkanne für den Geldregen gegen Rechts. Dabei ging es bei den ursprünglichen Programmen Toleranz fördern – Kompetenz stärken, Initiative Demokratie Stärken

Anzeige

Lieferung gegen 25 € Spende einschließlich Versand über Paypal: bkrainmedia@web.de

Bitte bei Paypal den gewünschten Buchtitel und die Lieferadresse angeben.



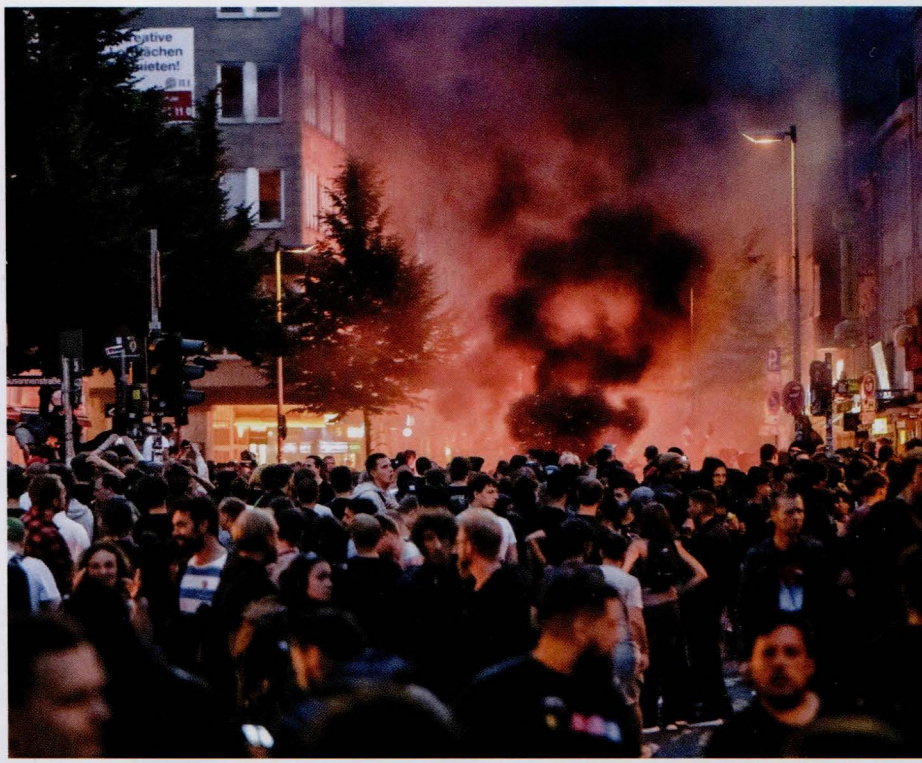
und Zusammenhalt durch Teilhabe von Familienministerin Kristina Schröder (CDU) ab 2011 zumindest noch um den Kampf gegen alle Extremismen – also auch den linken. Entsprechend flossen die damals 24 Millionen Euro jährlich an 28 Projekte gegen Islamismus, 26 gegen Rechtsextremismus, aber auch 14 gegen Linksextremismus.

Der Kampf gegen Rechts ist ein 100-Millionen-ABM-Programm für gewaltbereite Antifanten.

Unter Schröders Nachfolgerin Manuela Schwesig verringerte sich die Zahl der unterstützten Anti-Links-Projekte zügig auf drei. «Linksextremismus ist ein aufgebauschtes Problem», verharmloste die SPD-Frau im Juni 2014. Die Förderungen ihrer Vorgängerin hätten «weder ihre Zielgruppe gefunden noch die Probleme getroffen». 2015 startete Schwesig ihr Programm Demokratie leben. Von den 40,5 Millionen Euro flossen nun 35 Millionen in Projekte gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechte. Linksextremismus kommt in Schwesigs Programm schlicht nicht vor, lediglich den verharmlosenden Begriff «linke Militanz» gestand die heutige Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern zu. Im Übrigen explodieren die Ausgaben: 2017 steht bereits Staatsgeld von 104,5 Millionen Euro bereit – lediglich ein Prozent davon ist zur Prävention gegen linken Extremismus vorgesehen, rechnete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 13. Juli 2017 vor. Der Löwenanteil der Fördermillionen dient dagegen dem Kampf gegen Rechts und finanziert ein riesiges ABM-Programm für gewaltbereite Antifanten, weil Schwesig eine wichtige Bedingung zur Auszahlung von Geldern abgeschafft hat: Ihre CDU-Amtsvorgängerin hatte von den Empfängern wenigstens auf dem Papier ein Bekenntnis zum Grundgesetz verlangt. Mit dem Wegfall dieser Klausel konnten dann auch linke Extremisten in den Genuss der Gelder des Schwesig-Ministeriums kommen. Ihre Nachfolgerin an der Spitze des Ministeriums, Katarina Barley, hat an dieser kriminellen Praxis nichts geändert.

Schnittstelle Kahane

Wie die Finanzströme fließen, zeigt das Beispiel der umstrittenen Amadeu-Antonio-Stiftung. Die Organisation von Ex-Stasi-Spitzel Anetta Kahane erhält nach FAZ-Angaben alleine vom Familienministerium 160.000 Euro pro Jahr. Begünstigter der Stiftung war nach Recherchen der *Jungen Freiheit* jedenfalls 2013 unter anderem der Szenetreff AZ Conni in Dresden, nach Ansicht des sächsischen Verfassungsschutzes ein «Anlaufpunkt für Linksextremisten». Ebenfalls Nutznießer war demnach das Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Jena. 2016 rief die Truppe unter anderem dazu auf, «den öffentlichen Raum nicht aus unserer Obhut zu entlassen» – ein unmissverständlicher Aufruf, politische Gegner von den Straßen zu prügeln.

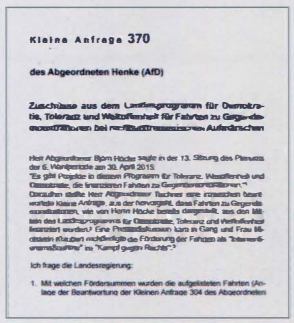


Der Schwarze Block nebst gut gelaunten Schaulustigen am 7. Juli im Schanzenviertel. Foto: picture alliance / Markus Scholz/dpa

Auch die ansonsten meist klammen Kommunen öffnen bereitwillig das Portemonnaie. In der Hauptstadt spendiert der mit eigenem Budget ausgestattete Bezirk Pankow dem seit 1990 bestehenden sogenannten Jugendzentrum Jup, die Räuberhöhle der Antifa Nordost, nach Angaben des Berliner AfD-Fraktionsvorsitzenden Georg Pazderski pro Jahr etwa 120.000 Euro. Düsseldorf bezuschusste das Zentrum für Aktion, Kultur und Kommunikation (ZAKK) 2015 mit 954.368 Euro. Im gleichen Jahr hatte die Antifa in dem Szenetreff die Blockade des G7-Gipfels in Bayern besprochen – mit Straßenkampftraining unter Leitung eines ZAKK-Mitarbeiters.

Aggressive Linke stören eine Veranstaltung mit dem sachsen-anhaltinischen AfD-Fraktionschef André Poggenburg in der Uni Magdeburg im Januar 2017. Foto: Screenshot Youtube

Noch enger ist die Partnerschaft zwischen Linksradikalen und Politik in Hamburg. Die dortige Schlangengrube Rote Flora wurde 2014 für 820.000 Euro von der städtischen Lawaetz-Stiftung gekauft. Dass die Spelunke schlicht über keinen Mietvertrag verfügt, nehmen Eigentümer und rot-grüne Landesregierung stillschweigend hin – faktisch finanziert der Steuerzahler der autonomen Bürgerkriegstruppe somit ihr Hauptquartier. Dem Förderverein der Roten Flora erkannte die Finanzverwaltung zudem die Gemeinnützigkeit zu – Spenden sind also steuerlich absetzbar. Kritiker vermuten, dass über Jahre Millionensummen auf diese Weise von der Hansestadt erstattet wurden. ■



Kleine Anfrage 370

des Abgeordneten Henke (AfD)

Zuschüsse aus dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit für Fahrten zu Gegendemonstrationen bei rechtsextremistischen Aufmärschen

Herr Abgeordneter Björn Höcke hatte in der 13. Sitzung des Plenums der 6. Wahlperiode am 30. April 2015:

"Es gibt Projekte in diesem Programm für Toleranz, Weltoffenheit und Demokratie, die finanzielle Fahrten zu Gegendemonstrationen."

Darauffhin stellte Herr Abgeordneter Tischner eine inzwischen bereits vorliegende Kleine Anfrage, aus der hervorgeht, dass Fahrten zu Gegendemonstrationen, wie von Herrn Höcke beispielhaft dargestellt, aus den Mitteln des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit finanziert wurden. Eine Pressemitteilung kam in Gang und Frau Ministerin Klaubert rechtfertigte die Förderung der Fahrten als "Interventionsmaßnahme" im "Kampf gegen Rechts".

Ich frage die Landesregierung:

1. Mit welchen Fördersummen wurden die aufgelisteten Fahrten (Anlage der Beantwortung der Kleinen Anfrage 304 des Abgeordneten

Diese Anfrage der AfD brachte die Finanzierung von Antifa-Fahrten durch die Thüringer Landesregierung ans Tageslicht. Foto: AfD

Merkels linke Kampftruppen

_ von Jürgen Elsässer

Die G20-Proteste wurden von Befürwortern und Gegnern als Kritik der Globalisierung missverstanden. Dabei passen die Gipfeldemonstranten zu den meisten Gipfelteilnehmern wie Arsch auf Eimer: Sie wollen die Grenzen nur noch schneller beseitigen, noch mehr Flüchtlinge hereinholen und die Klimadiktatur noch konsequenter durchsetzen – wie die Kanzlerin. Für diese Ziele musste Hamburg brennen.

Die Geschäfte und Autos im Hamburger Schanzenviertel kokelten noch, als bis zu 80.000 G20-Gegner am 8. Juli erneut zusammenströmten und den flammenden Erfolg vom Vorabend feierten – während Angela Merkel eine Pressekonferenz gab. Dabei machte sie eine fein säuberliche Unterscheidung: «Hier die friedliche Demonstration – ich finde, da gibt es jedes Recht, das belebt die Dinge, das spornt uns an, das hilft uns. Aber blindwütige Gewalt kann nicht geduldet werden.»

Diese feinfühlige Differenzierung hat die Kanzlerin allerdings nie vorgenommen, als es um Proteste gegen ihre Asylpolitik ging: Gegen Pegida wetterte sie eigens in einer Silvesteransprache, obwohl es dort nie Gewalt gegeben hat. Und im August 2015 ließ sie ihren Regierungssprecher über Unruhen in Heidenheim sagen, es sei «beschämend, wie Bürger, sogar Familien mit Kindern, durch ihr Mitlaufen diesen Spuk unterstützen». Warum sind friedliche Mitläufer in Hamburg gut («belebt…spornt uns an… hilft uns»), in Sachsen aber böse?

Die Argumentationsfigur Merkels, wonach der politische G20-Protest mit den «blindwütigen» Brandstiftern und Knochenbrechern nichts zu tun habe, war auch bei den Linken jeder Couleur sehr beliebt, etwa bei SPD-Vize Ralf Stegner: «Als linker Demokrat (…) lasse ich mir nicht kriminelle Gewalttäter als angebliche Gesinnungsfreunde unterjubeln.» Ins Detail gingen die *Nachdenkseiten* von Albrecht Müller, dem Kanzleramtsminister von Willy Brandt und mittlerweile Anhänger der schönen Sahra. Die Gewalt sei von einer «sehr heterogenen Gruppe oft sehr junger Randalierer – meist vermummt und oft in teuren Markenklamotten –, darunter den meisten Schilderungen zufolge sehr viele junge Frauen» ausgegangen. «Meist geht es den gelangweilten Kindern aus "besserem Haus" eher um eine perverse Triebbefriedigung durch Randale und Gewalt. Hamburg war für sie eher ein Abenteuerspielplatz, der G20-Protest ein "Event"; apolitisch und inhaltsleer. So sinnvoll es wäre, diese moderne Gewaltkultur näher zu betrachten, so sinnlos ist es, sie pauschal ins "linke Lager" zu verschieben.»

«Meist geht es den gelangweilten Kindern aus besserem Haus eher um eine perverse Triebbefriedigung.»

Ihnen geht die Globalisierung nicht schnell genug: Bis zu 80.000 Menschen brachte die Demo Grenzenlose Solidarität statt G20 am 8. Juli in Hamburg auf die Straße. Foto: picture alliance / NurPhoto

Doch leider blamieren sich alle Versuche, den Straßenterror als etwas außerhalb der Linken Stehendes hinzustellen, an der Realität, dass sich die Protagonisten der G20-Proteste mit keinem Wort von ihren Kombattanten auf den Barrikaden distanzieren wollten. Dies trifft nicht nur auf die Veranstalter der Welcome-to-Hell-Demo am 6. Juli zu (siehe Infobox), sondern auch auf einen Schreibtischtäter wie Jakob Augstein, der ansonsten zwischen Martin Schulz und Labour-Chef Jeremy Corbyn schwankt.

Augsteins Krieg gegen die Bürger

Das Millionärssöhnchen – sein juristischer Vater war *Spiegel*-Gründer Rudolf Augstein, sein biologischer Erzeuger Martin Walser – gehört zu den regelmäßigen Kolumnisten des Hamburger Wochenmagazins, ist gern gesehener Gast in allen Talkrunden und verfügt mit dem *Freitag* über eine eigene Wochenzeitung. Dass er seine Landsleute hasst, zeigte sich schon nach den Sexkrawallen in Köln 2015/16, als er nach dem tausendfachen Aufschrei betroffener Frauen schrieb: «Ein paar grapschende Ausländer, und schon reißt bei uns der Firnis der Zivilisation.»

Bereits am 6. Juli zündete er die Brandsätze an, die in den nächsten Tagen im Schanzenviertel explodieren sollten: «Der Preis muss so in die Höhe getrieben werden, dass niemand eine solche Konferenz ausrichten will. G20 wie Olympia als Sache von Diktatoren.» Was in der Folge geschah, machte ihn nicht etwa nachdenklich, sondern ließ ihn erst Recht zur Hochform auflaufen. Gegen die Schriftstellerin Carolin Emcke gerichtet, die die Verdrängung der G20-Kritik durch die Berichterstattung über die «Gewalt der Hooligans» kritisierte, wandte er ein: «Dabei ist gar nicht vorstellbar, dass friedliche Proteste gegen den Gipfel auch nur annähernd so viel Beachtung gefunden hätten wie die gewalttätigen Auseinandersetzungen. Machen wir uns nichts vor: Ein paar pflichtschuldige Bilder, ein paar wohlwollende Worte – das wäre es gewesen. Erst die Gewalt macht den Protest gegen G20 erwähnenswert. Denn auch wenn dieser Gedanke in der gegenwärtigen Aufwühlung wie ein Affront erscheint: Natürlich hat auch die Gewalt der Demonstranten eine politische Dimension. Und dabei kommt es nicht einmal darauf an, ob der gewaltbetrunkene Randalierer sich dessen selber bewusst ist.»

Augstein zündete die Brandsätze an, die im Schanzenviertel explodieren sollten.

Bezeichnend für die absolute Verkommenheit dieses Subjekts ist, dass Augstein auch für das Autoanzünden bei ganz normalen Bürgern einen guten Grund findet. Es sei zwar eine Straftat, aber: «Vorstellbar wäre noch der Hinweis, dass die Besitzer dieser Autos, die sich unschuldig und unbeteiligt wähnen, plötzlich daran erinnert werden, dass

Keine Distanzierung

«Wir als Autonome und ich als Sprecher der Autonomen haben gewisse Sympathien für solche Aktionen, aber bitte doch nicht im eigenen Viertel, wo wir wohnen.» (Der Anwalt der Roten Flora in Hamburg Andreas Beuth, 8.7.2017)

«Die Rote Flora distanziert sich nicht von militantem Aktivismus an und für sich, aber dieser muss zielgerichtet und auf allen Ebenen vermittelbar bleiben.» (Rota Flora, Pressemitteilung, 8.7.2017)

«Wir sollten uns nicht distanzieren, auf gar keinen Fall! (...) Dass die, die dagegen rebellieren oftmals so roh und manchmal dann auch dumm und brutal sind, ist ebenso kein Grund für eine Distanzierung. (...) Das Falsche im Aufbruch gehört dazu, wenn wir etwas ändern wollen, wenn wir wieder einen Begriff von Kommunismus (..) entwickeln wollen.» (Der frühere RAF-Terrorist und heutige Verleger Karl-Heinz Dellwo, *Facebook*, 10.7.2017)

«Wir haben schon vorher gesagt, dass wir uns nicht distanzieren werden und dass wir nicht vergessen werden, auf welcher Seite wir stehen. Wir stimmen nicht in den Chor derer ein, die jetzt von ‚Straftätern' reden und die Mischung aus organisierten Militanten und zornigen Jugendlichen in die Nähe von Neonazis rücken.» (Die Interventionistische Linke, einer der Hauptorganisatoren der Proteste, in ihrer Auswertung)

Als Argumente haben die Straßen-Globalisten nur Stinkefinger und Steine. Foto: picture alliance / Photoshotelle

28.10.2017
LEIPZIG
13:00 - 17:00 Uhr

COMPACT Konferenz

6. Konferenz für Souveränität | 2017

Deutschland nach der Wahl

COMPACT-Oppositionskonferenz

Die traurige Wahrheit nach der Bundestagswahl wird sein: Merkel regiert weiter, die Blockparteien haben eine solide Mehrheit. Was bedeutet Widerstand unter diesen Bedingungen? Auf der 6. COMPACT-Souveränitätskonferenz diskutieren die wichtigsten Vertreter der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition.

Jetzt anmelden: konferenz.compact-online.de

sie beides eben nicht sind – unschuldig und unbeteiligt. Denn das Auto, das eine Familie in Hamburg-Ottensen gekauft und bezahlt hat und das da am Wochenende angezündet wurde, ist selber kein wertneutraler Gegenstand, sondern ein politisches Objekt. Es besteht aus Rohstoffen, die unter den Terms of Trade einer von den G20 beherrschten Welt gefördert und gehandelt wurden: Kupfer aus Chile, Bauxit aus Guinea oder Seltene Erden aus China – geschürft, transportiert, verarbeitet unter Bedingungen, die man mit gutem Gewissen weder den Menschen noch dem Planeten zumuten kann. Aber die Familie aus Ottensen hat kein schlechtes Gewissen.»

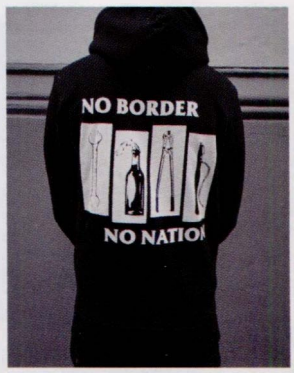
Das ist typisch für die heutige Linke: Sie hat mit den richtigen Ansätzen, die man – neben Verrücktheiten aller Art – bei den alten Kommunisten finden konnte, nichts mehr zu tun. Vor 1968 gingen die Genossen in der Tradition von Karl Marx davon aus, dass das «Privateigentum an Poduktionsmitteln» – der Besitz von Fabriken – das Problem sei und man deswegen die Kapitalisten «expropriieren» müsse. Heutzutage attackieren Augstein und seine Gucci-Demonstranten Proletarier in Ottensen und betreiben die Enteignung von Konsumgütern – Autos – per Brandstiftung: Aus dem Widerstand gegen das Kapital ist bei den revoluzzenden Bürgersöhnchen der Hass auf die Arbeiter geworden, die angeblich deren Komplizen seien. Das war die Theorie der Roten Armee Fraktion – ihr blutiger Weg begann 1968 mit der Brandstiftung in zwei Kaufhäusern in Frankfurt.

Antikapitalismus der Dummköpfe

Kein Zweifel: Es gibt gute Gründe, gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeit auf dieser Welt und in unserem Land anzukämpfen. Aber die linken Gipfelstürmer würden alles nur noch schlimmer machen, wenn sie die Macht dazu hätten. Augstein zum Beispiel schreibt: «Die G20 stehen für ein Weltmachtsystem, in dem acht Menschen ebenso viel besitzen wie 3,7 Milliarden.» Die Zahl stimmt sicherlich – aber wieso zum Teufel sind die G20 dafür verantwortlich? Was die Superreichen verabreden wollen, tun sie in der Chefetage der privaten US-Notenbank Federal Reserve, hinter verschlossenen Türen bei den Bilderbergertreffen oder im Kaminzimmer des Mega-Spekulanten George Soros – vor dem Amtsantritt von Donald Trump vielleicht auch noch bei den NATO- oder G7-Gipfeln. Die G20 jedoch sind nicht in der Lage, als Weltregierung das «Weltmachtsystem» zu garantieren, weil sie dafür viel zu heterogen sind: Dort treffen die Westmächte auf die Vertreter der Schwellenländer, der sogenannten BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Haben die depperten Linken vergessen, dass dieser Block sich der westlichen Durchdringung der Welt entgegenstemmt und bei allen kriegerischen Konflikten – aktuell etwa Syrien und Korea – eine Gegenposition bezieht? In Hamburg jedenfalls bot der Gipfel die Möglichkeit, dass sich Trump in unverdächtigem Rahmen mit Wladimir Putin treffen konnte – ein bilaterales Treffen in Moskau oder Washington hätte in den USA zu einem Shitstorm gegen den Präsidenten geführt. Die beiden konferierten an der Waterkant über eine Stunde länger als geplant, verstanden sich gut und vereinbarten eine Waffenruhe in Syrien. Wäre es nach den Vermummten gegangen, hätte diese Zusammenkunft nicht stattfinden können – und das wäre wohl auch Merkel und Soros lieber gewesen.

Die linke Avantgarde der G20

In Hamburg wurde ein Schaukampf auf dem Rücken von Bürgern und Polizei ausgetragen: Die vermeintlichen Globalisierungsgegner sind nämlich gar keine, weil die meisten G20-Demonstranten und die meisten G20-Teilnehmer nur zwei Spielarten derselben Politik vertreten – die liberalen Globalisten im Saal, die linken Globalisten auf der Straße. Im Grunde sind Letztere noch schlimmer: Was die Demonstranten an den G20 kritisieren, ist, dass diese die Eine Welt zu langsam und – in ihren Augen – zu kontrolliert durchsetzen. Die Gipfelstürmer mit ihrem Motto «Grenzenlos solidarisch» wollen die Schleifung aller Grenzen (wozu bisher nur die Bundeskanzlerin und ihr rot-grüner Wurmfortsatz bereit sind), sie wollen mehr Flüchtlinge (wohingegen die G20-Abschlusserklärung das Recht souveräner Staaten auf Grenzsicherung betont) und sie wollen radikalere Klimaschutzprogramme (am liebsten gleich alle Kohlekraftwerke stilllegen und alle Autos verbieten – deswegen beginnt man schon mal mit dem Abfackeln). Das war also keine Protestveranstaltung – das war eine Zusammenrottung der Antreiber der Globalisierung. ■



... und No Hirn. Foto: blackspoke-collectivestpauli.bigcartel.com

Was die Demonstranten an den G20 kritisieren, ist, dass diese die Globalisierung zu langsam vorantreiben.

Linken-Chefin Katja Kipping halluzinierte angesichts des Antifa-Terrors über einen «martialischen Einsatz der Polizei» und die «maßlose Einschränkung des Demonstrationsrechtes». Foto: picture alliance / Christina Sabrowsky/dpa

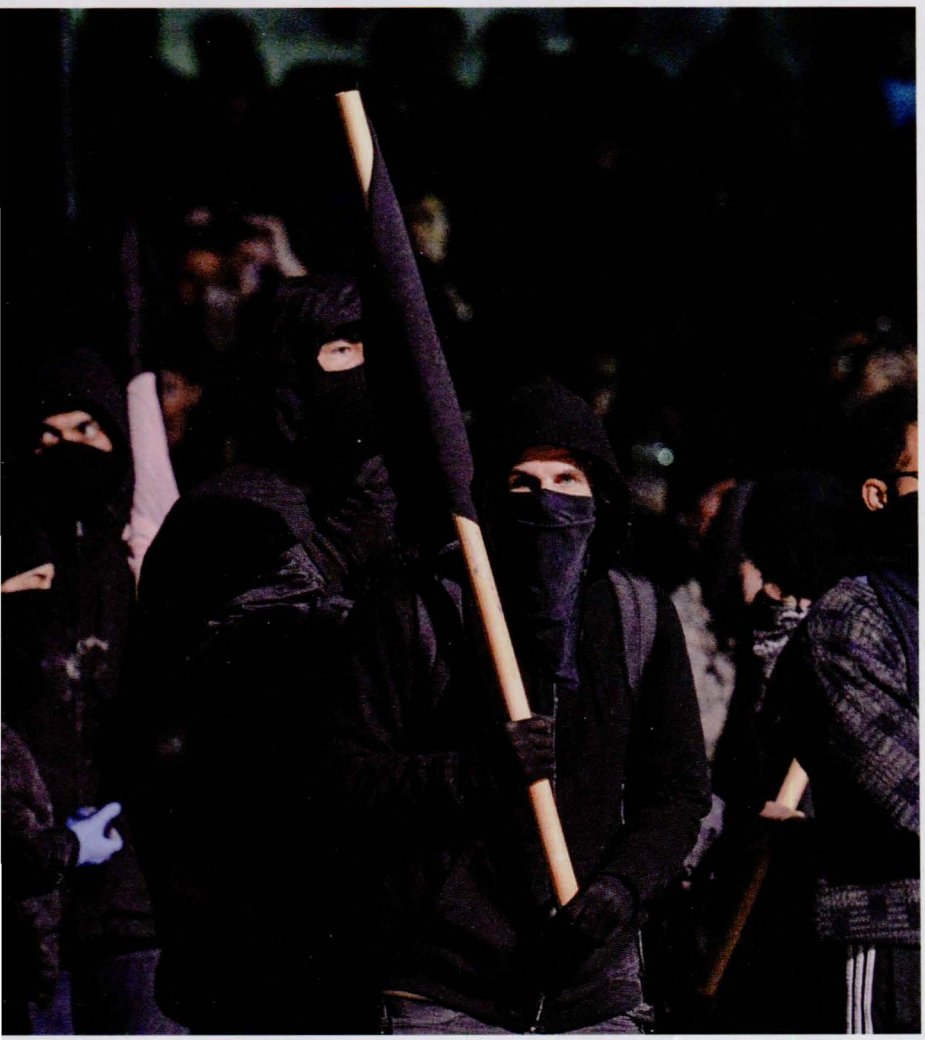
Antifanten und Spekulanten

_ von Tino Perlick

Nach einer Welle der Gewalt erklärte der Bundesstaat New Jersey die Antifa im Juni zur Terrororganisation. Donald Trumps Wahlsieg hatte die Linksextremen aus ihren Löchern getrieben. Die Straßenbanden unterstützt ein Netzwerk linker Organisationen mit Verbindungen zu George Soros.

Berkeley, Kalifornien, 15. April – Patriots Day: Hunderte linke Krawallanten behindern eine Kundgebung zur freien Meinungsäußerung von Trump-Anhängern. Die Gruppen stehen sich direkt gegenüber und liefern sich erbitterte Wortgefechte. Sean Stiles befindet sich in der ersten Reihe der Trump-Fans. Wie zur Deeskalation hebt er beide Arme hoch. Er sieht nicht, wie ein mit einem Bügelschloss bewaffneter Schwarzvermummter sich durch die Gegenseite heranpirscht. Hinter der ersten Menschenreihe versteckt sich der Attentäter und holt zum Schlag gegen den Kopf seines Opfers aus. Als Stiles blutüberströmt langsam kapiert, was geschah, ist der feige Angreifer längst auf und davon.

Weder in ihrer Uniform noch in ihrem Denken unterscheidet sich die US-Antifa von ihren deutschen Spießgesellen. Foto: Doug Duran/ Bay Area News Group



Die Schlacht von Berkeley

Die moderne Terrortaktik des Schwarzen Blocks schwappte ab den 1980er Jahren eher langsam nach Nordamerika über. Hier fielen die Militanten zum ersten Mal im Januar 1991 im großen Stil auf, als sie einen Friedensmarsch gegen den Golfkrieg in Washington zur Stürmung des Weltbank-Gebäudes missbrauchten. Rund 20 Jahre später bezeichnete der linke Aktivist und Pulitzerpreisträger Chris Hedges die Randalierer als «das Krebsgeschwür der Occupy-Bewegung».

Seit der Mobilisierung der Unter- und Mittelschicht durch Donald Trump läuft Amerikas Antifa Sturm – die Gewalt eskaliert. Nach Hillary Clintons Niederlage marodierte sie in mehr als 20 Großstädten. Eine ganze Anschlagsserie war für Trumps Amtseinführung am 20. Januar in Washington geplant gewesen. Laut *Washington Examiner* hatten die Vorbereitungen für «Operation Clusterfuck» (deutsch: Riesenscheiße) schon im Vorwahlkampf begonnen. Zum Glück flogen die Pläne auf. Undercover-Journalisten der Medienorganisation Project Veritas hatten das Chaos-Bündnis DisruptJ20 infiltriert und mit versteckten Kameras gefilmt. Zum geplanten Guerillaterror hätte gehört, Straßenbahnen mit Ketten an der Weiterfahrt zu hindern, den Verkehr zu blockieren und Galaveranstaltungen durch Auslösen von Sprinkleranlagen und Stinkbomben zu sabotieren.

> Antifanten legten Feuer und schlugen Menschen mit Fahnenstangen.

Mitte Februar verhinderte der Schwarze Block gewaltsam einen Auftritt des *Breitbart*-Kommentators Milo Yiannopoulos an der Universität von Berkeley. Antifanten randalierten, legten Feuer, schlugen Menschen mit Fahnenstangen und besprühten eine Frau mit Reizgas. Trump drohte via *Twitter*, der Universität Bundesmittel zu entziehen, sollte sie nicht in der Lage sein, die Meinungsfreiheit zu schützen. Vielen Amerikanern geht das nicht weit genug. Bislang 90.000 Unterstützer einer Online-Petition fordern von Trump, die Antifa bundesweit zur Terrororganisation zu erklären. «Terrorismus ist, im weitesten Sinne, der Gebrauch vorsätzlich willkürlicher Gewalt als Mittel zur Angsterzeugung, um politische, religiöse oder ideologische Ziele zu erreichen»,

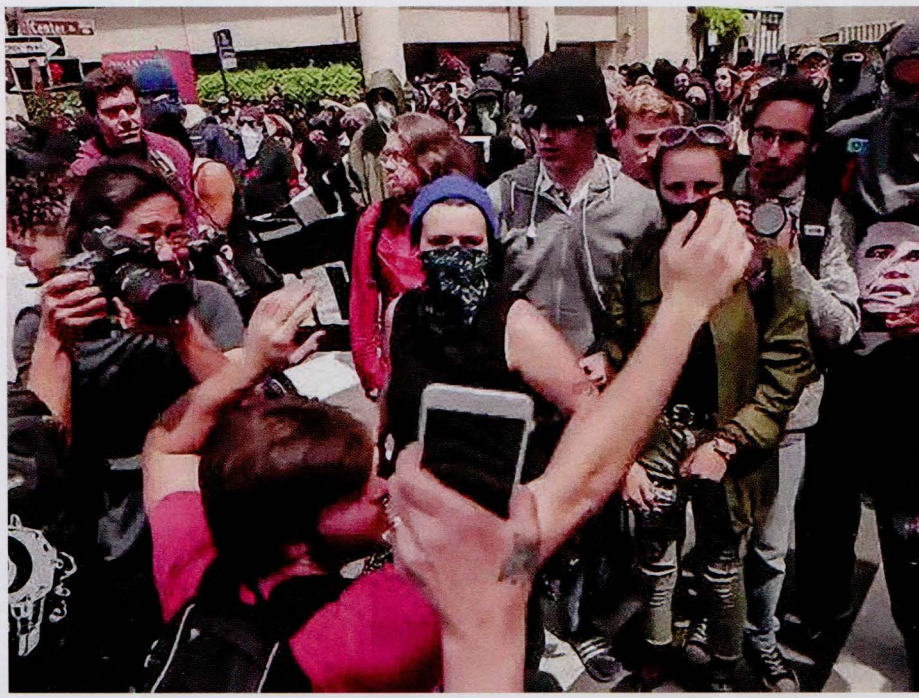
heißt es zur Begründung. «Die Antifa hat wieder und wieder demonstriert, dass sie mehr als willens ist, diese Kriterien zu erfüllen.»

Als erster US-Bundesstaat kam New Jersey diesem Wunsch nach. Seit 12. Juni listen dessen Sicherheitsbehörden die Antifa offiziell unter «Inlandsterrorismus» auf. Die Heimatschutzbehörde erklärt: «Antifaschistische Gruppen, oder Antifa, sind eine Untergruppierung der anarchistischen Bewegung und fokussieren sich auf Fragen, die Rassismus, Sexismus und Antisemitismus involvieren, sowie weitere gefühlte Ungerechtigkeiten.»

Die Behörde stellt außerdem klar: Es waren Mitglieder der Antifa, die bei den Auseinandersetzungen mit Leuten aus dem rechten Spektrum die «Gewalt anstachelten» – nicht andersrum. Damit bricht New Jersey endlich das Schweigen, das die Mainstreammedien aufgebaut haben. *New York Times* und Co. tarnen die Terroristen meist als «antifaschistische Gruppen» oder «Bewegungen». Das erweckt den Anschein, es handele sich um gutmeinende Idealisten, die gegen schlimme Rechtsextremisten vorgehen. *Esquire* stilisierte die Antifanten im April sogar zu Helden hoch, die ausschließlich «weiße Nationalisten und Neonazis» bekämpften. Konservative Medien hingegen reden Klartext. Der stellvertretende Chefredakteur des *Daily Caller* schreckt nicht davor zurück, die Antifa mit dem Islamischen Staat in einen Topf zu werfen: «Statt Bomben und Schusswaffen nehmen sie Ziegelsteine und Fahrradschlösser, um einzuschüchtern und zu drangsalieren, um Bürgerrechte zu unterdrücken und ihre politischen Gegner zu bedrohen.»

Das Netzwerk der Förderer

Per *Twitter* hat Trump wiederholt behauptet, die Protestler würden für ihre Krawalle bezahlt. Die Geldflüsse genau zu bestimmen, ist jedoch unmöglich. Auch in den USA ist die Antifa dezentral organisiert. Jedoch steht der Bande eine Vielzahl Organisationen nahe, die mit deren Aktionen offen sympathisieren. Am auffälligsten sind die marxistisch geprägte Answer Coalition sowie die von drei Mitgliedern der Revolutionären Kommunistischen Partei Amerikas gegründete Anlaufstelle für Trump-Hasser Refuse Fascism. Deren Mitstreiter betrachten die US-Administration als «faschistisches Regime» und waren unter anderem sowohl an der Planung der Krawalle in Berkeley wie auch der Terrorwelle zur Amtseinführung beteiligt. Auf ihrer Internetseite verweist die in New York ansässige Organisation auf ihren steuerrechtlichen Sponsor, der Alliance for Global Justice (AGJ). Die wiederum wird teilweise von der Open Society Foundation (OSF) gefördert, der global agierenden Krake des Offene-Grenzen-Fanatikers George Soros. Der milliardenschwere Börsenspekulant war der Top-Finanzier von Clintons gescheitertem Wahlkampf. Über die OSF unterstützte der 86-Jährige in der Vergangenheit auch die größte professionelle Aktivismusplattform der USA, *MoveOn.org*. Die hatte innerhalb von Stunden nach Clintons Schlappe die Anti-Trump-Proteste auf die Beine gestellt.



Der Trump-Anhänger Sean Stiles – hier mit erhobenen Armen – wird wenige Augenblicke später von einem Linksradikalen von hinten niedergeschlagen. Foto: Screenshot Youtube

Seit Juni listet New Jersey die Antifa offiziell unter «Inlandsterrorismus» auf.

«Es ist aufschlussreich zu zeigen, wie Geld von den globalistischen Milliardären George Soros und Tom Steyer bei vielen großen Demonstrationen zu den Fußsoldaten der Antifa runtertröpfelt», heißt es auf der Alt-Right-Website *GotNews.com*. «Soros und Steyer geben beide Geld an Media Matters, eine linke Gruppe, die Hillary Clintons berüchtigten Online-Propagandaarm *Correct the Record* betrieben hat. Media Matters finanziert ihrerseits Gruppen wie Answer (...). Das ist typisch dafür, wie die Hierarchie vom spendablen Milliardär zum terroristischen Fußsoldaten funktioniert, mit vielen Trennungsgraden und glaubhafter Abstreitbarkeit.»

Breitbart-Autor Lee Stranahan zufolge sind die Mäzene jedoch nicht ausschlaggebend für die Sprengkraft des Straßenmobs: «Gruppen wie der Schwarze Block werden üblicherweise nicht vom Geld motiviert. Stattdessen nehmen sie an den Protesten wegen ihrer antiamerikanischen Ideologie, niederen kriminellen Bedürfnissen und Erlebnishunger teil.» ■

No Hatespeech!

Als die bekannte amerikanische Internet-Journalistin Cassandra Fairbanks Hillary Clinton die Gefolgschaft verweigerte und lieber Trump unterstützte, wurde sie zur Hassfigur für Amerikas Linksextremisten. Am 2. Februar twittert der Antifa-Ortsverband Arizona: «Einige von uns kennen Dich sehr persönlich, Cass, und wissen, wie ängstlich Du wirklich werden kannst. Pass auf, Schatz, Deiner Tochter zuliebe.» Fairbanks richtete sich unverzüglich an *Twitter*. Nach erheblichem Druck ihrer Fans sperrte das Unternehmen das Konto 24 Stunden später.

Cassandra Fairbanks. Foto: twitter.com/CassandraRules

Zwischen Marx und Mohammed

_ von Stefan Allgaier

Droht eine Einheitsfront aus islamistischen und linken Terroristen? Die ideologische Annäherung hat begonnen, und es gibt eine Verharmlosung des Dschihad bis in die Linkspartei hinein. Doch noch hinkt die praktische Kooperation hinterher.

Leipzig: Noch kommen Antifa-Aufmärsche ohne IS-Fahnen aus. Foto: linksunten.indymedia.org

Eines ist uns erspart geblieben: Dass gleichzeitig zum linksradikalen Höllensturm während des G20-Gipfels in Hamburg die Schläfer des Islamischen Staates (IS) in anderen Städten zuschlugen. Die Polizei, die aus allen Bundesländern Kräfte an die Elbe abgeordert hatte, wäre kalt erwischt worden. Die schwarzen Fahnen, die in der Hansestadt geschwenkt wurden, waren die der Anarchisten – nicht die des IS.

Noch trennt ein Graben wesentliche Teile der Revoluzzer von den Dschihadisten. Die theoretische Avantgarde der Krawallanten, die sogenannte Interventionistische Linke, fühlt sich zwar den Terroristen verbunden – aber nicht denen des IS, sondern denen der kurdischen PKK und seines Ablegers YPG in Syrien, die zumindest derzeit an vorderster Front gegen die salafistischen Kopfab-Milizen kämpfen und im Nordwesten des Landes ihren eigenen Protostaat, Rojava genannt, proklamiert haben.

«Wir müssen mit dem IS verhandeln.»
Sprecher der DFG-VK

Die nützlichen Idioten

Immerhin gab es im Vorfeld der hanseatischen Feuernächte einen Schnupperkurs für Islamliebhaber: «Im Panoramaraum der Hamburger Katholischen Akademie haben sich am Freitag (30.6.2017) mehr als 100 Jugendliche katholischer, evangelischer und muslimischer Glaubensrichtungen zu einem bemerkenswerten Dialog eingefunden. Eingeladen hatte die christlichen und muslimischen Jugendlichen neben der Schura Hamburg der Fachrat Islamische Studien, die katholische Akademie, das Zentrum für Mission und Ökumene, die Junge Islam Konferenz und das Jugendforum St. Georg/Borgfelde. Unter dem Motto "G20: Was tust Du für Deine Welt? – Hamburger Jugend macht's vor!" wurden Inputs gegeben, Diskussionen angeregt und ein Workshop für konkrete Ideen durchgeführt», berichtete das Islam-Portal *dunia.de*.

Der IS hofft jedenfalls auf den Schulterschluss mit den Roten und proklamierte schon 2015 in seiner Kampfschrift «Black Flags from Rome – Armed Gangs & Missiles»: «Es ist höchst wahrscheinlich, dass es zu Bündnissen zwischen Muslimen und linken Aktivisten kommen wird. (...) Ein Teil wird rea-

lisieren, dass (...) der bewaffnete Kampf die Alternative ist.» Die nützlichen Idioten für diese Strategie finden sich in der hiesigen Friedensbewegung. Im November 2015 organisierten Pax Christi und die Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK in Frankfurt eine Veranstaltung unter dem Titel «Islamischer Staat – vernichten oder diplomatisch anerkennen?». Kurz nach den mörderischen Anschlägen in Paris mit 130 Toten und dem Abschuss eines russischen Passagierflugzeuges durch den IS empfahl DFG-VK-Bundessprecher Thomas Carl Schwoerer einen Schmusekurs: «Wir müssen mit dem IS verhandeln. Das wird schwierig, aber es wird gehen.»

Drei Wochen später, Mitte Dezember 2015, verwüsteten Antifa-Horden die Leipziger Südvorstadt. Selbst Leipzigs OB Burkhard Jung (SPD), der bisher im «Kampf gegen Rechts» die Linksradikalen als Bündnispartner begrüßt hatte, war über den «offenen Straßenterror» entsetzt. «Diese Gewalt von Anarchisten und sogenannten Autonomen ist schockierend», erklärte der Oberbürgermeister. «Hier waren Kriminelle am Werk, die vor nichts zurückschrecken.» Pikant: Eine der Antifa-Demonstrationen fand unter der Überschrift «Nieder mit dem Baath-Regime in Syrien!» statt und bewegte sich damit auf der Linie der Dschihadisten.

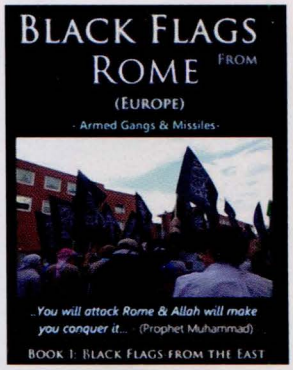
Unterstützung für die Mudschaheddin gibt es auch von der linken Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz, die der fundamentalmuslimischen Opposition gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Baschar al-Assad parlamentarischen Flankenschutz gewährt. Ihr Projekt nennt sich Adopt a Revolution und unterhält gute Beziehungen zum Syrischen Nationalrat, der eng mit der Freien Syrischen Armee (FSA) verbunden ist und fortwährend ein militärisches Eingreifen der NATO fordert. Die FSA wiederum gilt im Westen als moderat, hat aber an den Fronten des Bürgerkrieges immer wieder militärisch mit dem IS und dem al-Qaida-Ableger al-Nusra-Front kooperiert.

Bin Laden und Chomsky

Das Anbandeln zwischen Islamismus und Linksradikalismus ist kein neues Phänomen. In den Nachwehen der Roten Armee Fraktion entstand 1992 die linksterroristische Gruppierung Antiimperialistische Zellen (AIZ). Bis 1996 verübten die AIZ neun Brand- und Sprengstoffanschläge, so gegen ein GSG-9-Mitglied (1993, Solingen), die Geschäftsstelle der CDU Düsseldorf (1994), den CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Breuer (1995, Siegen) sowie das Konsulat von Peru (1995, Düsseldorf). Die einzigen bekannten AIZ-Mitglieder Bernhard Falk und Michael Steinau wurden im Februar 1996 verhaftet und später wegen Mordversuchs verurteilt. Die AIZ erfreute sich an der «islamischen Vorstellung von einem einfachen und gerechten Leben». Zudem empfahl sie die Scharia als kulturelles Erbe für eine Entwicklung einer egalitären Gesellschaft und den Koran als Werk mit «allgemeinen humanistischen und ethisch-moralischen Prinzipien». Während der 13- beziehungsweise 9-jährigen Haft orientierte sich Steinau – so die linke Wochenzeitung *Jungle World* – am ebenfalls einsitzenden Neonazi Kay Diesner, während sich Falk nach der Haftentlassung 2008 im Raum Dortmund in salafistischen Kreisen herumtrieb und in einem Pamphlet mit Terror gegen die US-Basis Ramstein drohte. Zudem betreut er laut Verfassungsschutz und LKA Islamisten im Knast, wobei der Begriff Gefangenenbefreiung gefallen sein soll.

Falk ist kein Einzelfall. Der Dschihadisten-Aussteiger Irfan Peci nennt in einem Beitrag des *Bayrischen Rundfunks* vom März 2017 weitere Beispiele. So hat der IS-Terrorist und frühere Rapper Denis Cuspert aka Deso Dogg geäußert, dass er früher mit linksmilitanten Freiheitsbewegungen sympathisierte. Sein Weggefährte, der österreichische Terrorist Mohamed Mahmud, soll laut Terrorexperte Thomas Schmidinger in der SPÖ-nahen Aktion kritischer Schüler_innen gewesen sein. Über die antiimperialistische Linke und den Antiamerikanismus habe er zum Dschihad gefunden.

Dschihadisten und Linksradikale treffen sich auf halbem Weg in der Kapitalismuskritik. Al-Qaida-Chef Osama Bin Laden soll eifriger Leser des roten Starintellektuellen Noam Chomsky gewesen sein. Und wie Al Gore sorgte sich auch der Saudi um den Klimawandel: «Aber die Verschwendung der Energie (...) wird zu Chaos, Schande und Niederlage führen.» Öko ist bei den Gotteskriegern ohnedies ein Muss. So



In diesem Manifest kündigt der Islamische Staat die Schaffung von No-go-Zonen durch eingesickerte Asylanten in Europa an. Diese Brückenköpfe sollen zum Ausgangspunkt der Eroberung des Kontinents werden. Foto: Amazon

Öko ist bei den Gotteskriegern ein Muss.

Einträchtig nebeneinander: Antifa- und Erdogans Türkei-Fahne. Foto: Libertinus rebelArte, Creative Commons

Sturm über den Bahamas

Wie tief die Gräben in der Linken mittlerweile sind, wenn es um das Verhältnis zum Islam geht, zeigt der empörte Bericht in *Unsere Zeit*, dem Zentralorgan der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), über eine Veranstaltung in Frankfurt mit Justus Wertmüller, Redakteur der Zeitschrift *Bahamas*, im November 2016:

«Für Wertmüller ist klar, dass die Ursache des Übels der Islam ist: "Ja, der Islam muss bekämpft werden, in diesem Sinne bin ich Islamfeind, und es muss mehr Islamfeindlichkeit geben!" Applaus im Saal. Welche Maßnahmen schlage Wertmüller gegen die Gefahr des Islamismus denn nun vor, fragt jemand aus dem Publikum. Nun, so einfach sei es nicht, schließlich produzierten ,"diese verkommenen Familien" (gemeint sind Muslime) ständig neue "Kopftuchfrauen". Ein allgemeines Kopftuchverbot sei ein notwendiger Schritt. (...)
Während des gesamten Vortrages gibt es keine Widerrede. Nur eine junge Frau aus der Türkei interveniert. Warum rede Wertmüller nicht über die rechte Gewalt und Hetze in Deutschland gegen Muslime und Flüchtlinge? Darüber, dass, wenn man als Türkin spricht, man sich erst einmal von Erdogan und als Muslim vom Islamischen Staat distanzieren müsse? Wertmüller unterbricht sie rigide, ob sie selbst Muslimin sei? Als die Frau bejaht, verliert sie jedes Rederecht, mit ihr als "Halbfaschistin" bräuchte man nicht weiter zu reden. Die Frage, ob er einen Sieg der Militärs beim Putschversuch Mitte Juli [2016] begrüßt hätte, bejaht er ohne Umschweife.»

weist das 2015 erschienene IS-eBook *Hijrah to the Islamic State* die Terroristen an, zum Schutz der Umwelt ein Solarladegerät mit in den heiligen Krieg zu nehmen. Auch in der Militärstrategie gibt es Parallelen zwischen Mudschaheddin und Linksrevolutionären. Der Weggefährte Bin Ladens, Abu Musab al-Suri, bezieht sich in seinem Buch *The Global Islamic Resistance Call* (2005) auf Mao Tse Tung, Che Guevara, den vietnamesischen General Giap und Fidel Castro. Sein Kalkül: Als Reaktion auf islamistischen Terror entsteht eine rechtsreaktionäre Gegenbewegung, welche die Konfrontation mit den Dschihadisten sucht und dadurch Europa destabilisiert.

> «Das Vermögen in Deutschland ist ein gesetzloses Vermögen...»
> IS-Scheich

Peci verweist auf das eingangs erwähnte IS-Pamphlet «Black Flags from Rome», in dem dazu aufgerufen wird, dass sich «europäische Muslime mit linken Aktivisten» verbünden sollen. Peci: «Als Beispiel nennt der IS Anti-Israel-Proteste bzw. Pro-Palästina-Demonstrationen. Dort würde man viele dieser Aktivisten treffen. Man sei sich grundsätzlich einig in den Zielen. Es gehe gegen den Westen und gegen die Zionisten.» Eine Art Islamo-Kommunismus predigte auch Scheich Mohammed Fazazi in der berüchtigten Hamburger al-Quds-Moschee, wo Teile der 9/11-Attentäter geistige Inspiration fanden. O-Ton: «Das Vermögen in Deutschland ist ein gesetzloses Vermögen (...). Und wir sind ihre Sklaven (...). Wir sind Tellerwäscher, Straßenkehrer (...). Wir können ihnen gar nicht so viel wegnehmen, wie sie uns schulden.» Schützenhilfe erhielt er vom Prediger Anwar al-Awlaki, der 2011 von einer US-Drohne im Jemen eliminiert wurde: «Der Westen hat jahrhundertelang unseren Besitz geplündert. Jetzt ist Zeit für Vergeltung. Inschallah werden wir uns rächen.»

Kampf zweier Linien

Doch bei den Linken gibt es Streit, wie ein Blick nach Frankfurt zeigt. In Mainhattan stehen sich seit dem Frühjahr die verfeindeten Bruderorganisationen Antifa United Frankfurt (AUF) und die Anti-Nazi-Koordination (ANK) gegenüber. Die AUF versah die Imbissbude des Salafisten und Rappers Sadiq Zadran mit dem Schriftzug «Fuck IS». Zur Begründung schrieb die Gruppe: «Damit nehmen wir Bezug auf Zadrans Kontakte in die salafistische Szene und seinen Song "Charlie Hebdo", veröffentlicht im März 2016, in dem er islamistische Terrorakte pathetisch darstellt und propagiert. Zudem ist ihm nachzuweisen, dass er Kontakt zu dem Salafisten-Prediger Pierre Vogel hat, der ihn aufgrund Zadrans Beliebtheit bei Jugendlichen auch zu öffentlichen Treffen einlud.» Das hielt die ANK für rassistisch, angeblich habe sich Zadran vom IS distanziert. Die Imbiss-Aktion hätte auch von «Mitgliedern der Identitären Bewegung oder anderen rassistischen Organisationen» ausgehen können...

Ein Machtkampf um die Deutungshoheit über den Antifaschismus ist im Gange: Linke wie die ANK halten jedem Muslim die Stange beziehungsweise auch die Kalaschnikow, während Linke wie AUF Dschihadisten als Faschos bekämpfen. Vermutlich werden sich die Roten an diesem Punkt spalten: Der eine Teil wird bei den Gotteskriegern landen, der andere könnte sich neu orientieren. Auf große Lernfortschritte sollte man allerdings nicht hoffen. ■

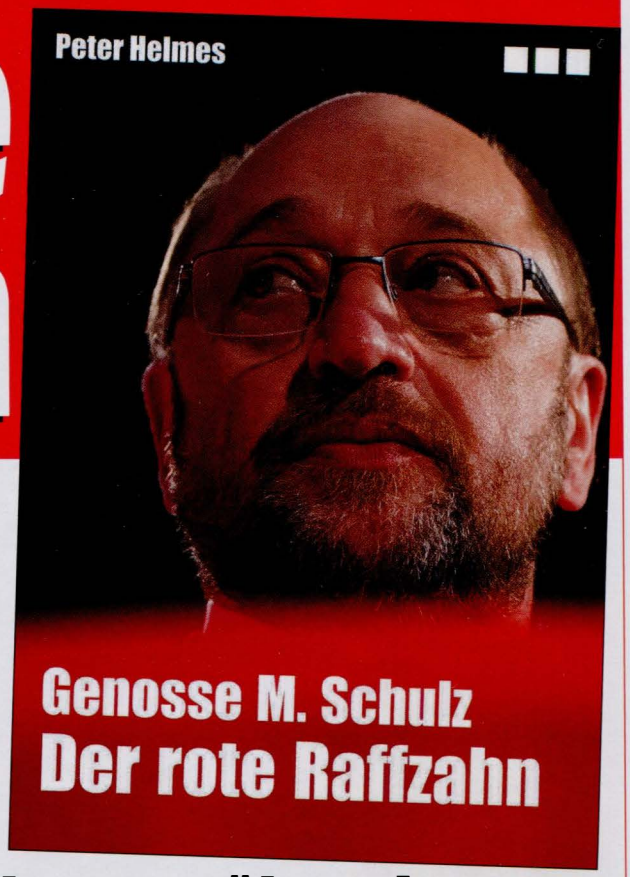
Bild rechts: Der frühere Linksterrorist Bernhard Falk ist heute Salafist. Foto: Screenshot Youtube

_ Stefan Allgaier schrieb in COMPACT 4/2017 über die toten Zeugen im NSU-Verfahren.

Anzeige

Das sind Fakten, keine Hetze!

Der rote Raffzahn



Die Agenda 2010 – ausgearbeitet vom jetzigen Bundespräsidenten Steinmeier, des Ex-Kanzlers Schröder Bürochef – will er auf den Kopf stellen. Am liebsten ganz abschaffen. Ohne diese Agenda ginge es Deutschland heute wirtschaftlich nicht so gut. Abschaffung? Das fordert die LINKE mit Teilen der SPD. Kandidat Schulz demütigt unseren Bundespräsidenten. Nachtigall ick hör Dir trapsen ... Rot-Dunkelrot-Grün ist das Ziel. Kandidat Martin Schulz und seine erste innenpolitische Forderung!

Will Bundespräsident Frank-Walter Steinmeiers Agenda 2010 abschaffen und damit Deutschlands wirtschaftlichen Erfolg. Eine Demütigung des neuen Bundespräsidenten.

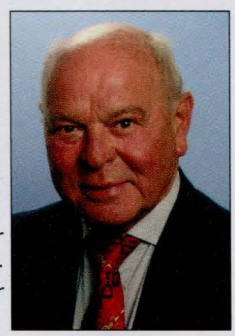
Enthüllungen über den Kandidaten Martin Schulz

Seine Zeit als Bürgermeister, sein Stolz, daß er die Schule „geschmissen" hat, sein Kampf gegen den Alkohol. Seine Eitelkeit. Seine Komplexe. Alles über den SPD-Kandidaten Schulz lesen Sie in dieser **kostenlosen** Helmes-Broschüre.

Von wegen leben wie ein „kleiner Mann"

Er sagt **Einer von uns**, verzichtet großzügig auf EU-Geld, kassiert aber monatlich rund 18.000 Euro aus anderer Quelle. **Keiner von uns**. Hat er noch weitere „Nebeneinkünfte"? So war Schulz in einem Film-Dokument zu sehen: Er unterschreibt im EU-Parlament die Anwesenheitsliste, doch reist sofort ab ..... aber kassiert für seine Unterschrift 262 Euro steuerfreies Sitzungsgeld. Das machte auch ein österreichischer Sozi. Der wurde gefeuert, Schulz „geadelt": Krone des EU-Parlamentspräsidenten.
Die Liste der Schulz-„Nebeneinkommen" ist üppig. Von wegen **Einer von uns**.

Peter Helmes (CDU), konservativer Autor, hat zu diesem Thema jetzt eine Broschüre veröffentlicht, die Sie kostenlos bei uns bestellen können. Der Titel: „Der rote Raffzahn."



Erfolgs-Autor Peter Helmes zeigt den Kandidaten Schulz – wie er wirklich ist.

Kostenlose Broschüre mit diesem Bestell-Coupon

Ich bestelle kostenlos und ohne jegliche Verpflichtung die neue Broschüre von Peter Helmes

Genosse M. Schulz
Der rote Raffzahn

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Plz und Ort: _____

Bitte einsenden an:

CO

Die Deutschen Konservativen e.V.

Postfach 76 03 09 · 22053 Hamburg · Fax: 040 / 299 44 60
E-mail: info@konservative.de · www.konservative.de

Die gefährlichsten Orte in Deutschland

_ von Marc Dassen

Raub, Mord und Vandalismus – in den Migrantenghettos und linken Kiezen der Republik besteht Gefahr für Leib und Leben. Besonders bei Nacht werden öffentliche Plätze zur Gefahrenzone. COMPACT hat sich umgeschaut.

Mit der Roten Flora und der Hafenstraße ist Hamburg ein Zentrum des Linksextremismus in Deutschland. Foto: Screenshot Youtube

Hamburg, Rote Flora

Hamburg ist Spitzenreiter: «Von den bundesweit 7.700 gewaltorientierten Linksextremisten kann ein weitgehend stabiles Personenpotenzial von rund 600 Personen in Hamburg verortet werden», schrieb der Verfassungsschutz 2016. Seit 30 Jahren ist die Rote Flora im Schanzenviertel eine Kaderschmiede der Militanten – und wird staatlich gefördert. Dort wurde die Welcome-to-Hell-Demonstration geplant, die beim G20-Gipfel ganze Straßenzüge in Flammen setzte. Nachher sagte der Anwalt der Rotfloristen Andreas Beuth: «Wir haben gewisse Sympathien für solche Aktionen. Aber bitte doch nicht im eigenen Viertel, wo wir wohnen. Warum nicht in Pöseldorf oder Blankenese?» Anzünden ist also in Ordnung, solange es «die Richtigen» trifft… – Auch anderswo ist die Hafenmetropole zu einem kriminellen Brandherd mutiert. Das *Hamburger Abendblatt* schrieb Ende August 2016: «Abends am Jungfernstieg (…) Da gibt's auch mal auf die Fresse.» *Die Zeit* ergänzte Anfang September 2016: «Viele haben Migrationshintergrund, einige kommen aus Flüchtlingsunterkünften.» Über 50 Anzeigen wegen Raubdelikten registrierte die Polizei im letzten Jahr und klagte: «Hier kommen die Asis aus ganz Hamburg hin.»

Berlin, Rigaer Straße

Zwischen 2009 und 2013 verübten linksextreme Täter elf Mordversuche und zwei Totschlagsdelikte in der Hauptstadt, heißt es in einer Studie des Landesverfassungsschutzes. Die Gewalttaten richten sich zumeist gegen Polizisten. Die Rigaer Straße gilt als Schaltzentrale der Marodeure, jeden zweiten Tag registriert die Polizei dort eine Straftat (B.Z., 10.7.2017). Entstanden aus einem Wohnprojekt autonomer Hausbesetzer, hat sich hier eine Szene gebildet, die ihren Kiez terrorisiert. Ein alltäglicher Vorfall von Anfang Juli: Ein 47-Jähriger äußert auf der Straße Kritik an der linken Gewalt beim G20-Gipfel, wird dabei belauscht, dann von Vermummten verprügelt. – Im benachbarten Kreuzberg liegt der U-Bahnhof Kottbusser Tor, dort wurden 2016 mehr als 2.600 Verbrechen zur Anzeige gebracht, darunter 439 Körperverletzungen, 136 Raubüberfälle, 49 Nötigungen und acht Sexualdelikte. Die nahegelegene Gerhart-Hauptmann-Schule ist seit 2013 besetzt. Der Senat legalisierte, trotz eines dort verübten Mordes, den Aufenthalt der illegalen Flüchtlinge – ebenso wie er den Drogenverkauf vorwiegend durch Afrikaner im Görlitzer Park um die Ecke duldet.

Die Häuser in der Rigaer Straße – hier ein Bild von Sympathisanten – wurden unmittelbar nach der Wende in der DDR besetzt. Foto: Screenshot Youtube

Leipzig, Connewitz

Randale am Connewitzer Kreuz zum Jahreswechsel 2015/16. Das linksradikale sogenannte Kulturzentrum Conne Island liegt in unmittelbarer Nachbarschaft. Foto: Screenshot Youtube

2. Juli 2017: Die Vorbereitungen der linksextremen Szene auf den G20-Gipfel laufen auf Hochtouren, als die *Bild*-Zeitung Alarm schlägt: «Schon wieder Krawalle in Connewitz! (...) 80 teils vermummte Chaoten haben in der Nacht zum Samstag eine Spur der Verwüstung hinterlassen (...).» Sogar eine Rohrbombe will die Polizei später sichergestellt haben. Vom Jugendzentrum Conne Island aus wurden allein im Jahr 2015 sechs Straßenschlachten mit der Polizei organisiert. Die Krawalle im Juni jenes Jahres bezeichnete der örtliche CDU-Abgeordnete Ronald Pohle als «paramilitärisch organisierte Aktion», Polizeipräsident Bernd Merbitz sprach von einem «kriegerischen Angriff». Bis zu 1.000 Gewaltaffine können jederzeit mobilisiert werden. Leipzig spiele damit «bundesweit mittlerweile in der ersten Liga linksextremer Gewalt», resümiert Verfassungsschutzsprecher Martin Döring. – Neben der linksextremen No-go-Zone in der Südstadt hat sich im Osten entlang der Eisenbahnstraße ein Eldorado der Multikulti-Gewalt etabliert: In der «gefährlichsten Straße Deutschlands» *(Bild)* kommt es regelmäßig zu Messerstechereien, im Jahresdurchschnitt sind ein bis zwei Tote zu verzeichnen. Im Juni 2016 wurden bei einer Schießerei verfeindeter Rockergruppen ein Türke erschossen, zwei schwer verletzt.

Nach Einschätzung der Polizei im Jahre 2015 ist Marxloh «akut gefährdet» und «langfristig nicht gesichert». Foto: Screenshot Youtube

Duisburg, Marxloh

In der Islamhochburg – von den 20.000 Einwohnern sind 64 Prozent Zuwanderer, die dortige DITIB-Moschee ist eine der größten in Deutschland – ist der Teufel los: Mitte April eilt ein 14-jähriger Junge gemeinsam mit seinem Vater zu einem lautstarken Streit und bekommt ein Messer in den Rücken – tot! Anfang Mai fallen Schüsse auf offener Straße, Ursache unbekannt. Ende Juni wollen Streifenpolizisten einen Falschparker zur Rede stellen – kurz darauf ist die ganze Straße voll mit aggressiven Südländern. 50 Beamte sind nötig, um die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen. – Marxloh, vor dem Zweiten Weltkrieg eine der reichsten deutschen Kommunen, wird seit Schließung des Stahlwerks von kriminellen Großfamilien beherrscht. «Dabei handelt es sich laut Polizeibericht vor allem um "Mardin-Kurden", im Polizeijargon auch "Schein-Libanesen" genannt, die zwischen 1975 und 1990 aus der Türkei ins Ruhrgebiet kamen. Dem Staat gelang es nie, sie abzuschieben, obwohl ihre Asylanträge regelmäßig abgelehnt wurden», fasste die *Rheinische Post* im Dezember 2016 zusammen.

Bonn, Bad Godesberg

Vom Nobelviertel zum Slum: Einst beherbergte Bad Godesberg die Botschaften in der westdeutschen Hauptstadt Bonn. Foto: picture alliance / dpa

Der Vorsitzende der Bonner Polizeigewerkschaft protokollierte bereits 1990, dass «Bürger zunehmend über Kriminalität eingewanderter Volksgruppen» klagten. «Vandalismus, Pkw-Aufbrüche, Diebstähle, Einbruchserien in Wohnungen und Geschäfte, Tankstellen- und Banküberfälle gehörten (...) zum Alltag», beschrieb der ehemalige Polizist Stefan Schubert die jahrelange «Schreckensherrschaft» der Migrantenbande Black Jackets in seinem Buch *Gangland Deutschland*. «Jede freie Wohnung wird von Arabern gekauft», kritisierte Jupp Schaefer vom Bürgerverein Die Godesberger 2016 in der FAZ. «Der Müll wird in den Flur geworfen. Regelmäßig tropft es durch die Decken, weil Araber das Badezimmer mit dem Schlauch ausspritzen, wenn vorher ihre Frauen drin waren.» Unvergesslich bleibt, was am 7. Mai 2016 geschah: Niklas P. – gerade mal 17 Jahre jung – wird von Walid S. ins Koma geprügelt, stirbt eine Woche später.

Im Dortmunder Norden beträgt der Anteil der Fremden einschließlich eingebürgerter Ausländer 70 Prozent. Foto: Screenshot Youtube

Dortmund, Nordstadt

Allein in diesem Viertel der Ruhrgebietsstadt kam es im vergangenen Jahr zu 300 Einbrüchen und 778 Fällen von Gewaltkriminalität (*bild.de*, 9.12.2016). *Die Ruhrnachrichten* berichten Mitte Mai: «Es ist ernst. Und nur noch eine Frage der Zeit, bis der Bürgerkrieg von den Horden im Norden in den Süden schwappt.» In einem detaillierten Vor-Ort-Bericht der Wochenzeitung *Die Zeit* von Anfang Mai 2017 wird der Kontrast zwischen Wunsch und Wirklichkeit noch deutlicher: «Während drinnen der Oberbürgermeister vom Potenzial des Viertels schwärmt, (...) steht draußen auf der Mallinckrodtstraße, direkt vor der Tür der Behörde, ein junger Mann (...). Jedem, der nach potenziellem Kunden aussieht, bietet er an, was er bei sich hat, Kokain, Heroin, Ecstasy-Tabletten.»

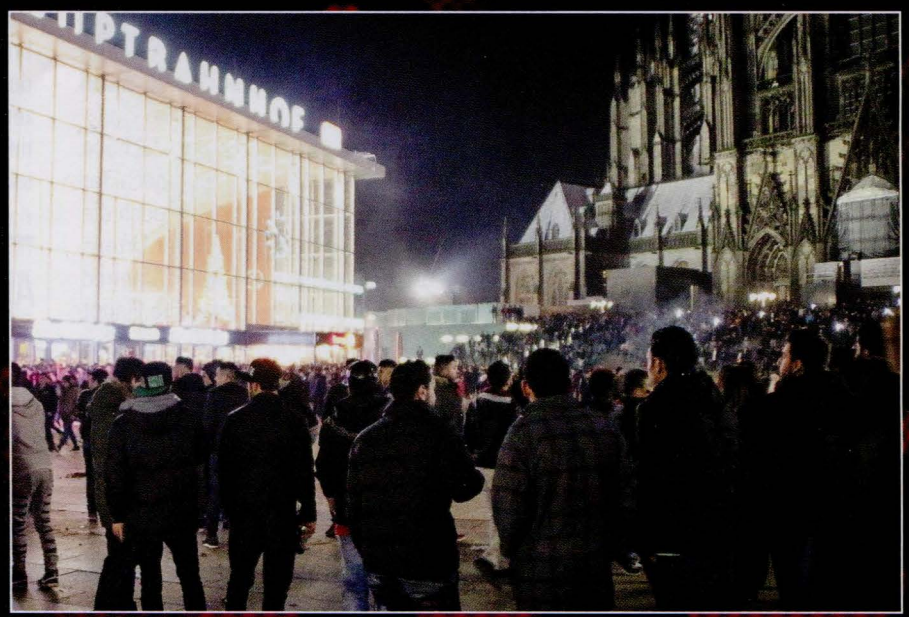
Frankfurt, Bahnhofsviertel

Seit Ende Juni 2017 ist es amtlich: Frankfurt ist die erste deutsche Großstadt, in der Deutsche in der Minderheit sind. Erschwerend kommt hinzu, dass knapp die Hälfte der Einwanderer an der Armutsgrenze existieren. Wie sich die Lage auf der Straße darstellt, war einem Brief von Elvira Grözinger, ehemals persönliche Referentin von Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, zu entnehmen: «Ob in den Mainanlagen, auf der Zeil, an der Haupt- und Konstablerwache, überall das gleiche Bild von herumlungernden Gruppen junger Arabisch sprechender Männer, die einen erwartungsvoll taxierend bedrängen. (...) Das ist nicht mehr meine elegante, weltoffene, kulturell beflissene Stadt mit Flair, sondern eine beinahe panurbane No-go-Area!» Ende September 2016 meldete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: «Polizei und Sicherheitskräfte haben die Kontrolle über den Bahnhof verloren.» Als «weitestgehend rechtsfreien Raum» bezeichnete die Hessen-FDP das Areal im Mai 2017.

Mit 15.671 Delikten je 100.000 Einwohner steht Frankfurt in der Rangliste der kriminellsten Städte auf Platz vier nach Berlin, Leipzig und Hannover. Foto: Screenshot Youtube

Köln, Domplatte

Von den 25 «gefährlichen Orten», die das NRW-Innenministerium im April 2017 landesweit eingeräumt hat, liegen 13 in Köln, darunter die Gegend um Philharmonie und Deutzer Brücke, Eigelstein und das Kneipenviertel in der Lichtstraße Ehrenfeld. Nicht in der Liste taucht jenes Areal auf, das durch die Silvesternacht von 2015/2016 zu trauriger Berühmtheit gekommen ist: der Hauptbahnhof und die angrenzende Domplatte. Auch ein Jahr später versammelten sich dort 2.000 «Nafris», wurden aber von mehreren Hundertschaften an Übergriffen gehindert. Die sogenannten Fachkräfte aus dem Maghreb mögen die Stadt besonders: 1.947 nordafrikanische Tatverdächtige ermittelte die Kölner Polizei bereits 2015. «Dieses Milieu ist sehr groß und wächst kontinuierlich», sagte Kriminalpolizist Thomas Schulte der *Zeit*. 2016 wurden satte 87 Prozent mehr Sexualdelikte registriert.



Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker empfahl belästigten Frauen, von ihren Peinigern doch einfach «eine Armlänge Abstand» zu halten. Foto: picture alliance / dpa

Der NSU-Schwindel

_ von Karel Meissner

Der Untersuchungsausschuss des Bundestages hat seinen Abschlussbericht zu den Morden des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) vorgelegt – und der Bundesanwaltschaft eine schallende Ohrfeige verpasst: Deren Konzentration auf das Zwickauer Täter-Trio verwerfen die Parlamentarier.

Am 4. November 2011 sollen sich Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in diesem Wohnmobil selbst getötet haben. Foto: sicherungsblog.wordpress.com

Michèle Kiesewetter starb am 25. April 2007. Foto: Screenshot Youtube

Im Münchner Verfahren gegen Beate Zschäpe und andere Beschuldigte des NSU sind noch Termine bis in den Herbst 2018 angesetzt – doch die Mehrzahl der Beobachter rechnet mit der Urteilsverkündung bereits in diesem Jahr. Richter Manfred Götzl wird ein «lebenslänglich» gegen die Hauptangeklagte zugetraut – ein psychologischer Gutachter, der strafmildernde Umstände für die Frau geltend machte, wurde vor Kurzem wegen Befangenheit gefeuert, nachdem er den Prozess als «Hexenverbrennung» bezeichnet hatte. (Das Wort fiel übrigens nur in einer privaten Mail, die vermutlich der Empfänger, ein Journalist von Springers *Welt*, unter Verletzung des Briefgeheimnisses durchgestochen hat.) Merke: Wer vor Hexenverbrennung warnt, wird schnell selbst deren Opfer…

Dabei hätte das Verfahren vor dem Oberlandesgericht spätestens am 27. Juni zusammenbrechen müssen, als der Untersuchungsausschuss des Bundestages nach knapp vier Jahren Beweisaufnahme seinen 1.798 Seiten starken Abschlussbericht vorlegte. Doch die Lügenpresse war nicht daran interessiert, dessen fundamentale Widersprüche zur Münchner Anklageschrift herauszuarbeiten.

Keine DNA, nirgends

Den wichtigsten und in der Öffentlichkeit leider kaum bekannten Fakt findet man auf Seite 964 des Wälzers: «An keinem einzigen der 27 Tatorte der dem NSU zugerechneten vielen Straftaten – sowohl bezogen auf die Sprengstoffanschläge, die Ceska-Morde und den Polizistenmord als auch bezogen auf die noch vorhandenen Asservate der begangenen Banküberfälle – wurde eine DNA-Spur gesichert, die beim Abgleich Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos oder Beate Zschäpe zugeordnet werden konnte. Auch an den bei den Morden verwendeten Tatwaffen, die im Brandschutt der Wohnung in Zwickau aufgefunden wurden, konnte keine DNA der drei festgestellt werden. Für den Untersuchungsausschuss warf der beschriebene Befund die Frage auf, welches Täterverhalten dazu führt, dass es zu keiner Übertragung von DNA kommt. Bei den Taten der Ceska-Mordserie, bei denen die Opfer auf kurze Distanz erschossen wurden und ein körperlicher Kontakt der Täter mit den Opfern vermutlich nicht gegeben war, ist dieser Befund nach Aussage des als Zeugen vernommenen Bundesanwalts Dr. Herbert Diemer erklärlich. Für den Polizistenmord in Heilbronn stellt er sich jedoch insofern als auffällig dar, als dort bei der Entwaffnung der beiden Polizeibeamten ein intensiver und jedenfalls bei Martin A. auch mit hohem Kraftaufwand erfolgter Kontakt mit den Tatopfern stattgefunden haben muss.»

An keinem einzigen der 27 Tatorte wurde DNA von Böhnhardt, Mundlos oder Zschäpe gesichert.

Der Hinweis auf Heilbronn führt ins Zentrum der Widersprüche: Die Bluttat auf der Theresienwiese am 25. April 2007 fällt aus der Reihe der neun Döner-Morde heraus, die das Trio vorher begangen haben soll. Dort waren die Opfer immer Ausländer gewesen, und immer war eine Ceska verwendet worden. Dieses Mal traf es Deutsche – die Polizistin Michèle Kiesewetter wurde getötet, ihr Kollege Martin Arnold schwer verletzt –, und die

Tatwaffen waren eine Tokarew und eine Random ViS. Als Arnolds Dienstpistole mit brutaler Gewalt aus dem verschlossenen Holster herausgebrochen wurde, muss der Körperkontakt sehr eng gewesen sein – umso erstaunlicher, dass sich nirgends am Tatort Spuren der drei Verdächtigen fanden. Zudem listet der Bundestagsbericht die Aussagen zahlreicher Zeugen auf, die blutverschmierte Personen in der Nähe gesehen hatten. Die auf dieser Grundlage erstellten Phantombilder wiesen keinerlei Ähnlichkeit mit den drei Zwickauern auf.

Die magische Patronenhülse

Wenn man davon ausgeht, dass zumindest Heilbronn nicht dem Trio angelastet werden kann, stößt man bereits auf das nächste Paradoxon: Warum wurde dann die Dienstwaffe Kiesewetters in dem Wohnmobil gefunden, in dem sich Böhnhardt und Mundlos am 4. November 2011 erschossen haben sollen? Oder wurde das Corpus delicti dort platziert, um einen Zusammenhang herzustellen, den es nicht gibt – nachdem man vorher die beiden Männer liquidiert hatte?

Indizien für diese Alternativtheorie gibt es mehr als genug. So wurde sofort nach dem Auffinden der Leichen per Hubschrauber nach einem dritten Mann gefahndet, und der Einsatzleiter vor Ort, Michael Menzel, ließ einen Film der Feuerwehr beschlagnahmen, auf dem man hätte feststellen können, ob die Kiesewetter-Pistole tatsächlich in dem Caravan lag, bevor er selbst hineinging. Vor allem das Faktum der zweiten Patronenhülse sprach für Mord: Die Tatwaffe, eine Winchester, ist ein Repetiergewehr. Hätte, so die Behauptung der Bundesanwaltschaft, der eine Uwe den anderen erschossen und dann sich selbst, hätte er nach dem ersten Schuss noch repetiert und damit eine Hülse ausgeworfen. Wer aber repetierte nach dem zweiten Schuss, der ihn selbst ins Jenseits beförderte? Der Parlamentarierausschuss hat eine Möglichkeit gefunden: «Nach der Schussabgabe fiel die Flinte nach unten und traf mit dem Pistolengriff auf den Boden auf. Dabei öffnete sich der Verschluss, die gezündete Hülse wurde ausgeworfen und später aufgefunden.» Erinnert ein bisschen an die «magische Kugel» beim Kennedy-Mord, die um die Ecke fliegen konnte, oder?

Das Netz der Verschwörer

Während im Zschäpe-Prozess stur an der staatsoffiziellen Theorie vom Terror-Trio mit nur wenigen Komplizen festgehalten wird, schauen die Bundestagsabgeordneten wenigstens ein bisschen über den Tellerrand. «Letztlich konnte sich der Untersuchungsausschuss auch insoweit des Eindrucks nicht erwehren, dass bei den Ermittlungen nach dem 4. November 2011 (...) die Täterschaft von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe im Mittelpunkt stand, dagegen der Blick "zur Seite" nach möglichen weiteren Tatbeteiligten, sonstigen Unterstützern und gegebenenfalls weiter reichenden Netzwerken nicht in ausreichendem Maße vorhanden war», heißt es auf Seite 1056.

Doch diesem Erkenntnisfortschritt folgt sogleich ein Rückfall: Dass die Beweise gegen das Trio oft fehlen oder zumindest zusammengestümpert wirken, heißt für die Parlamentarier nicht, dass die Drei es nicht gewesen sind – sondern nur, dass sie beim Morden von einer riesigen Naziverschwörung unterstützt wurden. Über zig Seiten wird aufgelistet, welche Rechtsradikalen in den Städten, wo der NSU geschossen haben soll, ihren Wohnsitz haben – Kunststück, ein paar dieser Pappnasen dürfte es überall geben. Doch was, wenn sich dieses Netzwerk nicht aus Rechten, sondern aus ganz anderen Gruppen zusammensetzte? Tatsächlich stolperten die Ermittler immer wieder über Hinweise auf Kriminelle, etwa die DNA-Spur P46 an einer Socke im ausgebrannten Wohnmobil, die auf einen Verbrecher aus Litauen verweist. Für den Ausschuss war das aber nur Anlass, «Überschneidungen zwischen der Neonaziszene in Thüringen und der Organisierten Kriminalität» zu vermuten.

Andere Netzwerke werden gleich ganz ausgeblendet. So wurde nicht einmal der Versuch unternommen, US-Agenten vorzuladen, obwohl es einen Bericht des Militärgeheimdienstes DIA zum Heilbronner Mord gibt, der die Anwesenheit von Undercover-Leuten wie dem türkischen Ex-Geheimdienstlers Mevlüt Kar am Tatort bezeugt. Und warum hat man nicht die *Spiegel*-Redakteure vernommen, die

Das COMPACT-Spezial Nr. 1 sorgte für Furore im NSU-Prozess. Foto: COMPACT

Die Phantombilder aus Heilbronn wiesen keinerlei Ähnlichkeit mit den drei Zwickauern auf.

Die Schalldämpfer-Variante der tschechoslowakischen Armeepistole Ceska-83 wurde angeblich in Zwickau gefunden. Foto: picture alliance / Winfried Rothermel

Eine Geheimdienst-operation?

Die Bundestagsfraktion der Linken gab zusätzlich zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses, der von allen Parteien getragen wird, ein Sondervotum ab. Darin heißt es:

«Die Fraktion Die Linke schließt jedoch nicht aus, dass die vorliegenden Informationen zur Bewaffnung des mutmaßlichen NSU-Kerntrios ab 1998 in Geheimdienstoperationen mündeten, die den Parlamenten, Prozessbeteiligten in dem Verfahren vor dem OLG München gegen Zschäpe u.a. und der Öffentlichkeit bisher vorenthalten wurden bzw. ab 2009 sukzessive vernichtet wurden.»

Das ist eine durchaus plausible Vermutung, und deswegen nimmt es nicht Wunder, dass wesentliche Teile dieses Sondervotums nur mit Schwärzungen veröffentlicht werden durften. Das Problem der Linken ist, dass sie lediglich deutsche Geheimdienste verdächtigen – nicht aber ausländische.

im Herbst 2011 mit einem Türken namens Mehmet sprachen, der behauptete, die Ceska der Döner-Morde liefern zu können, da er selbst zu der Geheimorganisation gehöre, die damit Leute liquidiere?

Türkische und islamische Täter sind sowieso die großen Tabus in der gesamten NSU-Aufarbeitung – während vor dem Auftauchen der Neonazi-Spur osmanische wie deutsche Kriminaler die Ceska-Toten hauptsächlich auf Drogenkriege von Bosporusbanden oder auf Auseinandersetzungen mit der kurdischen PKK zurückgeführt hatten. Diesem Schweigegelübde folgt der Mainstream bis heute, etwa beim angeblichen NSU-Mord in einem Kasseler Internetcafé am 6. April 2006. Dort war bis kurz vor den Todesschüssen auf den Sohn des Inhabers der Verfassungsschützer Andreas Temme anwesend, der seinerseits sechs V-Leute führte. Die entsprechenden Akten wurden vor Kurzem für die nächsten 120 Jahre gesperrt – die linke Presse wittert darin staatlichen Täterschutz für Rechtsterroristen. Doch von Temmes sechs Informanten war nur einer ein Nazi, fünf stammten aus dem islamistischen Milieu, das in der Moschee gegenüber des Internetcafés einen Stützpunkt hatte. Mit einem dieser Moslems hat Temme am Tattag um 17.19 Uhr telefoniert – wenige Minuten nach dem Mord. Der damalige Innenminister (und heutige Ministerpräsident) Hessens, Volker Bouffier, verhinderte die Vernehmung dieser Islamisten – und Geheimdiensterkenntnisse über diese sind nach seinen Angaben auch der Grund der Aktensperrung bis ins Jahr 2137. Niemals sei es bei dem Aussageverbot um Temmes rechtsextremen V-Mann gegangen, betonte der CDU-Politiker Ende Juni vor dem hessischen Untersuchungsausschuss. «Wenn er geahnt hätte, dass es um eine rechtsextreme Quelle ginge, hätte er gesagt: "Die kann man selbstverständlich vernehmen", versicherte Bouffier. Doch er habe nichts davon gewusst, dass zu Temmes Quellen auch ein Rechtsextremist gehörte.» *(Frankfurter Rundschau*, 26. Juni 2017)

Türkische und islamische Täter sind die großen Tabus der NSU-Aufarbeitung.

Das kann man glauben oder nicht. Man kann aber auch nicht, entgegen dieser Aussage, die Geschichte vom großen bösen Wolf – also der riesigen Naziverschwörung, gedeckt von Bouffier – einfach weitererzählen. Die Sache ist offen. Und damit gilt für Zschäpe: In dubio pro reo. ■

Anzeige

Märchenprinz im Alpenkuckucksheim

_ von Daniell Pföhringer

Wer hätte das gedacht: Die greise Österreichische Volkspartei (ÖVP) geht mit jugendlichem Elan in den Wahlkampf! Ein 31-Jähriger hat die mehr als doppelt so alte Tante fest im Griff – und will sie unter dem Motto «Zeit für Neues» in eine lichte Zukunft führen.

Tatsächlich: Neben dem neuen Parteichef Sebastian Kurz, seines Zeichens Außenminister der Alpenrepublik, sieht selbst FPÖ-Strahlemann Heinz-Christian Strache ziemlich alt aus. In dessen Wählerteich fischt Kurz mit zunehmendem Erfolg. Aktuelle Umfragen sehen die Konservativen unter Kurz' Führung im Aufwind: Mit 33 Prozent steht die ÖVP auf dem ersten Platz, sieben Punkte vor der sozialdemokratischen SPÖ und neun vor der rechten FPÖ. Doch viele fragen sich: Meint es der neue starke Mann der Volkspartei ehrlich – oder ist er nur eine Mogelpackung?

Vorwärts im Geilomobil

Eines ist Kurz auf jeden Fall: der Shootingstar der österreichischen Politik – ein «Wunderknabe», wie die FAZ schrieb, ein «Mann irgendwo zwischen Messias und Popstar», so die *Augsburger Allgemeine*. Geboren 1986 in Wien als Sohn einer Lehrerin und eines Ingenieurs, leistete er nach dem Abitur seinen Wehrdienst beim Bundesheer ab und nahm ein Jurastudium auf, das er jedoch nicht abschloss. Aufgewachsen ist er in Meidling, südwestlich des Wiener Stadtzentrums, wo er mit seiner Lebensgefährtin Susanne heute noch wohnt.

Der klassische Arbeiterbezirk mit hohem Migrantenanteil ist kein schwarzes Terrain. Die SPÖ hält in der Bezirksvertretung 24 von 58 Sitzen, dicht auf den Fersen folgt die FPÖ mit 18, die ÖVP hat nur fünf. Dennoch nahm Kurz bereits mit 16 Jahren Kontakt zum Büro der Parteijugend JVP auf, um sich als Mitglied einzuschreiben. Man wimmelte ihn zunächst ab. Der kommunikative Jungpolitiker, der für seine Schlagfertigkeit bekannt ist, erzählt die Anekdote gern beim Heurigen: «Als ich die Junge Volkspartei in Meidling angerufen habe, sagte man mir, ich sei zu jung. Das macht nichts, habe ich gesagt, mein Problem wird mit jedem Tag kleiner. Sie seien auch sehr wenige, hieß es dann. Macht nichts, habe ich geantwortet, ich bringe meine Freunde mit. Aber sie treffen sich eigentlich nie, weil es sich nicht auszahlt, hieß es. Dann habe ich es sein lassen und mich wieder auf Schule, Partys und Tennis konzentriert.»

Kurz ließ aber doch nicht locker und wurde 2003 schließlich in die JVP aufgenommen. Von 2008 bis 2012 war er Obmann des Wiener Verbandes. Der Erfolgsweg war schon damals vorgezeichnet: Bei seiner ersten Wahl erhielt er 99 Prozent der Stimmen, bei seiner Wiederwahl sogar 100 Prozent. Seine erste Kampagne im Jugendwahlkampf zur Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien 2010 kennt heute noch jeder: Unter dem Motto «Schwarz ist geil» fuhr ein dunkler SUV der Marke Hummer («Geilomobil») durch die Stadt, Mädels stiegen aus, verteilten schwarze Kondome. Kurz – damals wie heute zumeist leger mit offenem Hemd und Fönfrisur – lächelte verschmitzt in die Kameras. Viele fanden das peinlich, aber er wurde bekannt wie ein bunter Hund – und ein Medienliebling!

2014 präsentierte das von Kurz geleitete Außenministerium eine Kampagne, wonach Österreich stolz auf Muslime zu sein habe. 2015 erklärte er, der Islam gehöre zu Europa. Foto: picture alliance / Michael Gruber / EXPA / picture-desk.com

«Wunderknabe».
FAZ über Kurz

Die neue Volkspartei

Kurz 2017 mit Bauernpräsident Jakob Auer und ÖVP-Generalsekretärin Elisabeth Köstinger. Foto: picture alliance / Michael Gruber / EXPA / picturedesk.com

Ex-Grüner auf Kurz-Liste

Anfang Juli präsentierte Sebastian Kurz mit dem ehemaligen Grünen-Politiker Efgani Dönmez seinen ersten Kandidaten für die Nationalratswahl. Der frühere Bundesrat soll Platz fünf auf der ÖVP-Liste erhalten, womit ihm ein Parlamentssitz nahezu sicher wäre. Bei einem gemeinsamen Pressetermin mit dem in der Türkei geborenen Politiker betonte Kurz, dass man insgesamt 100 Personen nominieren werde, die bisher nie für die ÖVP auf Bundesebene angetreten seien.

Wenige Tage vor dem gemeinsamen Auftritt hatte Dönmez in Berlin die von ihm gegründete europäische Bürgerinitiative Stop Extremism vorgestellt. Eine seiner Mitstreiterinnen ist die Anwältin Seyran Ates, die gerade eine liberale Moschee in der Hauptstadt eröffnet hat und wegen islamistischer Morddrohungen unter Polizeischutz steht.

Bundesobmann der JVP war Kurz von 2009 bis 2017. Für die ÖVP, deren stellvertretender Vorsitzender in Wien er mehrere Jahre lang war, saß er 2010 und 2011 im Gemeinderat und im Landtag. Im Juni 2011, mit gerade einmal 24 Jahren, wechselte die Nachwuchshoffnung im Zuge einer Kabinettsumbildung als Integrationsstaatssekretär ins Innenministerium. Nach der Nationalratswahl 2013 ging er mit 27 Jahren als jüngster Außenminister in die Geschichte Österreichs ein. In dieser Eigenschaft ist er dieses Jahr auch Vorsitzender der OSZE.

Vorbild Australien

Zum parteiinternen Karrieresprung setzte der gut vernetzte Kurz im Mai dieses Jahres an, nachdem sein Amtsvorgänger Reinhold Mitterlehner zurückgetreten war und auch als Minister und Vizekanzler seinen Hut genommen hatte. Der Jungstar erklärte sich frech bereit, den Parteivorsitz zu übernehmen, stellte jedoch für die eher behäbig und bündisch strukturierte ÖVP geradezu revolutionäre Bedingungen. So verlangte er unter anderem ein Vetorecht gegen Kandidatenlisten der Landesorganisationen und die alleinige Entscheidungsbefugnis über die Aufstellung der Bundesliste, die er zu einem Großteil mit parteilosen Fachleuten und einigen Frauen bestücken will. Das Signal ist klar: Kompetenz statt Funktionäre – und außerdem soll die altbackene Männerpartei weiblicher werden.

Die ÖVP-Führung schluckte diese Kröten nicht nur, sondern nahm Kurz' Wünsche sogar in die Statuten auf. Beim Bundesparteitag am 1. Juli in Linz wurde er unter großem Hurra mit 98,7 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen ÖVP-Vorsitzenden gewählt. Bei der Nationalratswahl am 15. Oktober wird das Kürzel ÖVP zum ersten Mal nicht auf dem Wahlzettel stehen – ankreuzen kann man stattdessen die «Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei», für die *Zeit* eine «One-Man-Show». Personenkult pur! Das gab es noch nicht mal bei der FPÖ unter Jörg Haider.

Auch wenn der Spitzenkandidat sein Programm erst in einigen Wochen vorstellen will, deuten seine jüngsten Stellungnahmen an, in welche Richtung es gehen soll. Er spricht sich mit Nachdruck für eine Schließung der Mittelmeerroute aus – dies sei ebenso möglich wie 2016 die Abriegelung der Balkanroute. Noch-Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ), auch schon im Wahlkampfmodus, machte sich darüber lustig – der Generalstabschef des österreichischen Bundesheeres, Othmar Commenda, pflichtete Kurz hingegen bei: Wenn man wolle, dann sei das mit den heutigen technischen Möglichkeiten durchaus machbar.

Der «Popstar der Rechten» *(Süddeutsche Zeitung)* nimmt sich die Politik Australiens zum Vorbild: Migranten, die auf hoher See aufgelesen werden, sollen nicht an die italienische Küste gebracht werden, sondern in Aufnahmelagern in Nordafrika unterkommen – aber ohne dass sie von dort aus Asylanträge stellen könnten. Nachdenken könne man über die Aufnahme bestimmter Kontingente («Resettlement»), aber mit dem jetzigen Ansturm auf Europa – und damit auch auf Österreich – soll Schluss sein. Die Schlepper-NGOs will er an die Kandare nehmen, und innenpolitisch macht er Front gegen den politischen Islam und radikale Imame.

> «Popstar der Rechten».
> Süddeutsche Zeitung über Kurz

Die einwanderungskritischen Freiheitlichen macht das nervös. FPÖ-Chef Strache wirft Kurz vor, «unehrlich» und ein «Häuptling Gespaltene Zunge» zu sein. «Die neue ÖVP», die der Youngster ausgerufen habe, sei «eine alte Marke». Tatsächlich präsentierte sich Kurz in der Vergangenheit nicht gerade als konservativer Hardliner, sondern sang im Chor des Multikulturalismus mit. Im November 2014 beklagte er in einem ORF-Fernsehinterview, dass Österreich nicht etwa zu viel, sondern «zu wenig Willkommenskultur» zeige und jeder, der im Land wohne, sich heimisch fühlen müsse.

Anfang 2015 behauptete Kurz bei einer Veranstaltung in Gerasdorf bei Wien: «Der durch-

schnittliche Zuwanderer von heute ist gebildeter als der durchschnittliche Österreicher.» Nachdem der FPÖ-Abgeordnete Walter Rosenkranz dies im Nationalrat thematisiert hatte, verteidigte der Minister seine Aussage und teilte mit, er habe sich dabei auf zugewanderte EU-Bürger bezogen.

«Häuptling Gespaltene Zunge». Strache über Kurz

Noch Mitte desselben Jahres – die Asylkrise erreichte gerade ihren Höhepunkt – zeigte sich der ÖVP-Politiker in einem Interview mit dem *Standard* stolz darauf, dass Österreich Flüchtlinge besser behandle, als dies in den mittel- und osteuropäischen Staaten der Fall sei. Das war ein indirekter Seitenhieb in Richtung des ungarischen Regierungschefs Viktor Orban – mit dem er sich heute prächtig versteht.

Damals erklärte Kurz mit Blick auf Migranten: «Da gilt für mich, dass wir ganz klar unseren Weg der Integration weitergehen. Was wir wissen müssen, ist, dass diese Menschen allesamt unser Land nicht mehr verlassen werden.» Dass der Islam für ihn «selbstverständlich» zu Österreich gehöre, hatte er schon im Januar 2015 in der Tageszeitung *Kurier* deutlich gemacht – einen «Islam mit europäischer Prägung (...), im Einklang mit unseren Werten und Gesetzen», schob er später nach.

Schwarz-Blau in Sichtweite

Abseits seiner migrationspolitischen Forderungen und seinem Versprechen, die Steuern deutlich zu senken, ist bislang kaum bekannt, was der gewiefte PR-Mann vorhat. Das mache ihn zur «idealen Projektionsfläche», munkelte die *Rheinische Post*. Während die einen in ihm einen alpenländischen Orban sehen, vergleichen ihn andere mit Emmanuel Macron – auch der kam als jugendlicher Shooting-Star über eine von ihm geformte Bewegungspartei an die Macht.

Fakt ist jedenfalls: Mit Kurz, den das US-amerikanische *Time*-Magazin zu den zehn «Führern der nächsten Generation» zählt, rückt Schwarz-Blau in greifbare Nähe. In diesem Fall müssten sowohl ÖVP als auch FPÖ unter Beweis stellen, dass sie es ernstmeinen. Ein erneutes Versagen der Partner wie Anfang der 2000er Jahre unter Kanzler Wolfgang Schüssel würde nicht nur den schwarzen Aufsteiger vom Gipfel in den Abgrund reißen. ■

Für Efgani Dönmez entwickeln sich die Grünen «immer mehr zu einer Sekte». Foto: Manfred Werner, CC-BY-SA 3.0, Wikimedia

_ Daniell Pföhringer lebt als Unternehmer und freier Publizist in Dresden. In COMPACT 7/2017 schrieb er über die muslimische Ahmadiyya-Sekte in Sachsen.

Anzeige

Ein Pulverfass, viele Streichhölzer

_ von Tino Perlick

Im Irak ist der Islamische Staat anscheinend bezwungen. In Syrien steht der Endkampf noch an – wobei die Kurden die Rolle amerikanischer Bodentruppen übernommen haben. Der Konflikt hat neue Allianzen geschmiedet – ohne dass die Lage stabiler geworden wäre.

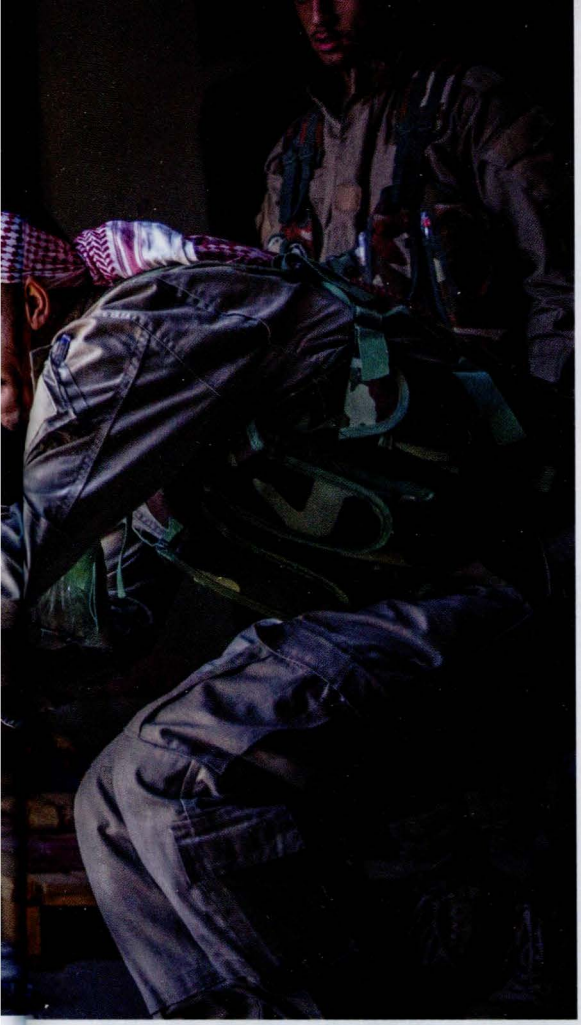
Nach acht Monaten erbitterten Häuserkampfs eroberten irakische Regierungstruppen am 29. Juni die Große Moschee des an-Nuri in Mossul. Hier hatte der Islamische Staat 2014 sein Möchtegernkalifat ausgerufen. «Wir sehen das Ende ihres fiktiven Staats», kommentierte Iraks Premierminister Haider al-Abadi den blutig erkämpften Sieg. Zehn Tage später erklärte die Regierung die Stadt offiziell für befreit. Das Ende des Dschihad-Terrors? Leider nein.

Die Rückeroberung Mossuls war ein Massaker an der Zivilbevölkerung.

1.000 Tote bei der Einnahme

Der Irak ist die Wiege der Kopf ab-Miliz. Die Zerschlagung des Saddam-Hussein-Regimes durch die Invasion der USA und Großbritannien im Jahr 2003 hat blutige Konfessionskonflikte entfesselt. Die meisten Christen sind entweder tot oder ins benachbarte Syrien geflüchtet. Bestand der Staatsapparat zuvor sowohl aus Sunniten, Schiiten als auch Christen, unterdrückt heute eine schiitische Elite die Sunniten, die circa 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Viele von ihnen schlossen sich ausländischen al-Qaida-Kämpfern an, die das Land nach der Blair/Bush-Katastrophe fluteten – die Geburtsstunde des IS. Auch nach dessen Niederlage schwären die Wunden aus der Teile-und-Herrsche-Taktik der westlichen Besatzer. Daher wird der Irak eine Petrischale für Hass und Fundamentalismus bleiben.

Auch die äußerst brutale Vorgehensweise bei der Rückeroberung Mossuls durch irakische Regierungstruppen, kurdische Peschmerga und westliche Luftangriffe dürfte den Extremisten neue Rekruten beschert haben. Die Operation «Wir kommen, Ninive», benannt nach einer antiken mesopotamischen Stadt im heutigen Kern Mossuls, war ein Massaker an der Zivilbevölkerung. «Diese Todeszahlen haben wir in Aleppo nicht gesehen», kommentierte Chris Woods vom unabhängigen Airways Project, das den Blutzoll – so gut es geht – statistisch erfasst, schon im März. Rund 1.000 zivile Opfer kann die Organisation der US-Koalition nach der Schlacht mit ziemlicher Sicherheit zuschreiben – gemeldet worden seien sogar über 7.200. Zum Vergleich: Die syrisch-russische Winteroffensive um Aleppo soll 2016 insgesamt 465 zivile Opfer gefordert haben, wie selbst die Assad-feindliche Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte schätzt.



Die kurdischen Milizen YPG und YPJ sind Teil der von den USA geschmiedeten Allianz Demokratische Kräfte Syriens (DKS) – hier am 5. Juli in Rakka. Foto: picture alliance / Morukc Umnaber/dpa

Die Schlacht um al-Tanf

In Syrien sieht es insgesamt besser aus. Weil sich die säkulare Baath-Partei mit Baschar al-Assad an der Spitze halten konnte, ist das Land nicht wie sein Nachbar Irak durch religiöse Konflikte gespalten und von Gesetzlosigkeit geplagt. Die syrische Identität hat überlebt und vereint alle Bürger, gleich welcher Religion oder Konfession, gegen die salafistischen Terroristen.

Pläne, das Land zu balkanisieren, sind im Großen und Ganzen gescheitert: Zum Jahresende 2016 hat Assad mit Hilfe Irans und Russlands den bevölkerungsreichen Westen des Landes von al-Qaida und al-Nusra befreit und in den letzten Monaten auch Südsyrien unter Kontrolle gebracht. Entscheidend war die Rückeroberung von al-Tanf, wo die einzige Verbindungsroute von Damaskus nach Bagdad und von dort in Richtung Iran verläuft. Der libanesische Armeegeneral Charles Abi Nader erläuterte gegenüber russischen Medien die strategische Bedeutung dieses Grenzübergangs für die USA: «Sie wollen verhindern, dass Transportrouten zwischen Syrien, dem Irak und (...) dem Iran wiederhergestellt werden.» Als sich Regierungstruppen al-Tanf näherten, wurden sie am 18. Mai von der US Air Force zunächst zurückgeworfen. Doch Mitte Juni machte das russische Oberkommando unmissverständlich klar, dass weitere Angriffe westlich des Euphrats als «feindlicher Akt» bewertet und streng bestraft würden. Eine so deutliche Ansage hatte es weder nach dem Abschuss eines russischen Kampfjets durch die Türkei im November 2015 noch nach Trumps Bombardement auf den syrischen Luftwaffenstützpunkt al-Schairat bei Homs Anfang April gegeben. Während Putins Flotte vom Mittelmeer Cruise-Missiles auf nahegelegene IS-Stellungen feuerte, rückten irakische Verbände im Verbund mit syrischen Truppen vom Süden in Richtung al-Tanf vor – und schnitten so die US-Koalition effektiv vom ölreichen syrisch-irakischen Grenzgebiet Deir ez-Zor ab.

Am 23. Juni gestand das Pentagon seine Niederlage ein: «Wenn andere den IS bekämpfen und besiegen wollen», so Koalitionssprecher Oberst Ryan Dillon kleinlaut, «haben wir damit absolut kein Problem. Und wenn sie östlich nach Abu Kamal und Deir ez-Zor ziehen, (...) sind wir damit vollkommen glücklich.» Dillon fügte hinzu: «Unsere Koalition betreibt ja keine Landnahme.» Das erinnert ein bisschen an die Fabel vom Fuchs und den Trauben: Die Früchte sind mir viel zu sauer, sagte Meister Reineke, als er nicht rankommen konnte.

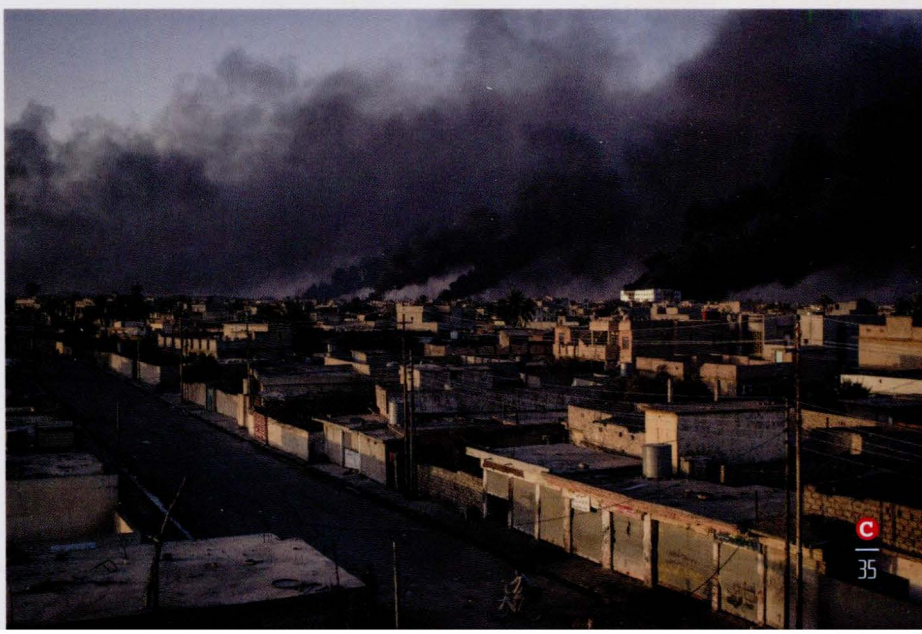
Die kurdische Karte

Das Beispiel al-Tanf zeigt: Unbeabsichtigt hat Washingtons Treiben eine Militärkooperation zwischen den jahrzehntelang verfeindeten Nachbarstaaten Syrien und Irak bewirkt: Schon im Februar hatte Damaskus der irakischen Luftwaffe erlaubt, eine IS-Stellung im Osten Syriens zu bombardieren.

In der IS-Hochburg Rakka in Nordostsyrien steht jetzt der Showdown bevor – nicht nur mit den Kopfab-Milizen, sondern auch zwischen den rivalisierenden Befreiungsallianzen. Auf der einen Seite

Der amerikanische Zerstörer USS Ross beteiligte sich am 7. April 2017 am Überfall auf den syrischen Militärflugplatz al-Schairat. Foto: Robert S. Price, Public domain, Wikimedia Commons

«Wir betreiben ja keine Landnahme.»
US-Militärsprecher



Brennende Ölfelder bei Kayara, etwa 50 Kilometer südlich von Mossul. Foto: picture alliance / AP Photo

Letzte Chance False Flag

Unabhängige Beobachter sind sich einig: Die Assad- Regierung und Moskau haben die Situation in Syrien weitestgehend im Griff – es sei denn, die Trump-Administration wäre gewillt, totalen Krieg zu führen. Dafür wäre wohl ein weiterer getürkter Angriff mit Chemiewaffen nötig, den man Assad und Putin in die Schuhe schieben kann. Am 27. Juni twitterte die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley: «Jegliche weiteren Angriffe gegen das syrische Volk werden Assad zugeschrieben, aber auch den Russen & dem Iran, die ihm dabei helfen, seine eigenen Leute zu töten». Haley wird nachgesagt, Präsidentin werden zu wollen. Ihr tollwütiges Verhalten könnte mächtigen zionistischen Spendern signalisieren, dass sie bereit ist, Israels Kontrahenten in Schutt und Asche zu legen.

US-amerikanische Panzerhaubitze vom Typ M109A6 Paladin im Oktober 2016 nahe Mossul.
Foto: U.S. Department of Defense, Christopher Brecht, Public Domain, Wikimedia Commons

Grafik: COMPACT

rückt das aus Kurden und Arabern bestehende Militärbündnis Demokratische Kräfte Syriens (DKS) mit Luftunterstützung der USA auf die Stadt vor. Auf der anderen Seite nähert sich die Assad-Armee zusammen mit schiitischen Milizen aus dem Irak und Libanon, unterstützt von iranischen Kommandeuren und der russischen Luftwaffe. Generaloberst Sergej Surowikin berichtete am 9. Juni, dass US-Streitkräfte und Kurden «mit den Führern des IS zusammenarbeiten, um das Gebiet kontrolliert aufzugeben, und in Provinzen vorrücken, in denen syrische Regierungstruppen operieren». Die unabhängigen *al-Masdar News* veröffentlichten wenige Tage später Videomaterial, auf dem ein schier endloser IS-Konvoi anscheinend tatsächlich Rakka verlässt – unbehelligt, obwohl das Gebiet von amerikanischen Kampfdrohnen nur so wimmelt.

Das Pentagon-Szenario könnte so aussehen: Damit die US-Verbündeten Rakka als Erste besetzen können, müssen syrische Regierungstruppen vom Vorrücken abgehalten werden. Auf das Schreckenskalifat des IS soll die Herrschaft der vom Westen instrumentalisierten Kurden folgen. Schon im April haben die von Washington gelenkten DKS einen sogenannten Bürgerrat für Rakka gegründet, der die Verwaltung der Region nach der Vertreibung des IS übernehmen soll. Der Sonderbeauftragte der USA, Brett McGurk, hat den Rat seitdem drei Mal besucht. Details über die Treffen sind nicht bekannt.

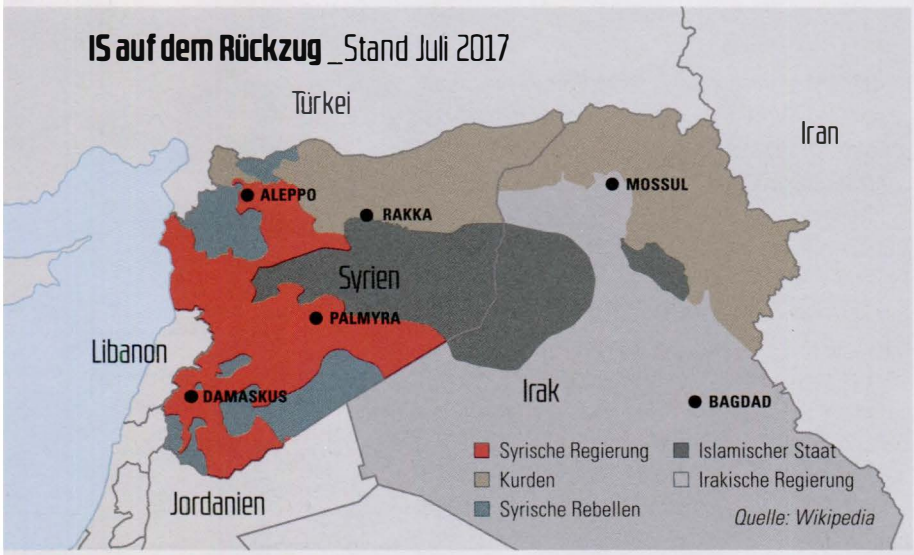
Die Vertreibung der islamistischen Kopfabschneider ist willkommen – die Kurden sind es nicht. «Das ist Eroberung, die sich als Befreiung maskiert», schreibt der assyrische Autor Max Joseph, der vor einem nationalistischen Kurdistan warnt, das aus allen Staaten in der Region Territorien herausreißen und ethnisch säubern könnte. Human Rights Watch berichtete bereits im Juni 2014 von einem sich anbahnenden Apartheid-Regime in kurdisch besetzten Gebieten Syriens. Amnesty International warf der kurdischen Volksverteidigungseinheit YPG im Oktober 2016 vor, Araber und Turkmenen aus befreiten Gebieten zu vertreiben. Ganze Dörfer würden zerstört. Die Kurden weisen derlei Anschuldigen als türkische Propaganda zurück.

Joseph erinnert an Zeugenaussagen, wonach kurdische Peschmerga im Nordirak zwei Wochen vor dem Überfall des IS im August 2014 die Entwaffnung assyrischer Christen und Jesiden befohlen hätten – ihr Versprechen, die Menschen vor den nahenden Schlächtern zu beschützen, jedoch brachen. Unmittelbar nach dem Gemetzel am Fuß des Sindschar-Gebirges zitierte *Reuters* einen Beamten der kurdischen Regionalregierung mit den Worten: «Alle sind besorgt, doch für uns ist das eine große Chance. Der IS gab uns in zwei Wochen, was [Iraks damaliger Premierminister] Maliki uns in acht Jahren nicht geben konnte.»

Die Vertreibung des IS ist willkommen – die Kurden sind es nicht.

Durch das amerikanisch-kurdische Bündnis sieht sich auch die Türkei bedroht – kein Wunder, denn die YPG ist eine Bruderorganisation der PKK, die weite Teile Anatoliens beansprucht. Folglich kommt es immer wieder zu Grenzübergriffen von Erdogans Armee gegen die US-unterstützten Peschmerga im Norden Syriens. Ein Großkonflikt deutet sich im Bezirk Afrin an. Wenn die Türkei dort einmarschiere, so der dortige YPG-Kommandant, «wird sie militärisch und politisch in einem Sumpf versinken».

Washington ist nach seinem gescheiterten Putschversuch gegen Erdogan offenbar ratlos. Trump will die Türkei in keinem Fall als NATO-Mitglied verlieren. Als türkische Kampfjets am 25. April im Norden des Landes im Alleingang 70 Mitglieder der YPG töteten, zeigte sich das State Department lediglich «äußerst besorgt» – eine leere Phrase, die das YPG-Kommando in Rage versetzte. Zur Wiedergutmachung lieferten die USA den Kurden Anfang Juni modernstes Kriegsgerät, was wiederum die Türken verärgerte – und zwar so sehr, dass sich Ankara, zusammen mit dem Todfeind Iran, auf die Seite von Qatar stellte, als Saudi-Arabien und seine Vasallen – durch die Bank ebenfalls Klientelstaaten der USA – Sanktionen gegen das Emirat beschlossen. Sorge bereitet in Washington vor allem das konstant gute Verhältnis zwischen Erdogan und Putin. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Trump sitzt in einer Zwickmühle, aus der er nur mithilfe der Russen kommen kann – oder durch Gewalt gegen sie. ■



Versteckspiel im Mittelmeer

_ von Simon Kaupert

Italien ächzt unter dem Migrantenansturm aus Afrika. Verantwortlich für die neue Invasionswelle sind Schlepperschiffe sogenannter Nichtregierungsorganisationen, die vor der libyschen Küste kreuzen und für den Weitertransport der Illegalen nach Sizilien sorgen. Nun will die Identitäre Bewegung mit einem eigenen Beobachtungsboot die Rechtsbrüche dokumentieren.

Omar trägt seinen Kaftan, eine seiner drei Frauen hatte ihn am Vorabend gebügelt. Er geht die Straße hinunter, hält am Dattelstand seines Cousins Ali und prüft die Früchte genau. Seit alle Läden der Straße in Familienhand sind, ist das Angebot sowieso besser geworden. Sie haben sich nicht die Mühe gemacht, die Namen der alten Besitzer auf den Schildern zu überstreichen, nach ein paar eingeschmissenen Scheiben ging alles ganz schnell. Auf der Straße ist Omar einer von vielen tausend Moslems, in weiß gehüllt und wie alle anderen auf dem Weg in eine der vielen Moscheen der Stadt. Heute ist das traditionelle Fastenbrechen am Ende des Ramadan. Nur die kunstvollen Glasfenster und der Steinaltäre verraten noch, dass die Gebäude aus dem frühen Barock nicht immer Moscheen waren – der Staat hatte unzählige Millionen Euro für den Umbau gezahlt.

Das ist eine Dystopie – doch der Weg dahin ist vorgezeichnet, zum Beispiel in Monfalcone bei Triest. Früher war das pittoreske Städtchen eine Touristenattraktion, heute ist es ein Migrantenghetto, ein Schandfleck, die Italiener nennen es «Klein-Somalia». Auf den Straßen riecht es nach Kloake, vor den Häusern sitzen graubärtige Gestalten und trinken Tee. Monfalcone ist nur eine Stadt von vielen, die von Fremden überflutet wurde. Wie kam es dazu?

Die afrikanische Völkerwanderung

Italien ist das Einfallstor nach Europa. Allein am ersten Juli-Wochenende erreichten über die Mittelmeerroute 12.500 Illegale Sizilien und Malta, seit Jahresbeginn sind es bereits 90.000 und damit ein Fünftel mehr als 2016. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind 75 Prozent der bis Ende Mai Gestrandeten Männer. Sie kommen fast alle von südlich der Sahara und dort überwiegend aus Westafrika. «In keinem der Herkunftsländer herrscht Krieg», fasste der *Bayernkurier* die IOM-Studie zusammen. Die Prognose der Zeitung ist düster: «Auf der libyschen Seite sollen je nach Beobachter zwischen 500.000 und über sechs Millionen afrikanische Migranten auf eine Gelegenheit zu Überfahrt warten.»

Mit diesem Pressefoto bewirbt Sea-Eye seine Arbeit. Sonderbar: Auf der Webseite der Organisation heißt es: «Sea-Eye transportiert keine Flüchtenden.» Sea-Eye (mit Sitz in Regensburg) gehört ebenso wie Seawatch (mit Sitz in Berlin) zur NGO-Elite vor Libyens Küste. Foto: sea-eye.org

Monfalcone nennen die Italiener heute «Klein-Somalia».

Investieren Sie in den Mut zur Wahrheit!

Werden Sie Gesellschafter bei COMPACT!

Gehen Sie mit uns auf Erfolgskurs. Profitieren Sie von der starken Marke COMPACT!

Wachstum mit erstem Gewinn

Während die etablierten Zeitschriften permanent an Leserschaft und Auflage verlieren, geht es mit COMPACT steil aufwärts! Mit «Mut zur Wahrheit» und ehrlichem Journalismus in Zeiten der Lüge konnten wir in den letzten zwei Jahren die verkaufte Auflage unserer monatlichen Printausgabe jeweils verdoppeln. Damit haben wir uns einen festen Platz in der Presselandschaft erkämpft. Bereits unser 4. Geschäftsjahr 2014 konnten wir mit Gewinn abschließen.

Investment mit ruhigem Gewissen

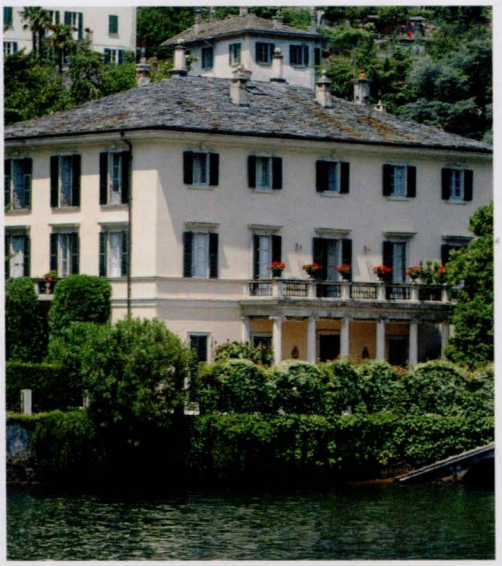
Sind Sie ein treuer Leser unseres Magazins für Souveränität? Suchen Sie nach Möglichkeiten eines Investments jenseits der gängigen oder risikobehafteten Anlagemodelle, die Ihnen Banken offerieren, und wollen Sie dabei anonym bleiben? Dann engagieren Sie sich jetzt bei COMPACT und profitieren Sie in mehrfacher Hinsicht: Als atypisch stiller Gesellschafter unserer GmbH erhalten Sie jährlich Gewinn- oder Verlustzuschreibungen. Gewinne können zur Auszahlung kommen – Verluste lassen sich von der Steuer absetzen. Jedes Investment ab 10.000,- Euro ist uns willkommen. Dabei bleibt Ihre Einlage risikofrei, denn als stiller Gesellschafter müssen Sie niemals Kapital nachschießen – selbst wenn COMPACT rote Zahlen schreiben sollte. Und wenn Sie Ihr Engagement beenden wollen, sind wir zur Auszahlung Ihres aktuellen Kapitalanteils verpflichtet.

Erfolg mit gutem Gefühl

Gehen Sie mit uns auf Erfolgskurs! Unterstützen Sie uns dabei, das Potenzial unserer prosperierenden Marke zu entfalten. Denn wir haben noch viel vor. Zu unserer weiteren Geschäftsentwicklung gehört der Ausbau des Marketing sowie Investitionen in unsere Produkte und neue Mitarbeiter. Kommen Sie jetzt in den inneren Kreis von COMPACT! Helfen Sie mit, der schweigenden Mehrheit im Land eine Stimme zu verleihen und kämpfen Sie mit uns gegen die Propaganda einer gleichgeschalteten Presse.

Neben Ihrem VIP-Status bei COMPACT genießen Sie auch das gute Gefühl, zu einer Zeitschrift zu gehören, die sich dem «Mut zur Wahrheit» verpflichtet hat.

Schicken Sie uns jetzt eine formlose E-Mail an ***verlag@compact-mail.de.***
Wir setzen uns dann mit Ihnen in Verbindung und senden Ihnen ausführliche Unterlagen zu.



Der Hausherr ist vor der Asylwelle geflüchtet: Die schicke 25-Zimmer-Villa George Clooneys am Comer See. Foto: Hamster28, Public domain, Wikimedia Commons

Mitverantwortlich für diese fatale Entwicklung: Die selbsternannten Seenotretter dubioser Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die Magnetwirkung der Mittelmeer-NGOs ist zweifelsfrei belegt: Je mehr ihrer Schiffe vor Libyen kreuzen, umso mehr Menschen wagen mit der Aussicht auf eine inszenierte Rettung die Überfahrt. Die *New York Times* hat Mitte Juni in einer umfangreichen Recherche alle vorliegenden Daten ausgewertet und bestätigt: Alle vermeintlichen Rettungen finden mittlerweile direkt vor dem Strand statt, von Seenot keine Spur! Während 2014 noch Boote unter dem Vorwand einer plötzlichen Gefahrensituation aufgegriffen wurden, kamen die sogenannten Hilfsschiffe in jüngster Zeit bis an die Küste. Seit 2016 wurden kaum noch Illegale auf offenem Meer gesichtet. Schwindel-humanitäre Organisationen wie Seawatch, Moas und Ärzte ohne Grenzen greifen mittlerweile satte 40 Prozent der Flüchtlinge auf – und zwar direkt vor den Stränden des nordafrikanischen Chaosstaates.

Transit ohne Limit

Italien steht am Rande des Kollapses: Anfang Juli drohte Ministerpräsident Paolo Gentiloni mit einer Sperrung der Häfen für die Schlepperschiffe. Alle 200.000 Aufnahmeplätze für Migranten seien voll, jetzt bittet Rom um weitere EU-Gelder oder will andernfalls selbst für eine Begrenzung des Massenansturms sorgen. Zur Besänftigung von Rom hat die Bundesregierung versprochen, künftig mehr Asylanten abzunehmen, 750 statt 500 im Monat (ohne Dunkelziffer natürlich...). Seit Jahren läuft das immer gleiche Spielchen: Italien nimmt Flüchtlinge auf, Brüssel liefert die Gelder, der deutsche Steuerzahler muss die Rechnung bezahlen – und bekommt am Ende doch die Afrikaner via Brenner überstellt. Trotz des Durchwinkens nach Norden ächzt auch der Stiefel unter der Herrschaft der Migranten: Zwei von drei Italienern befürworten einen sofortigen Einwanderungsstopp, die Mehrheit ist für eine ausnahmslose und konsequente Ausweisung der Illegalen.

Doch statt eine effiziente Seeblockade durchzusetzen, bat die Gentiloni-Regierung in einem kürzlich vorgestellten «Verhaltenskodex» um die Einhaltung von Standards, die zwar generell für Schiffe völlige Normalität sind, aber gegenüber den vom Establishment hofierten «Hilfsorganisationen» natürlich nur sehr vorsichtig formuliert wurden. Konkret: Die NGOs müssten ihre Schiffstransponder aktivieren (damit sie geortet werden können), mit den Sicherheitskräften bei der Schlepperfahndung kooperieren und sich mit den italienischen Behörden absprechen. Was für alle gilt, musste man gegenüber den NGOs erst höflich einfordern – und wurde schließlich von diesen auch noch abgelehnt. Konsequenzen? Fehlanzeige!

Die Tricks der falschen Retter

Zu den Menschenhändlern gehört vermutlich auch die Dresdner NGO Mission Lifeline, gegen die die Staatsanwaltschaft bis Anfang Juli wegen Verdachts der Beihilfe zur Einschleusung von Ausländern ermittelte. Der Vorwurf wog schwer – Schleuserei ist kein Kavaliersdelikt, die Hilfe zum illegalen Grenzübertritt steht unter Androhung einer Gefängnisstrafe! Die Ermittlungen hatte die Abteilung Kriminalitätsbekämpfung der Bundespolizeiinspektion übernommen – die üblicherweise bei kriminellen Rockerbanden und organisiertem Drogenhandel aktiv wird. Das Verfahren wurde allerdings nach kurzer Zeit wieder eingestellt – viele Bürger sind jetzt vom Einknicken der Justiz enttäuscht.

Sea-Eye verfügt nach eigenen Angaben über drei Schiffe im Mittelmeer. Foto: sea-eye.org

«In keinem der Herkunftsländer herrscht Krieg.»
Bayernkurier

_Unser Autor Simon Kaupert wird ebenfalls an Bord des IB-Schiffes sein und auf COMPACT-Online sowie über seinen Twitter-Kanal @Simon_Waldquell über die aktuelle Entwicklung im Mittelmeer informieren.

Monfalcone am Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan. Foto: Screenshot Youtube

EU-Flottille im Mittelmeer

«Die EU-Marinemission Sophia kreuzt zusammen mit NATO-Schiffen in internationalen Gewässern vor Libyen. Sie soll Schleuser festsetzen und ihre Boote zerstören. Der Erfolg ist bisher eher bescheiden. (...) Seit Sommer 2015 wurden lediglich 109 Schleuser verhaftet und nur 445 Boote zerstört. Grund: EU und NATO dürfen sich nur außerhalb der Zwölf-Meilen-Zone bewegen. (...) Seit einem Jahr bilden die Europäer auch libysche Küstenschutzkräfte aus. Sie sollen die Migranten möglichst schon an Land von einer Flucht abhalten. Bisher wurden rund 100 Beamte ausgebildet. Viel zu wenig, um einen Küstenstreifen von 1.770 Kilometern professionell zu sichern. (...) Hinzu kommt: Niemand weiß, ob die neuen Küstenschützer wirklich im Sinne der EU arbeiten oder nicht doch mit Schleusern und Milizen paktieren.» (*Welt-Online*, 10.6.2017)

Der italienische Flugzeugträger Giuseppe Garibaldi. Foto: PHAN JDSHU KINTER, USN, Public domain, Wikimedia Commons

«Seenotrettung ist Pflicht für jedes Schiff», äußerte Mission-Lifeline-Chef Axel Steier gegenüber der Presse und betonte die Rechtmäßigkeit seiner Aktivitäten. Diese Rettungspflicht gibt es zwar, doch sie bezieht sich auf die Rückführung zur nächstgelegenen Küste. Erfahrene Rechtsexperten zweifeln an den edlen Motiven der selbsternannten Helfer: Manche NGOs steuern die Gewässer vor Libyen in der festen Absicht an, dort durch SOS-Signale andere Schiffe zur Aufnahme der Migranten zu zwingen. Einen anderen Trick hat sogar Bundesinnenminister Thomas de Maizière zu Jahresanfang angeprangert: Schiffe schalten in libyschen Gewässern ihre Scheinwerfer an – und auf dieses Signal hin schicken die Schleuser Schlauchboote mit Migranten los... Das Prinzip: Erst steckt man ein Haus bewusst in Brand, um sich dann als Feuerwehr zu präsentieren.

Libyen ist nach dem Sturz von Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi durch die NATO im Jahr 2011 ein gescheiterter Staat, überall marodieren Banden, eine funktionierende staatliche Infrastruktur gibt es nicht. Deswegen lautet auch das Hauptargument der Asyllobby, dass das Land zu unsicher sei – und es deswegen ein «Menschenrecht» auf ein Leben im Sozialparadies Deutschland gäbe. Offen bleibt jedoch die Frage, warum die Migranten aus anderen Staaten Afrikas überhaupt nach Libyen eingereist sind, wenn es für sie dort so gefährlich ist. Das Paradox der humanitären Propaganda: Libyen sei zwar sicher genug für die Einreise, nicht aber sicher genug, um zu bleiben.

Seit 2016 werden Teile der libyschen Marine durch europäische Militärs ausgebildet – mit Erfolg! Mehrere Einsätze in den Hoheitsgewässern gegen die Schlepper-NGOs und eine schnelle Rückführung der Illegalen belegen die Effizienz der Ausbildung. Nach einem Vorfall Anfang Mai, bei dem es fast zur Kollision zweier Schiffe kam, erhob Seawatch schwere Vorwürfe gegen die libysche Marine – und blamierte sich schnell. An Bord des Patrouillenbootes war nämlich ein Kamerateam von *Spiegel-TV*, das den Vorfall aus Sicht der Libyer dokumentierte. Darin zu sehen: Migranten mit Sonnenbrille und Polohemd, die ganz ohne Seenot die Seawatch erreichen wollten und über die Rückführung nach Tripolis nicht begeistert waren. Pikantes Detail: Der Bericht wurde hierzulande nicht ausgestrahlt und war nur über das Schweizer Fernsehen abrufbar. Die Schlepper-NGOs waren über die Rettung von der falschen Seite natürlich zutiefst empört. Seawatch fordert nun eine «Offenlegung der Inhalte bei der Ausbildung der libyschen Küstenwache zum Thema völkerrechtlicher und seerechtlicher Grundlagen». Wie wär's mit Offenlegung der eigenen Inhalte bei der Ausbildung – und Finanzierung?

Zwei von drei Italienern befürworten einen sofortigen Einwanderungsstopp.

Dem Treiben stellt sich bislang nur eine Gruppe entgegen: Die Identitäre Bewegung will mit Aktivisten aus Frankreich, Österreich, Italien und Deutschland eine einzigartige Mission zur Rettung Europas starten. Mit 80.000 Euro aus kleinen und großen Spenden wurde – trotz vorübergehender Kontensperrung – ein Schiff gechartert, das bei Erscheinen dieser COMPACT-Ausgabe schon auf hoher See sein wird. Es soll dicht neben den «Seenotrettern» kreuzen, Rechtsübertretungen dokumentieren und publizieren und so dem Schlepper-Business in die Speichen greifen! ■

Wie ein schwimmender Hafen: Europäische Marineschiffe werden von Schlepperbooten angelaufen. Foto: Irish Defence Forces, CC BY 2.0, flickr.com

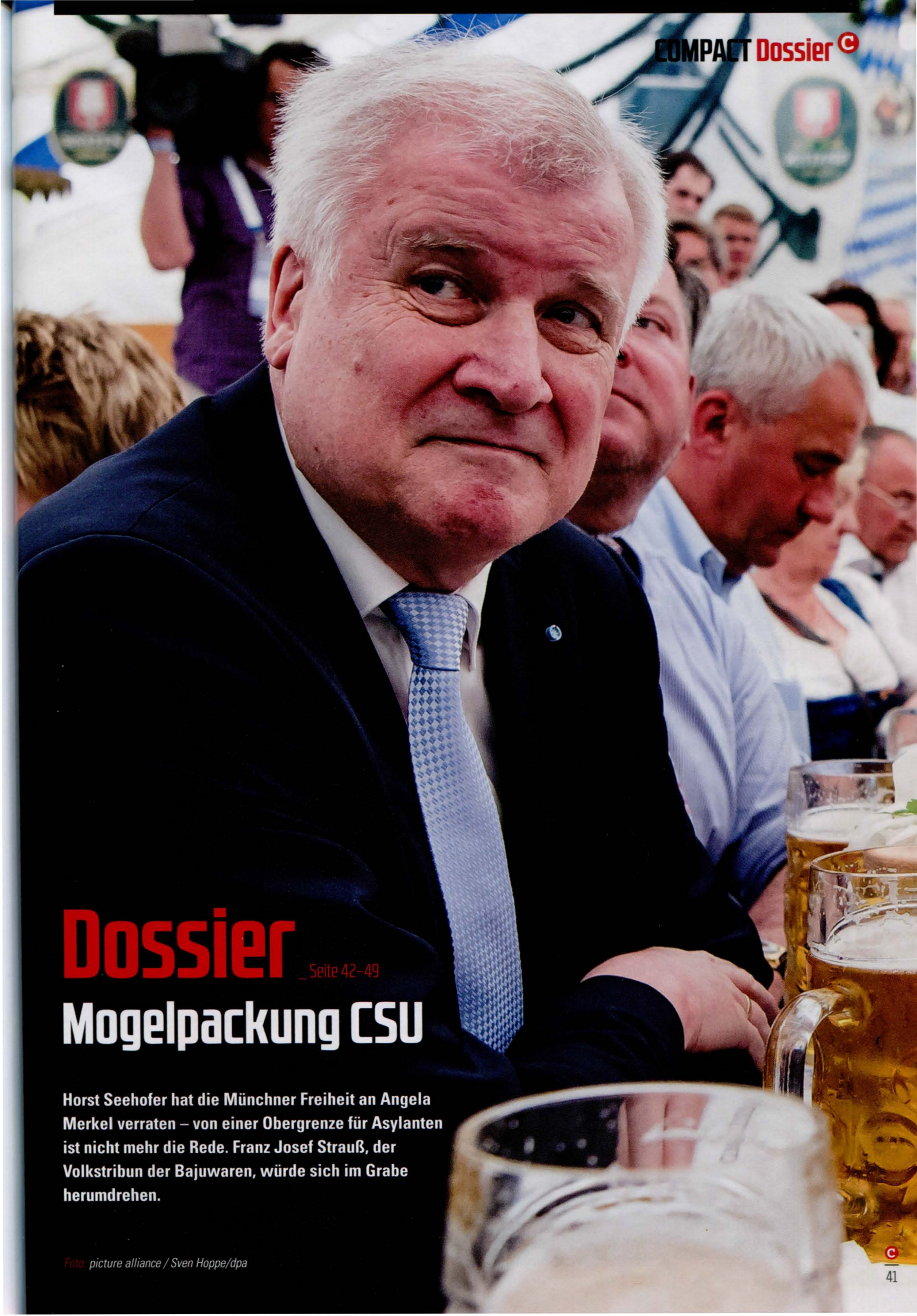
Anzeige

KAPITAL SICHERN.DE

ECHTE WERTE

- Gold und Silber als Münzen und Barren
- Strategische Metalle & Seltene Erden
- Einzigartiger Goldsparplan
- LV - Kündigung
- Beratung

www.KapitalSichern.de
Info@KapitalSichern.de
Telefon 07955 476583



Dossier

_Seite 42–49

Mogelpackung CSU

Horst Seehofer hat die Münchner Freiheit an Angela Merkel verraten – von einer Obergrenze für Asylanten ist nicht mehr die Rede. Franz Josef Strauß, der Volkstribun der Bajuwaren, würde sich im Grabe herumdrehen.

Foto: picture alliance / Sven Hoppe/dpa

Ist das noch CSU – oder kann das weg?

_ von Johannes Daniels

Horst Seehofer hat den Bayern viel versprochen: Verfassungsklage gegen die offenen Grenzen, eine Obergrenze für Asylbewerber, notfalls Bruch der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU oder wenigstens einen eigenständigen Wahlkampf. Gehalten davon hat er nichts.

Feind, Erzfeind, Parteifreund – Merkel und Seehofer am 28. Mai 2017 bei der Truderinger Festwoche in München. Foto: picture alliance / Sven Hoppe/dpa

COMPACT 2/2014. Foto: COMPACT

_ Johannes Daniels lebt in Schwabing und schreibt unter anderem für das Online-Portal pi-news.

3. Juli 2017: Die DDR-Light-Diktatorin Angela steht bei der Verkündung des gemeinsamen Unionsprogramms leuchtendrot-lachend neben dem anscheinend obergrenz-debilen Horst. Er: «Ich vertraue ihr blind!» Sie: «Die Arbeit am Programm hat mir richtig Spaß gemacht!» Man kann es ihr von Herzen glauben, welch Höllenfreude sie hatte, ihrem Vollhorst so richtig eine einzuschenken. Es brannte ihr schon lang unter den abgeknabberten Nägeln, ihn mal wieder ordentlich abzukanzeln und mit dem Nasenring durch die Manege zu führen. Vorsicht, Horst, Ingolstadt wartet auf Dich! Viele mächtigere CSU-Granden wurden schon aus geringerem Anlass von den CSU-Grantlern abgeledert und zurück in ihre Provinz nach Wolfratshausen (Edmund Stoiber) oder Nürnberg-Langwasser (Günther Beckstein) geschickt...

CSU goes CSD

Jeder Grantler an der Basis weiß: Seehofer und sein designierter-resignierter Bundesinnenminister Joachim Herrmann stehen in vorderster Reihe der Bumerang-Willkommensfront. Nicht weil sie es wollten, sondern weil sie aus reinem Machterhaltungsinstinkt die Flutung des Landes durch die Big-Brother-Allianz aus CDU, SPD und Grünen in Kauf nahmen. Der Widerstand dagegen war nur ein Bluff. Seehofers Verfassungsklage gegen den von der Kanzlerin geschaffenen und von ihm selbst so genannten «Unrechtsstaat»? Versandelt. Seehofers Androhung einer bundesweiten «CSU-für-alle?» Eine Luftnummer. Seehhofers energisches Schattenboxen für die «Obergrenze-im-Unionsvertrag-sonst-ganz-klar-Opposition»? The opposite – wie sich nun herausstellt: Es gibt zwar eine einseitige Willenserklärung der CSU zur Obergrenze, aber diese steht im Kleingedruckten oder besser Kleinverdrucksten, nämlich auf Seite 635 des «CSU-Bayernplans», der Bad Bank des Unions-Wahlprogramms...

> «Ich vertraue ihr blind!»
> Seehofer über Merkel

Im Zuge der freiwilligen Selbstaufgabe Deutschlands durch schwarz-rot-grün ist die CSU nach dem Bauchgefühl der Bundeskanzlerin – gesteuert von ihrem untrüglichen Machtgefügegespür-Solarplexus – zum gefügigen Wegwerfprodukt geworden. Zum Blinddarm eines blinden Ge-Horst-sams. Zum popo-listischen Auffang-Appendix – abgespeist mit

Petitessen und marginalen Ministerämtern. Zum Dünndarm ohne Charme. Zum Zwerchfell-Anfall. Zum pathologischen Abfall der Großen Operation am offenen Herzen Deutschlands. Viele fragen sich: Ist das noch CSU, oder kann das weg?

Das 50 Jahre lang gehütete Mantra der Christsozialen, wonach es keine Partei «rächts» von ihnen geben darf, hat die Union schwuppdiwupp in sein Gegenteil verkehrt: Es darf keine Partei links der CDU/CSU geben. So verkommt auch die bayerische Schwesterpartei zur Konfetti-mitwerfenden CSD-Truppe im bunten Palim-Palim-Parlament. Freiheit oder Sozialismus war die Devise von Franz Josef Strauß. Freiheit oder CSU müsste es heute heißen.

Die Parteibasis glaubt Merkels kastriertem Schmusekater nichts mehr.

Angesichts des Ordre de Mutti zur Abschaffung der Ehe-zwischen-einem-Mann-und-einer-Frau gibt es zwar Stimmen in der CSU, die das gar nicht so «schwul» finden – weil sich jetzt die CSU im Wahlkampf wieder von Merkel abheben könne. Einige weiß-blaue Recken freuen sich sogar klammheimlich, dass sie nun dem bayerischen Stimmvieh wieder zeigen können, wo der rot-rot-grüne Hammer (und die Sichel) hängt. Doch die meisten gehörnten Christsozialen gehen langsam aber sicher von der Regenbogenfahne, die im Berliner Unionshimmel freudig erregt geschwenkt wird. Der Wind hat umgeschlagen: Seehofer-Drehhofer hat derzeit große Probleme, die eigene Basis zum Wahlkampf ausgerechnet für Merkel zu motivieren. Viele Mitglieder ahnen bereits, dass die Vorzeichen der vierten «Merkulatur» keine Makulatur sind – sondern die Spitze des Eisbergs, auf den ihr steuermannloses Narrenschiff zutreibt. Alles klar auf der Andrea-Scheuer-Doria. Leinen los! Verantwortungslos. Prinzipienlos. Heimathafenlos. Ein Seemannslos – Seehofers Los. The Flying Quatschman is over the ocean.

Gau-Weidel statt Gauweiler

Die Parteibasis ist verkatert und glaubt Merkels kastriertem Schmusekater und seinen machtdurstigen Kumpanen kein einziges Machtwort mehr. Für viele echte Christsoziale gilt spätestens seit dem schicksalshaften Schwarzen Freitag – dem 30. Juni, als der Bundestag die Ehe für alle und das Maas-Zensurgesetz beschloss: Horst über Bord! Und statt Peter Gauweiler, der bisher oft den rechten Flügel decken musste, rufen die Leute nun nach Petr-Gau-Weidel – in Anspielung auf das Trio Petr Bystron, Alexander Gauland und Alice Weidel, die in Bayern und im Bund den Wahlkampf für die AfD anführen. Bystron lässt überall neben den «Sicherheit für alle»–Schwurbelpostern der CSU plakatieren: «Wir halten, was die CSU verspricht!»

Seehofer, der erpresste Erpresser, der betrogene Betrüger, der verleumdete Verleumder, der sich selbst gehörnte Hornochs! An den Stammtischen, über denen unter Strauß nur die CSU die Lufthoheit haben durfte, gibt es einen Ausdruck für das Vor-sich-Hertreiben junger und junggebliebener Hornochsen: das Bummales-Treiben. Dieses erledigt mittlerweile Bystron als Lordsiegelbewahrer bayerisch-konservativer Positionen, als Erbverwalter von FJS... «Respekt! Wer ko, der ko», raunt es bei Maß und Brezn: Wer kann, der kann. ■

Herrmanns Verbrechensbilanz

«In Bayern leben, heißt sicherer leben», sagte Innenminister Joachim Herrmann (CSU) im März 2016. Damals hatte er tatsächlich eine gute Nachricht zu verkünden: Die Zahl der Straftaten insgesamt sei um rund zwei Prozent rückläufig. Angestiegen ist jedoch der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen, und zwar um satte 7,3 auf über 31 Prozent. Bei einem Ausländeranteil von etwas über zehn Prozent in Bayern ist das überproportional hoch.

Nur auf München bezogen, wird der Trend noch deutlicher. Im Sicherheitsreport des Polizeipräsidiums für 2016 ist der Anstieg der Straftaten durch Zuwanderer mit 53 Prozent angegeben – was 2.000 zusätzlichen Delikten und einer Gesamtzahl von fast 6.000 Taten jährlich entspricht. «Rohheitsdelikte» wie Körperverletzung machen neben Asylbetrug, Beleidigungen und Drogenverkauf den größten Anteil aus.

Bild links: Joachim Herrmann ist auf dem Sprung nach Berlin. Foto: JouWatch, CC BY-SA 2.0, flickr.com

Bild rechts: Petr Bystron schloß sich bereits 2013 der AfD an. Foto: PI-News

Morden im Norden – Lynchen in München

_ von Johannes Daniels

Schlag auf Schlag hat sich das schöne Bayern verwandelt: Unbeschwertes Feiern mit Blasmusik oder abends durch den Englischen Garten radln – das war einmal. Im Zuge der Asylantenflut stiegen Kriminalität und Gewalt sprunghaft an – das Sicherheitskonzept der CSU hat versagt.

In den Taschen der Schwabingerinnen befindet sich Pfefferspray statt Deospray.

Eine noch nie dagewesene Missbrauchsserie hält derzeit die ehemals beschauliche Audi-Hochburg Ingolstadt in Atem. Es gärt gewaltig-gewalttätig: Einige sexuelle Übergriffe werden derzeit an den überlasteten Strafkammern verhandelt, einige Missbrauchsfälle aus ermittlungstaktischen Gründen eher unter den Tisch gekehrt – und einige tragische Einzelfälle ereignen sich, während diese Zeilen geschrieben werden.

Akif Pirinçcis Prophezeiung vom Großen Schlachten an der deutschen Bevölkerung nimmt nun auch in Bayern seinen irren irreversiblen Lauf. Im Land der «Partei der Inneren Sicherheit», im Land der Gralsritter von «Recht und Ordnung», im Wunderland der CSU…

Think global – rape locals!

Die männlichen Mitwirkenden «des Großen Experiments» kommen dabei aus aller Herren Länder, die weiblichen sind immer deutscher Nationalität, ihre Altersspanne reicht von 14 bis 74. Einige der Täter sind überraschenderweise psychisch-labil, nahmen mehr Flüssigkeiten mit Destillationshintergrund zu sich, als ihnen gut tat, oder hörten auf die Stimmen ihres Gottes. Kurzum: Sie sind schuldunfähig.

Ein nigerianischer Integrationsbemühter verstand es nicht, dass seine Art, «Hallo zu sagen» zwar vom Landgericht – strafrechtlich – gewürdigt wurde, nicht jedoch von der hiesigen Dirndl-Damenwelt. Und all das direkt «vor der Haustüre» des gebürtigen Ingolstädters Seehofer. Leid, Scham, Ekel, Angst und Aids-Gefahr – das neue Leiden der deutschen Frau. War das alles so gewollt, Horst?

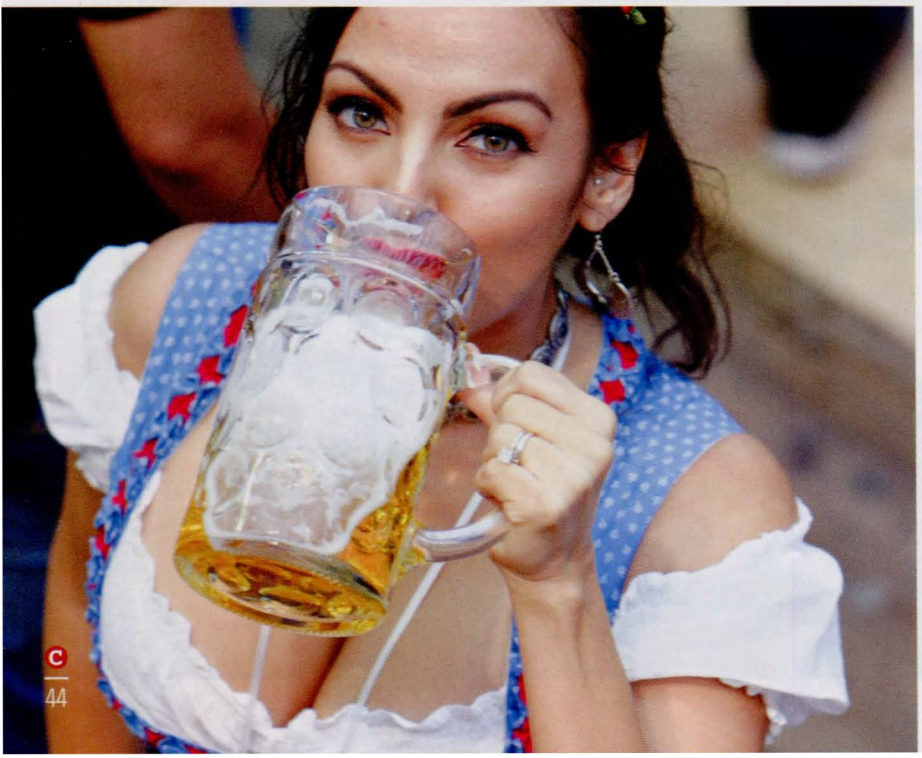
Die wöchentlichen Hiobsbotschaften über neue Sex-&-Crime-Exzesse der multipotenten Spezialisten der Kopulationswissenschaften passen «mit Sicherheit» nicht ins Bild der CSU, die mit «Überlebens»-großen Joachim-Herrmann-Konterfeis «Sicherheit» für alle plakatiert.

Angesichts der wundersamen biblischen Vermehrung von Rapefugee-Einzelfällen zweifelt mittlerweile der letzte bierselige bayerische CSU-Loyalist an dem kaltschnäuzigen Rat der Willkommens-Diktatorin: «Damit müssen wir halt alle leben und zurechtkommen». Es riecht nach Sendlinger Mordweihnacht 2.0 – einem blutigen Aufstand der Bayern im Jahre 1705 –, besonders in den Reihen der CSU.

Die Münchnerinnen früher: Mia san frei und wild.

Fährt man heute durch kleine verträumte Ortschaften in Bayern, hat sich das Straßenbild vielerorts gewandelt. Oft begann es schleichend, dann endete es in brachialer Landnahme: Afroarabische Männergruppen dominieren die Bürgersteige. Ganze Stammesclans lungern vor kostenlos Wlan-durchfluteten Shoppingarealen und Barockschlösschen oder gehen vor aufgelassenen Pfarrheimen ihrem «Bezness» nach. Manch vormals idyllischer Dorfplatz gleicht einer umtriebig-triebgeschwängerten Außenstelle von Ouagadougou, und in vielen Spaßbädern ist der Spaß schon längst vergangen. Volksfeste und Festivals werden aus Sicherheitsgründen abgesagt, und wenn überhaupt, dann nur unter dem Schutz kugelsicherer Security-Einheiten abgehalten – mit als Blumenkübel getarnten Betonbarrieren («Merkel-Legos») gegen allzu ambitionierte Lkw-Fachkräfte.

Frauen halten sich mittlerweile an die inoffizielle Ausgangssperre und bleiben bei Anbruch der Dunkelheit einfach zu Hause… Die Freiheit der Einheimischen ist eingeheimst… Der Selbstmordbomber von Ansbach, der Axtkiller von Würzburg aus dem



Bier statt Burka: Diese Besucherin des Oktoberfestes 2016 legt keinen Wert auf Rapefugees. Foto: Michaela Rehle / Reuters

Nach dem Amoklauf vom 22. Juli 2016 führt die Polizei Passanten mit erhobenen Händen aus dem Olympia-Einkaufszentrum. Foto: picture alliance / SZ Photo

vergangenen Jahr sind fast vergessen. Der importierte Terror tingelt nun über die Dörfer und hat zum Beispiel Arnschwang erreicht, wo ein verurteilter Asylkrimineller mit Fußfessel im Juni einen 5-jährigen Buben ermordete. Es herrscht «Land unter» auf dem flachen Land, wo sich der weißblaue Himmel zunehmend verdunkelt.

Die neue Münchner Freiheit

Auch im strahlenden Isar-Athen steht der große Austausch an: Mittlerweile sind knapp 50 Prozent der Münchner im Ausland geboren oder haben Migrationshintergrund, und damit sind nicht die schon lieb gewonnenen Saupreißn gemeint. Zwar ist die Metropole immer noch die sicherste europäische Großstadt, doch das Malmö-Gefühl ist langsam aber sicher überall – mittendrin statt nur dabei.

Liest man die Zeitungen der letzten zwölf Monate, so findet man: Amokschützen, Amokfahrer, Amokpolitiker. Mob statt Maß im Hofbräuhaus. Schießereien in der S-Bahn, Schweinereien in der U-Bahn. Vergewaltigung auf der Damentoilette der Eliteuni am Geschwister-Scholl-Platz. Die Wahnsinnstat des Massenmörders im Einkaufszentrum OEZ, des «Nazi-Iraners» Ali Davoud Sonboly – in fast allen Medien liebevoll als «David S.» verdeutscht – ist gerade ein Jahr vergangen und in den Medien fast vergessen – aber fest verankert im Unterbewusstsein aller schon länger hier lebenden Münchner, sprich der christlich-sozialen Kernwählerschaft.

Messern-Hauen-Stechen-Machetieren anstatt Shoppen-Chillen-und-Flanieren auf der Leopold. Dort brachten dieser Tage drei Münchner Migranten insgesamt 70 Polizisten die ganze Nacht über an den Rand des Wahnsinns. Joggerinnen im Englischen Garten – vergewaltigt und fast ermordet durch «Geduldete». Nach Anbruch der Dunkelheit nochmal auf die Piste? Sonnenbräunen in den pittoresken Isarauen? Noch schnell «die letzte Metro» nehmen? Das geht nur mit einem gewissen Grad an Selbstverteidigungskenntnissen! In den echten Louis-Vuitton-Taschen der hübschen Schwabingerinnen befindet sich seit Monaten Pfefferspray statt Deospray. Noch besser: Tierabwehrspray, das neue Gaultier am Nymphenburger Kanal. Fatal. Und immer wieder: Täterschutz vor Opferschutz, auch in der vormals ehrbaren königlich-bayerischen Justiz. Die Münchnerinnen früher: Mia san frei und wild. Die Münchnerinnen heute: Mia san Freiwild. Wie bestellt, so geliefert: ans Messer.

Die Münchnerinnen heute: Mia san Freiwild.

Wie zum Hohn hält das Polizeipräsidium Oberbayern seit Kurzem dufte Tipps aus dem Schatzkästchen Henriette Rekers («Armlänge Abstand!») für die Opfer parat: «Ausgeh-Ballerinas und Manolos» soll man immer dabeihaben – bequeme Schuhe, damit man «besser weglaufen kann». Man soll «Feuer» rufen bei Bedrängnis und beschauliche Waldwege meiden. Spaziergängerinnen sollen sich «vorbereiten, mal einen Sprint einzulegen oder die Handtasche zu schwingen». Besonders preiswert ist der Tipp: «Man wird selten Opfer, wenn man selbstbewusst wirkt.» Der Status quo? Ein No-Go. Dabei gab es Zeiten, da war Bayern eine einzige Yes-Go-Zone – das war noch vor ungefähr drei Jahren. ■

Rapefugees in Ingolstadt

In der bayerischen Großstadt an der Donau knistert es schon seit Ende April 2015. Da musste Martin Tomiak, Geschäftsführer der bei Ingolstädter Kids beliebten Disco Amadeus, schweren Herzens ein Einlassverbot für Flüchtlinge aussprechen.

Ingolstadt erlebt in der Folgezeit Grausames. Um die Weihnachtszeit 2015 versucht ein 32-jähriger Nigerianer, sich in der Sakristei einer Kirche in Wellheim an der Priesterin zu vergehen. Kurz darauf, zu Silvester, will der gleiche Mann eine Studentin in einem Altenheim zum Sex zu zwingen. Im August 2016 wird eine 60-jährige Ingolstädterin beim Gassigehen im Park überwältigt, ins Gebüsch gestoßen und von einem 26-jährigen Afghanen missbraucht. Mitte September letzten Jahres drückt ein 27-Jähriger Asylbewerber eine 14-Jährige auf einem Supermarktparkplatz an die Wand und nötigt sie sexuell, Passanten verhindern Schlimmeres. Ein Zuwanderer mit rumänischem Pass, 18 Jahre alt, versucht das Gleiche zwei Monate später bei einer 51-jährigen Taxifahrerin. Schließlich erwischt es Anfang Juli dieses Jahres eine 33-jährige Gaimersheimerin. Sie wird auf dem Heimweg von einem Open Air Festival von einem Afrikaner mittleren Alters brutal vergewaltigt – bisher läuft er noch frei herum.

München, rot lackiert

_ von Christian Jung/Torsten Groß

Millionen stehen hinter den Linksextremen – aber nicht Millionen Menschen, sondern Millionen Euro. Auch in der bayerischen Landeshauptstadt werden die Projekte der Demokratiefeinde massiv mit Steuergeldern subventioniert. Verantwortlich für den Schmusekurs sind nicht nur SPD und Grüne, sondern mittlerweile auch die CSU.

Zensur im Links-Staat

Das Buch *Der Links-Staat*, aus dem der nebenstehende Ausschnitt stammt, wurde vom Kopp Verlag durch zwei Dokumentarfilm-DVDs mit hochbrisanten Fakten zur Thematik ergänzt. Beleuchtet werden insbesondere die Verbindungen linksextremer Mainstream- und GEZ-Redakteure ins Antifa-Lager und ein allzu unkritischer Umgang der öffentlich-rechtlichen Sender mit Personen aus dem linksextremen Spektrum. Um diese Informationen und Hintergründe der Öffentlichkeit vorzuenthalten, beschritt der Bayerische Rundfunk den Rechtsweg und nutzte dabei juristische Nebenaspekte (Verletzungen des Urheberrechts bei Zitaten). Resultat: Eine der beiden DVDs wurde im Januar 2017 in einem Blitzverfahren verboten.

Nach Bekundungen der Szene heißt Antifa Angriff. Foto: JouWatch, CC BY-SA 2.0, flickr.com

359.015 Euro pro Jahr bezahlt die Stadt für das EineWeltHaus.

Im Frühjahr 1991 gründete sich in München der Verein Zeit, Schlacht und Raum. Im Jahr zuvor war es zur ersten rot-grünen Mehrheit in einer westdeutschen Großstadt gekommen. 24 Jahre lang sollte diese Mehrheit stehen und für einen warmen Regen in die Kassen der linksextremen Szene sorgen. Doch heute, da die CSU (seit 2014) mit der SPD in einer großen Koalition regiert, bleibt der Geldhahn nicht nur genauso weit geöffnet wie früher, sondern wird sogar noch weiter aufgedreht.

1994 wurde das Marat eröffnet. Es verstand sich von Anfang an als «Revolutionscafé», in dem ein «Kochkollektiv» für das leibliche Wohl sorgt. Es ist das Szene-Lokal der Linken in München. Der Trägerverein des Antifa-Treffpunktes war und ist bis heute der Verein Zeit, Schlacht und Raum. Vom Start an dabei war Gisela Seidler, die heute für den Anwaltverein mit anderen zusammen Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben im Ausländerrecht verfasst. Im Jahr 1997 gehörte sie dem Vorstand des Trägervereins an und entwickelte mit anderen die Kampagne kein mensch ist illegal, die sich für ein Bleiberecht unrechtmäßig eingereister oder abgelehnter Asylbewerber einsetzt.

Von Beginn an war die von der SPD gemeinsam mit den Grünen regierte Stadt fürsorglich um das Kafe Marat bemüht. Es ist in einem Gebäude der Stadt untergebracht, dem ehemaligen Tröpferlbad, einem öffentlichen «Wannen- und Brausebad» im früher sehr stark durch Arbeiter geprägten Schlachthofviertel. Das mittlerweile unter Denkmalschutz stehende Gebäude sollte 1997 saniert werden. Der Antifa wurde seitens der Stadt versichert, ihr würde als Ersatz in der in direkter Nachbarschaft gelegenen Zenettistraße ein Gebäude angeboten, und die Linksextremisten wurden zur Besichtigung eingeladen. Doch es blieb beim ehemaligen Tröpferlbad in der Thalkirchner Straße.

Die Schlange am Busen

Um sich der städtischen Unterstützung zu versichern, wurde schon in den 1990er Jahren mit wohlfeilen Worten für die linksextreme Szene geworben. Offiziell wurde das Kafe Marat in seiner Eigendarstellung als ein «Haus der städtischen Kultur für die Bürger Münchens» angepriesen. Zu jener Zeit war die Begeisterung für den Autonomen-Treffpunkt noch nicht bei allen im Rat vertretenen Politikern der etablierten Parteien verankert. Im untergliederten Gremium des Stadtteils, dem sogenannten Bezirksausschuss, äußerte sich ein SPD-Politiker öffentlich alles andere als freundlich im Hinblick auf den Treffpunkt: «Wir müssen entscheiden, ob man hier einen Schmarotzerverein öffentlich finanziert», erklärte er. Auch im Stadtrat selbst war die Kritik durch die damalige Opposition harsch: Der CSU-Fraktionschef Hans Podiuk soll erklärt haben, das Kafe Marat sei «zu einem Selbstbedienungsladen für Grüne» geworden. Trotzdem schoss die Stadt München in den 1990ern pro Jahr über 100.000 D-Mark an Miete zu. Pikant: Die ehemalige Schatzmeisterin des Marat-Trägervereins in jener Zeit, Silvia Dichtl, ging auch später noch mit städtischem Geld um. Als Mitarbeiterin des Wirtschaftsreferenten (und heutigen Oberbürgermeisters) Dieter Reiter war Dichtl für die städtischen Beteiligungen zuständig…

Podiuk, der sich einst so vehement gegen die Finanzierung des Kafe Marat eingesetzt hatte, ist aktuell (wieder) der Vorsitzende der CSU-Fraktion. Nach dem Eintritt in die Münchner Stadtregierung 2014 stimmte diese der weiteren Finanzierung des Marat zu! Als wir ihn dazu befragen, lässt er über seine Geschäftsstelle schriftlich mitteilen, «dass sich an der Einstellung der CSU-Fraktion zum Kafe

Marat nichts geändert hat. Wir stehen diesem Projekt nach wie vor ablehnend gegenüber.» Immerhin eine Antwort, wenn auch eine, die eine gewisse Portion Schizophrenie beinhaltet.

Keine Antwort auf die Nachfrage nach dem Grund des Gesinnungswandels kommt hingegen von Seppi (Josef) Schmid (CSU). Der derzeitige zweite Bürgermeister erklärte noch 2011 in einem Interview: «Niemand kann verlangen, eine extremistische Schlange auch noch an unserem eigenen Busen zu nähren.»

Ein Feuerwerk für Aida

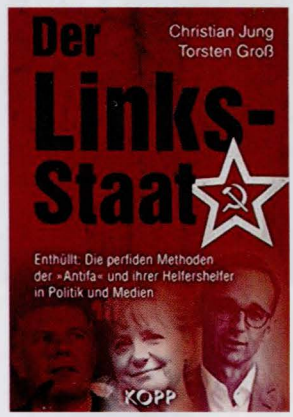
Aber nicht nur das Kafe Marat erfreut sich der städtischen Bezuschussung. Eine Unzahl von Vereinen, Initiativen und Veranstaltungen, aber auch die Evangelische Stadtakademie und andere dem linken Weltbild affine Einrichtungen können sich der Unterstützung der Stadt sicher sein. So wurden Ausstellungen wie «Pastinaken» im Gasteig, im Münchner Kulturhaus und in der Volkshochschule durch die Stadt ermöglicht. Dabei handelte es sich um eine Ausstellung, in der eine geistige Verbindung eines deutschen Wohnzimmers zum «Nazi in Dir» hergestellt wurde.

Das sind freilich Peanuts im Vergleich zu dem, was sonst noch an linksextremen Einrichtungen in München gesponsert wird. Im Jahr 1992 kam es zur internationalen Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro. An dieser nahmen 190 Staaten teil. Es war die Geburtsstunde der globalen Agenda 21. Weltweit wurde der Begriff der «nachhaltigen Entwicklung» eingeführt. In der Folge dieser Agenda 21 renovierte die Stadt München ein ihr gehörendes Gebäude für 3,7 Millionen D-Mark und überließ es der linksextremen Szene – das sogenannte EineWeltHaus. Seither wird es auch weiterhin jährlich mit enormen Summen bezuschusst – in den Jahren 2015 und 2016 mit jeweils 359.015 Euro. Dort wurden auch die Proteste gegen den G7-Gipfel in Garmisch-Partenkirchen 2015 durch die extreme Linke organisiert. Als der in München wohnhafte bayerische Landesvorsitzende der AfD, Petr Bystron, einem Vortrag im EineWeltHaus beiwohnen wollte, bestanden die Veranstalter darauf, dass er den Raum verlässt.

2,7 Millionen Euro pro Jahr bezahlt die Stadt für das Feierwerk.

Noch üppiger wird das Feierwerk subventioniert – mit 2,7 Millionen Euro pro Jahr. Die städtische Einrichtung (Selbstbezeichnung: «Kulturzentrum für Konzerte, moderne Kunstausstellungen und Kreativworkshops für alle Altersgruppen») trägt das Netzwerk 089 gegen Rechts und beherbergt auch den Antifa-Verein a.i.d.a. ■

Münchens 1909 fertiggestelltes Rathaus ist seit 2014 Amtssitz des SPD-Oberbürgermeisters Dieter Reiter. Foto: Sergey Novikov, shutterstock.com



Grundwissen – für 22,95 Euro erhältlich. Foto: Kopp-Verlag

_ Dieser Text ist ein leicht redigierter Auszug aus dem Buch von Christian Jung und Torsten Groß Der Links-Staat – Enthüllt: Die perfiden Methoden der Antifa und ihrer Helfershelfer in Politik und Medien (Kopp Verlag, 2016, 316 Seiten, 22,95 Euro).

Als der weiß-blaue Löwe brüllte

_ von Jürgen Elsässer

Mit Franz Josef Strauß hatte die CSU nicht nur die absolute Mehrheit in Bayern – sie war auch Impulsgeber und Hoffnungsträger für die Konservativen im übrigen Deutschland. Von seiner klaren und volkstümlichen Sprache könnte sich die AfD heute eine Scheibe abschneiden.

Franz Josef Strauß war von 1978 bis zu seinem Tod 1988 bayerischer Ministerpräsident. Foto: picture-alliance / Sven Simon

Der bayrische Löwe war das political animal der ganzen Republik. Skandale pflasterten seinen Weg – aber dennoch begeisterte er die Leute und nötigte auch dem gegnerischen Lager immer wieder Respekt ab. In den 1950er Jahren griff er als Atomminister nach der Bombe, Anfang der 1960er Jahre ließ er als Verteidigungsminister die halbe *Spiegel*-Redaktion hinter Gitter stecken, in den 1970er Jahren wütete er gegen die SPD-Kanzler und ihre Ostpolitik. Höhepunkt und Wendepunkt seiner Karriere war das Jahr 1980, als er der Schwesterpartei CDU den Vortritt bei der Kür des Kanzlerkandidaten abtrotzte – und dann gegen Helmut Schmidt unterlag. In den folgenden Jahren zog er sich in sein Stammland zurück und zeigte, dass sein notorischer Antikommunismus ihn nicht an realpolitischen Kompromissen mit «den Roten» hinderte: Der DDR vermittelte er einen Milliardenkredit und ermöglichte ihr dadurch eine mehrjährige Galgenfrist vor dem Zusammenbruch – und das Projekt einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf ließ er fallen, nachdem die Proteste zu stark geworden waren.

Mia san mia

Bayern war in seiner Ägide ein glückliches und stabiles Land. Die Kirche war noch im Dorf, der Schutzmann sorgte für Ordnung. In München konnte die Schickeria ihren Leidenschaften frönen, während in den Bergen weiterhin die Devise galt «Auf der Alm, da gibt's koa Sünd». Wo doch, war der Weg zum Beichtstuhl kurz, den Rest regelten die Amigos. Mit den Gastarbeitern gab es wenig Probleme – so lange «Radi» Radenkovic bei den 1860ern die Bälle hielt, lagen ihm die Madel zu Füßen.

Legendär war die Angriffslust des ewigen Parteivorsitzenden, der sich nicht um politische Korrektheit scherte – Leuten wie ihm ist es zu verdanken, dass dieser Jakobinismus erst später in Deutschland Fuß fasste. Was Strauß damals zum Besten gab, würde sich heute nicht einmal ein Björn Höcke trauen – er müsste befürchten, von der eigenen Partei gemeuchelt zu werden. Dabei polterte er nicht nur hinter verschlossenen Türen und ab und zu – nein, seine Kampfeslust war geradezu sein Wesensmerkmal, und er sagte mit Lust und Laune in aller Öffentlichkeit, was heutzutage schon in privaten Whatsapp-Gruppen als anrüchig gilt. Trotzdem – oder vielleicht sogar deswegen! – fuhr Strauß traumhafte Wahlergebnisse ein. In den 27 Jahren, in denen er Vorsitzender war, lag der schlechteste Wert der CSU bei Landtagswahlen in Bayern bei 54,4 Prozent im Jahre 1969. Sieben Jahre später fuhr er mit glatt 60 Prozent einen Rekord ein, der nie mehr erreicht werden sollte.

> «Ich will lieber ein Kalter Krieger sein als ein warmer Bruder.»

Ein Rückblick auf seine Best-of-Zitate ist ein Ausflug in ein Gesellschaft, in der noch das freie Wort galt. Vielleicht kann der eine oder andere Politiker heute davon lernen, was es heißt, im Sinne Martin Luthers «dem Volk aufs Maul» zu schauen – und den Deutschland-Verächtern mutig die Stirn zu bieten.

_ Alle Zitate entnommen aus: Klaus Staeck (Herausgeber), Einschlägige Worte des Kanzlerkandidaten Strauß, Steidl Verlag, 1979

Worte des Großen Vorsitzenden

[Der Spiegel] «ist die Gestaopo des heutigen Deutschlands.» *(Haaretz, 2.6.1963)*

«Jetzt halten Sie den Mund, Sie hirnloser Schreier. Sonst fliegen Sie hinaus, Sie Pfifferling.» *(Rheinische Post, 19.6.1965)*

[*Die Frankfurter Rundschau* ist das] «Sprachrohr bundesrepublikanischer Linksextremisten.» *(Frankfurter Rundschau, 22.9.1969)*

«Man muss sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind.» *(Spiegel, 16.3.1970)*

«Warum führt uns Willy Brandt in die Scheiße? Weil er nicht regieren kann, weil er die Außenpolitik für ein Fernsehprogramm hält.» *(Abendzeitung, 17.11.1970)*

«Ich bin Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam.» *(Spiegel, 30.11.1970)*

«Juso-Methoden wird es bei uns nicht geben. Der erste, der damit anfängt, der kriegt von mir persönlich einen Kinnhaken, dass es ihn raushaut.» *(Süddeutsche Zeitung, 24.12.1970)*

«Ich will lieber ein Kalter Krieger sein als ein warmer Bruder.» *(Die Zeit, 1.1.1971)*

«Die rote Unterwanderung bei Funk und Fernsehen hat ein Ausmaß angenommen, das für die Zukunft der Gesellschaft zu ernsten Sorgen Anlass gibt.» *(Rede in Vilshofen, 24.2.1971)*

«Europa wird auch nicht eher gesund werden, als bis die Deutschen ihren nationalen Minderwertigkeitskomplex überwunden haben (...).» *(Handelsblatt, 20.3.1974)*

«Was wir in diesem Land brauchen, ist der mutige Bürger, der die roten Ratten dorthin jagt, wo sie hingehören – in ihre Löcher.» *(Welt, 23.9.1974)*

«Es ist mir egal, wer unter mir Kanzler wird.» *(Spiegel, 21.4.1975)*

«Ich war nie der Meinung, dass wir die Politik der Duckmäuser betreiben sollten, bloß deshalb, weil es in der deutschen Geschichte große Katastrophen gegeben hat. Hitler muss einmal tot sein.» *(CSU-Parteitag, 24.5.1976)*

«Willy Brandt war es, der zur Hetze gegen Deutschland aufgerufen hat, weil das Beklagen angeblicher rechtsradikaler Umtriebe in der Bundesrepublik aus dem Munde eines Nobelpreisträgers für Frieden ja geradezu als Anstiftung zu einer Deutschenhatz mit den bekannten zahlreichen Exzessen im Ausland verstanden werden musste (...).» *(Bayernkurier, 3.12.1977)*

«Das ist einer der größten Irrtümer gewesen, eine der großen brunnenvergiftenden Behauptungen gewesen, dass die Wurzel des Nationalsozialismus im deutschen Konservatismus gelegen habe.» *(Bayernkurier, 13.6.1978)*

«Wir dürfen nicht die Dauerbüßer der Geschichte sein.»

«Jetzt kommen sie wieder, die roten Systemveränderer, wie die Ratten aus allen Löchern heraus.» *(CSU-Parteitag, 17.6.1978)*

«Wer für die Ausstrahlung von [der TV-Serie] *Holocaust* ist, muss die Jahrhunderte davor und die Jahrzehnte danach ebenso sehen und zeigen. Außerdem trägt eine solche Sendung insofern zu einer Geschichtsverfälschung bei, als der Eindruck erweckt wird, dass Brutalitäten und Scheußlichkeiten dieser Art sozusagen eine typisch deutsche Eigenschaft sind.» *(Welt am Sonntag, 28.1.1979)*

«Ich wünsche Ihnen hier in unserer Reichshauptstadt einen angenehmen Aufenthalt.» *(Spiegel, 18.6.1979)*

«Wir dürfen nicht die Dauerbüßer der Geschichte sein.» *(Die Zeit, 6.7.1979)*

«Wer bei uns lebt, soll sein Land nicht schlechtmachen. Wem es hier nicht passt, der kann ja rausgehen aus Deutschland.» *(Stern, 12.7.1979)*

«Der Geist der SA und SS wird heute von den Terrorbanden der Roten repräsentiert.» *(Bild, 15.9.1979)* ■

Bundesweite CSU?

«Strauß machte [in den 1970er Jahren] aus seinem Anspruch keinen Hehl, der eigentliche tonangebende Oppositionsführer zu sein. Konflikte mit der großen Schwesterpartei CDU waren somit unausweichlich. Diese erreichten im Zuge des Kreuther Beschlusses von 1976 einen Höhepunkt – für einige Wochen schien es, als würde die CSU ihre Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufkündigen und eine eigenständige Rolle im gesamten Bundesgebiet anstreben. Im Hintergrund standen hierbei vor allem Überlegungen, das scheinbar verfahrene Dreiparteiensystem durch die Schaffung einer vierten Kraft aufzubrechen, insbesondere um die Abhängigkeit der Volksparteien von der FDP zu beenden. Das Vorhaben misslang, und letztlich verblieb die CSU in der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU, der aber deutlich vor Augen geführt wurde, dass die CSU keineswegs nur ein quasiautonomer Landesverband unter eigener Flagge war.» (Konrad-Adenauer-Stiftung)

Strauß und Honecker auf der Leipziger Messe 1987. Drei Jahre zuvor hatten sich beide Politiker bei einem als privat deklarierten Treffen in Brandenburg kennengelernt. Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0226-315, Rainer Mittelstädt, CC-BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Die beste Wahlkampfmunition gegen Merkel und Co.

Jetzt am guten Kiosk!

Einzelheft oder SPEZIAL-Abo bestellen unter shop@compact-mail.de
Im Webshop: compact-shop.de · Im SPEZIAL-Abo unter: abo.compact-shop.de

Gehasst, verdammt, vergöttert

_ von Sven Reuth

RB Leipzig hat innerhalb von acht Jahren alle Hierarchien im deutschen Fußball umgestoßen und einer ganzen Region neues Selbstbewusstsein gegeben. Im Westen neidet man den Sachsen den Erfolg – auch deswegen, weil mit Dietrich Mateschitz ein ausgesprochener Asylkritiker die Fäden bei den Roten Bullen zieht.

Ein Hagel aus Bierdosen und Steinen, militante Angriffe selbst gegen Kinder, in der Südkurve Hassplakate wie «Bullen schlachten» oder «Pflastersteine auf die Bullen» – der 4. Februar 2017 geriet zu einem Gewaltexzess gegen die Anhänger von RB Leipzig. Die «Roten Bullen» aus der Pleißestadt waren in Dortmund beim BVB angetreten, 450 Borussen-Ultras veranstalteten eine regelrechte Jagd auf die Fans des Ostvereins. Schon vor Beginn flossen Blut und Tränen, am Ende mussten 15 Verletzte – zehn Fans, vier Polizisten, ein Polizeihund – behandelt werden. «Das, was in Dortmund passiert ist, hat alle Vorstellungskräfte überboten», empörte sich sogar Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU).

Leipzig im Glück

Es sind extreme Reaktionen, die die Fußballmannschaft von RasenBallsport Leipzig, kurz RB, überall dort auslöst, wo sie auftritt. Da ist einerseits die Euphorie: der Daueransturm auf den Fanshop in der Leipziger Altstadt, die vielen Kiebitze, die jedes Training in dem hochmodernen Leistungszentrum am Cottaweg verfolgen sowie die auf 160 Clubs mit 15.000 Mitgliedern angewachsene Fanszene , die sich mittlerweile bis ins Ruhrgebiet, nach Norddeutschland und in den Raum Stuttgart ausgebreitet hat.

Da ist aber auch die andere Seite, die Missgunst, der Neid und, ja, der Hass. Den sind sie in Leipzig seit den ersten Anfängen gewöhnt. Als der kurz zuvor auf Initiative der Red Bull GmbH gegründete RasenBallsport Leipzig e.V. im Jahr 2009 das Startrecht des SSV Markranstädt für die Oberliga übernommen hatte, wurde nach der Veröffentlichung dieser Nachricht das Stadion vollgeschmiert und der Rasen mit Unkraut-Ex zerstört. Damals hatte Dietrich Mateschitz, der Gründer und Hauptaktionär von Red Bull, schon seit drei Jahren nach einem Verein aus Leipzig oder dem Umfeld der Stadt Ausschau gehalten, der zu einer Kooperation bereit wäre. «Kaiser» Franz Beckenbauer höchstpersönlich, ein enger Freund von Mateschitz, hatte empfohlen, den Blick dorthin zu richten…

Das drängte sich auch geradezu auf. Leipzig, im Herbst 2006: Ein leerstehendes WM-Stadion, die nächsten Bundeliga-Standorte Berlin und Wolfsburg

Jubeln ja, mitreden nein: RB-Fans können keine stimmberechtigten Mitglieder ihres Fußballvereins werden. Foto: picture alliance / Sebastian Kahnert/dpa-Zentralbild/dpa

Mateschitz soll 100 Millionen Euro in den Verein investiert haben.

Fußballgott Timo Werner

Der Schwabenpfeil mit der Muskulatur eines Rennpferds ist für seinen Trainer Ralph Hasenhüttl schon jetzt der «beste deutsche Stürmer». Mit 21 Jahren, 126 Bundesligaspielen, 34 Toren und 17 Vorlagen ist er ein Superstar ohne Allüren, der keine drei Luxuslimousinen oder eine Freundin mit Schickeria-Allüren benötigt und dessen Berater Karlheinz Förster, der «Mr. Blutgrätsche» aus den 1980er Jahren, geradezu die Personifikation eines soliden Auftretens ist. Einer wie Werner müsste in seiner Bodenständigkeit und Volksnähe eigentlich der Liebling der Fans sein. Bei seinen bisherigen Spielen im Nationaltrikot wurde er allerdings gnadenlos ausgepfiffen – nicht deshalb, weil er einmal mit einer spektakulären «Schwalbe» einen Elfmeter herausgeholt hat (wofür er sich anschließend entschuldigte), sondern weil er für RB Leipzig aufläuft. Er antwortete auf seine eigene Art und Weise: Beim Confed-Cup im Juli in Russland, dem Test für die Weltmeisterschaft im kommenden Jahr, schoss er im letzten Vorrundenspiel gegen Kamerun zwei Tore, wurde zum «Man of the Match» gewählt und brachte Deutschland im Alleingang ins Halbfinale, wo er nochmals einen wichtigen Treffer gegen Mexiko erzielte. Am Ende bereitete Werner auch den entscheidenden Treffer im Finale vor und wurde vom Weltfußballverband FIFA mit dem «Goldenen Schuh» als bester Offensivmann des Turniers ausgezeichnet.

Timo Werner. Foto: RB Leipzig

Hassbekundungen von Dortmund-Anhängern im Februar 2017. Der Partie waren brutale Übergriffe auf mitgereiste RB-Fans in der Stadt vorausgegangen. Foto: picture alliance / Ina Fassbender/dpaelle

sowie damals noch Cottbus und Nürnberg jeweils etwa 200 bis 300 Kilometer weit entfernt, eine brachliegende Fußballlandschaft vor Ort und eine Großstadt mit einem kulturellen und – abgesehen vom Fußball – auch sportlichen Angebot von Weltrang. Wer hier jetzt Fuß fassen könnte, hätte glänzende Perspektiven. Nach einem persönlichen Besuch in der sächsischen Metropole im Jahr 2007 nahm Mateschitz einen positiven Eindruck mit auf den Rückweg nach Fuschl am See, der kleinen Gemeinde im Salzburger Flachgau, die der Red Bull GmbH als Firmensitz dient.

Fußball-Dornröschenschlaf beendet

Trotz großen finanziellen Einsatzes war die sportliche Ausbeute zunächst allerdings mager. Von der Vereinsgründung im Jahr 2009 bis 2013 gelang gerade mal der Aufstieg von der fünftklassigen Oberliga in die Regionalliga. Alles änderte sich, als Mateschitz im Juni 2012 Ralf Rangnick zum Sportdirektor berief. Der Menschenfänger und Workaholic zog wie ein Magnet qualifizierte Arbeitskräfte und hervorragende Kicker nach Leipzig, stellte das Spielkonzept komplett um und setzte auf junge und hungrige Nachwuchskräfte statt auf Altstars. Der Aufstieg vollzog sich nun im ICE-Tempo: Im Jahr 2013 von der Regionalliga in die 3. Liga, im Jahr 2014 in die 2. Bundesliga, und seit August 2016 ist man Erstligist und stürmte gleich zur Vizemeisterschaft hinter dem FC Bayern München und zur Qualifikation in der Champions League.

Eine Summe von bis zu 100 Millionen Euro soll seit Gründung des Vereins aus Fuschl am See in die Pleißestadt geflossen sein. Viele Fußballfans sehen in RB deshalb den Untergang aller Fußballidylle: RB sei ein Sport-Ufo, das in Mitteldeutschland gelandet ist und dem man keine Verdienste zugestehen möchte, weil es nicht mit einer langen Geschichte aufwarten kann. Es stört die Fußball-Traditionalisten dabei wenig, dass auch der Bundesliga-Dino Hamburger SV, der als einziger deutscher Verein seit seiner Gründung im Jahr 1919 stets in der höchsten deutschen Spielklasse vertreten war, am Tropf des Multimilliardärs Klaus-Michael Kühne hängt, der mit Darlehen und Beteiligungen in einer Gesamthöhe von 69 Millionen Euro dem HSV die Lizenz rettete, mit einer zweistelligen Millionen-Summe das Namensrecht am Volksparkstadion zurückkaufte und bei der Umschuldung des Stadionkredites half. Und der jordanische Milliardär Hasan Ismaik, der schon vor zwei Jahren damit prahlte, fast 40 Millionen Euro in den TSV 1860 München investiert zu haben, wurde sogar zum Totengräber des bayerischen Traditionsvereins. Seit dem Einstieg des Arabers im Jahr 2011 wurden 13 Trainer und sechs Präsidenten und Sportdirektoren verbrannt, und in der abgelaufenen Saison gab es dann auch noch den vollzogenen Abstieg in die Regionalliga – nach drei Beinahe-Abstiegen zuvor. Nein, Geld alleine schießt eben noch keine Tore, und gutes und nachhaltiges Sport-Sponsoring ist eher die Ausnahme als die Regel.

Man fragt sich unwillkürlich, was genau man denn RB und vor allem seinem großzügigen Mäzen vorwirft? Etwa, dass er mit hohen Spenden die von ihm selbst gegründete Stiftung Wings for Life unterstützt, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Querschnittlähmung heilbar zu machen, oder dass er am Salzburger Flughafen den Hangar-7, eines der architekto-

nisch spektakulärsten Museen in Europa, errichten ließ? Nein, das ist es dann doch wohl eher nicht. Der wahre Grund für die Feindschaft, die Mateschitz entgegengebracht wird, liegt in seiner politischen Unabhängigkeit. Manch einer fand es schon verdächtig, dass der Verein im Sommer 2015 das Aufhängen von Anti-Legida-Bannern in der heimischen Red-Bull-Arena untersagte. «Sind bei RB Leipzig Antirassismus-Banner verboten?», giftete Ronald Tenbusch im August 2015 in der Tageszeitung *Die Welt*. Im vergangenen Jahr schwadronierte das Lifestylemagazin *Vice* sogar vom «Heimatsender der Rechtspopulisten», bloß weil Identitären-Chef und COMPACT-Kolumnist Martin Sellner in einer Talkshow von *Servus TV* auftrat – denn der Fernsehsender gehört zum Firmenimperium von Mateschitz.

Dietrich Mateschitz, der Rebell

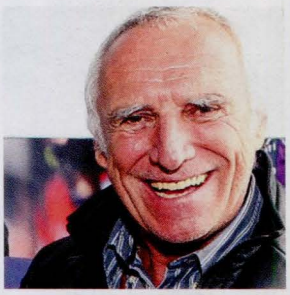
Noch mehr Unmut erregte es, als der Red-Bull-Chef im April dieses Jahres gegenüber der österreichischen *Kleinen Zeitung* äußerte, dass die Regierung mit Blick auf ihre Asylpolitik wohl «blind und taub gewesen sein» müsse, da für «jedermann erkennbar» war, «dass der Großteil der Menschen nicht der Definition des Flüchtlings entsprach». Mateschitz weiter: «Wenn einer der höchsten Beamten in Brüssel sagt, dass Staaten mit Monokulturen von der Landkarte ausradiert gehören, dann mache hoffentlich nicht nur ich mir Sorgen. Aber es scheint schon so, dass sich niemand mehr die Wahrheit zu sagen traut, auch wenn jeder weiß, dass es die Wahrheit ist.» Das will der Österreicher jetzt ändern: Die von ihm im Frühjahr ins Leben gerufene Medienstiftung namens Quo Vadis Veritas soll eine multimediale, öffentlich zugängliche Recherche-plattform finanzieren, die in ihrer Veröffentlichungen «näher an die Wahrheit» herankommen soll.

Nach all diesen Aktivitäten kann sich der gebürtige Steiermärker dann im September mit einem Besuch beim ersten Auftritt von RB in der Gruppenphase der Champions League belohnen. Auf diesen Moment hat nicht nur Leipzig, sondern ganz Mitteldeutschland lange gewartet. Es ist gut 30 Jahre her, als am 22. April 1987 der 1. FC Lokomotive Leipzig im heimischen Zentralstadion vor damals noch 120.000 Zuschauern (!) 6:5 im Elfmeterschießen gegen den FC Girondins de Bordeaux den Cup der Pokalsieger gewann. Der Lärm im Stadion war so groß, weil sich die begeisterten Fans auf den Rängen pausenlos anbrüllten, dass sich die Spieler auf dem Rasen nicht mehr untereinander verständigen konnten.

> Die Begeisterung im Stadion war damals so groß, dass sich die Spieler auf dem Rasen nicht mehr verständigen konnten.

Eine solche Euphorie ist in der Messestadt auch heute wieder da. Die «Roten Bullen» haben es geschafft: Schon acht Jahre nach ihrer Gründung sind sie – wie der FC Bayern München – zu einem Verein geworden, der keinen mehr kaltlässt, eben «gehasst, verdammt, vergöttert», wie es im Refrain eines Songs der Deutschrockband Böhse Onkelz heißt. Und in Leipzig – der Stadt, in der im Jahr 1900 der Deutsche Fußball-Bund gegründet wurde und die mit dem VfB Leipzig im Jahr 1903 den ersten deutschen Meister stellte – gibt es endlich wieder hochklassigen Fußball zu sehen. ■

Trainer Ralph Hasenhüttl.
Foto: PROThomas Rodenbücher, CC BY 2.0, flickr.com



Mäzen Dietrich Mateschitz.
Foto: Getty Images / Red Bull Content Pool

_ Sven Reuth ist Fußball- und Gesellschaftskritiker und lebt in Sachsen.

Anzeige

COMPACT Reise

Herbst 2017 | 6 Tage | 03.10.-08.10. 2017

Vom Oberlauf der Weichsel durch Galizien in die Ukraine

Sandomierz · Zamość · Lemberg · Przemyśl · Krakau

Selbstverständlich gibt es wieder eine durchgehende deutsche Reiseleitung von History-Tours und dem COMPACT-Reiseleiter P. Feist sowie örtlichen Fremdenführern.

Das genaue Leistungsverzeichnis finden Sie unter reise.compact-online.de.
Dort können Sie die Reisen ab sofort buchen.

Rock gegen Links

_ von Daniell Pföhringer

Sex, Drugs & Rock'n'Roll – das sind schon längst keine Kennzeichen rebellischen Lebensstils mehr. Wer heute gegen den Strom schwimmt, setzt auf echte Werte – und heult nicht mit den Multikulti-Wölfen. Immer mehr Rockmusikern der alten Schule steht die linksliberale Propaganda bis Unterkante Oberlippe.

Damals wollten sie noch Anarchy in the U.K. Johnny Rotten war neben dem früh verstorbenen Sid Vicious das bekannteste Mitglied der Sex Pistols. Foto: Koen Suyk, Nationaal Archief, Den Haag, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Morrissey wurde mit der Indie-Rock-Band The Smiths bekannt. Foto: Juergen Teller/EMI

Zu den echten Rock-Rebellen zählt Steven Patrick Morrissey, ehemals Kopf der legendären Indie-Band The Smiths, die Ende der 1980er mit Hits wie «Suedehead» und «Interesting Drug» späteren Alternative-Bands wie R.E.M. oder Radiohead und den Britpoppern von Oasis den Weg ebneten. Als ein islamistischer Selbstmordattentäter am 22. Mai 2017, genau an Morrisseys Geburtstag, bei einem Konzert von US-Popsternchen Ariana Grande in seiner Heimatstadt Manchester einen Nagelbombenanschlag verübte, der über 20 Menschen das Leben kostete, platzte dem heute in Los Angeles lebenden Musiker der Kragen.

In einem Statement auf *Facebook* holte Morrissey – ein echter Mancunian, der 1959 als Sohn irischer Einwanderer in einem Vorort der nordwestenglischen Industriemetropole geboren wurde – zum Rundumschlag gegen die politischen Eliten seines Heimatlandes aus und zeigte dabei weitaus mehr Realitätssinn als Pop-Lolita Grande, die nur wenige Monate vor ihrem Gig in Manchester von der *New York Times* mit der naiven Dummchen-Floskel «Islam is Peace» zitiert wurde.

Gegen das Establishment

Dem – pakistanischstämmigen und muslimischen – Labour-Bürgermeister von London, Sadiq Khan, warf der frühere Smiths-Sänger vor, sich zwar mit Manchester solidarisiert, aber den Islamischen Staat, der sich zu dem Anschlag bekannt hatte, nicht verurteilt zu haben. Seine Kritik richtete sich auch gegen den Bürgermeister von Manchester, ebenfalls ein Labour-Politiker, dem er entgegenhielt, den Täter nur einen «Extremisten» genannt zu haben, ohne dessen religiösen Hintergrund zu erwähnen: «Der Bürgermeister von Manchester Andy Burnham sagt, der Anschlag ist die Tat eines Extremisten. Was für ein Extremist? Ein extremes Kaninchen?»

Schließlich bekam auch die Regierungschefin der Tories ihr Fett weg: «Theresa May sagt, solche Angriffe werden uns nicht brechen, aber ihr eigenes Leben findet in einer kugelsicheren Blase statt.» Hinzu fügte er: «Außerdem: "Wird uns nicht brechen" heißt, dass die Tragödie weder sie noch ihre Einwanderungspolitik zerbrechen wird. Die jungen Leute von Manchester sind schon gebrochen – trotzdem danke, Theresa!»

> «England ist ein wirklich furchtbarer Platz, was Einwanderung betrifft.» Patrick Morrissey

Natürlich hagelte es die üblichen Islamophobie- und Rassismusvorwürfe. Morrissey, der sich in den 1980ern noch gegen die Eiserne Lady Maggie Thatcher engagierte, kennt das schon. Bereits 2007 hatte er mit einwanderungskritischen Äußerungen in einem Interview mit dem *New Musical Express* für einen Eklat gesorgt. Auf die Frage, ob er sich vorstellen könne, von L.A. wieder in seine alte Heimat zu ziehen, sagte der Musiker: «Schwer zu sagen, denn England ist ein wirklich furchtbarer Platz, was Einwanderung betrifft. Ich habe beileibe nichts gegen Ausländer, aber je größer die Einwanderungswelle ist, desto mehr verschwindet die britische Identität.»

Brexit-Punk

Eine Punk-Legende ist John Lydon, der als «Johnny Rotten» mit den Sex Pistols Mitte der 1970er «Anarchy in the UK» ausrief und den Blutdruck der Spießer in die Höhe trieb. Dass er ein echter Rebell geblieben ist, der den Mächtigen nicht nach dem Mund redet, stellte Lydon vor wenigen Monaten im britischen Frühstücksfernsehen unter Beweis. Als die Moderatoren Susanna Reid und Piers Morgan ihm in der Sendung *Good Morning Britain* ein politisch korrektes Statement gegen Nigel Farage entlocken wollten, mussten die beiden Fernsehleute mit Erstaunen feststellen, dass Lydon den ehemaligen UKIP-Chef richtig dufte findet und hinter dem Brexit-Votum steht.

In dem Gespräch ging es um eine Aktion des irischen Musikers Bob Geldof, der nicht nur keine «Mondays» mag, sondern auch keine britischen Unabhängigkeitspolitiker. Der Dber-Gutmensch der internationalen Popszene hatte im Juni 2016 mit Pro-EU-Aktivisten eine Brexit-Kampagnenflotte der UKIP auf der Themse behindert und sich dafür von den Mainstream-Medien feiern lassen. Lydon, stolzer Spross einer Londoner Arbeiterfamilie, erzählte den verdutzen Moderatoren, dass er die Geldof-Aktion reichlich «dumm» fand und Farage damals gerne die Hände geschüttelt hätte (was er inzwischen nachgeholt habe). «Wie ich zum Brexit stehe? Nun, die Arbeiterklasse hat gesprochen, und ich bin einer von ihnen – und ich stehe hinter ihnen», so der Punk-Veteran, der nach Auflösung der Sex Pistols 1978 – Kompagnon Sid Vicious hatte sich durch eine Überdosis Heroin aus dem Leben geschossen – noch einige Zeit mit P.I.L. auf der New Wave surfte.

Auch die Punk-Patin Vivienne Westwood hat sich von der Linken verabschiedet. Bereits 2010 hatte sie einen Rundumschlag gegen zeitgenössische Kunst, gegen Computerspiele und die Konsumgesellschaft geführt. «Es könnte, knapper formuliert, durchaus als Kommentar in einem erzkonservativen Blatt wie der *Daily Mail* stehen», beschwerte sich die *Süddeutsche*.

Familie statt Flower Power

Morrissey, Lydon und Westwood befinden sich in guter Gesellschaft. Schon vor mehr als 40 Jahren lobte ihr Landsmann Eric Clapton, weltberühmter Bluesrock-Gitarrist und -Sänger, dessen Megahit «Layla» von 1970 – auch dank Opel – heute noch jeder im Ohr hat, bei einem Konzert in Birmingham den früheren Tory-Politiker Enoch Powell, der 1968 mit seiner düsteren «Rivers of Blood»-Rede in ganz Europa für Schlagzeilen sorgte (siehe Infobox). Großbritannien sei «überbevölkert» und drohe, «eine schwarze Kolonie» zu werden, so Clapton 1976. Sein Lob für Powell bekräftigte Clapton 2004 nochmal in einem Interview: Der später kaltgestellte Politiker habe «unglaublichen Mut» bewiesen, als er vor der Masseneinwanderung warnte.

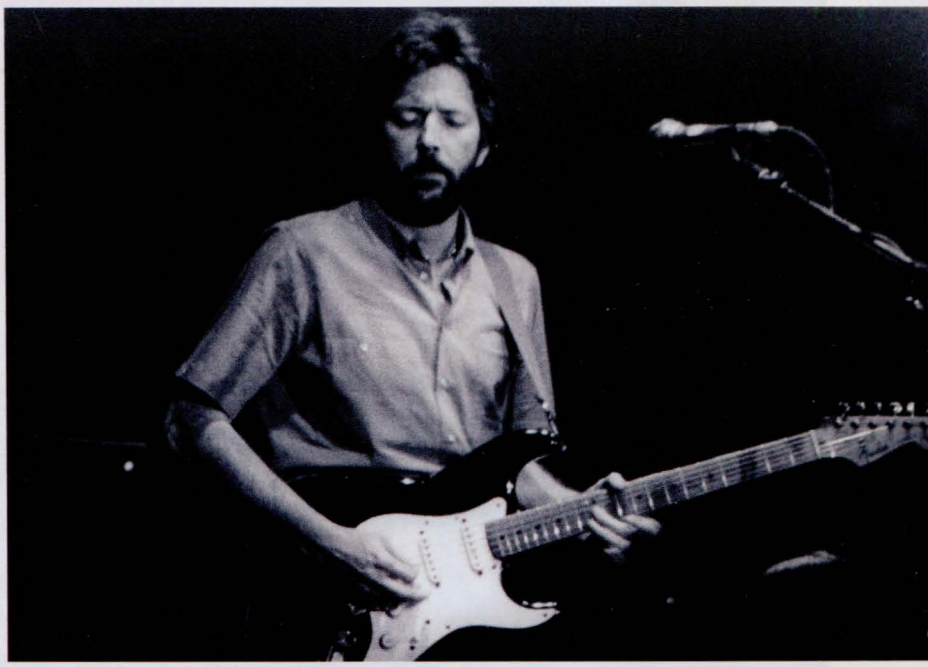
> «Wie ich zum Brexit stehe? Nun, die Arbeiterklasse hat gesprochen, und ich bin einer von ihnen.» John Lydon

Es fällt auf, dass gerade jene Urgesteine die konservative Kurve gekriegt haben, die, um es mit den Ramones zu sagen, einen Abschluss von der Rock'n'Roll High School vorweisen können, statt nur ein paar Schnellkurse an der Klippschule des seichten Pops absolviert zu haben. Dazu gehört auch Hippie-Veteran Neil Young («Rockin' in the Free World»), der mit Crosby, Stills and Nash 1969 beim Woodstock-Festival dabei war, und später, wenngleich Kanadier, Ronald Reagan (1980) und Ross Perot (1992) bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen unterstützte. Der frühere Flower-Power- und Freie-Liebe-Prophet heiratete, bekam drei Kinder, lebt heute auf einer Farm in Kalifornien und ist, so die WAZ in einem Porträt, ein «Wertkonservativer», der «die Werte des guten Amerika vertritt: Familie, Nachbarschaft, Redlichkeit».

Gene Simmons, züngelnder Frontmann von Kiss, sprach sich bei den vergangenen US-Wahlen – wie sein Südstaaten-Kollege Kid Rock – für Donald

«Rivers of Blood»

Am 20. April 1968 hielt der britische Tory-Abgeordnete Enoch Powell (1912–1998), ein begnadeter Rhetoriker, studierter Altphilologe und Kriegsveteran, in Birmingham eine Rede, in der er vor den Folgen einer ungebremsten Zuwanderung warnte. «Hält der derzeitige Trend an, werden in 15 oder 20 Jahren dreieinhalb Millionen Einwanderer aus dem Commonwealth und ihre Nachkommen in diesem Land leben», so der ehemalige Gesundheitsminister. «Über England verstreut werden Einwanderer und ihre Nachkommen ganze Gegenden, Städte und Stadtteile besetzt haben.» Powells Rede gipfelte schließlich in den Worten: «Wenn ich in die Zukunft blicke, erfüllt mich eine Vorahnung; wie der Römer scheine ich "den Fluss Tiber mit viel Blut schäumen" zu sehen.» Wegen des Vergleichs ging die Ansprache als «Rivers of Blood»-Rede in die Geschichte ein. Drei Tage nach der Rede warf Tory-Oppositionsführer Edward Heath den unbequemen Mahner aus seinem Schattenkabinett. Auch wenn seine Karriere damit beendet war, konnte das seiner Beliebtheit im Volk nichts anhaben. Eine Umfrage des *Daily Express* aus dem Jahr 1972 wies Powell noch immer als populärsten Politiker des Landes aus. 2002 erschien sein Name auf der Liste der «100 größten Briten» der BBC.



Eric «Slowhand» Clapton. Foto: F. Antolín Hernandez

Gene Simmons, Frontmann von Kiss, sprach sich für Donald Trump aus.

Trump aus. Und über den einstigen Schock-Rocker Alice Cooper («Poison»), der keine illegalen Einwanderer mag, berichtete *Die Welt* schon 2008: «Seit 32 Jahren lebt der Entertainer fromm in Arizona als Familienvater. Er hält Bibelstunden, wählt republikanisch oder gar nicht und erzieht seine drei Kinder streng.» Statt «School's out» abzufeiern, finanziert er zudem «als Ehrendoktor an der Universität ein konsequent christliches Jugendzentrum namens Solid Rock». Seine größte Leidenschaft ist heute das Golfspielen.

Deutschrock schwächelt

Nicht Golf, sondern die Jagd ist das Hobby von James Hetfield, Sänger und Gitarrist der Megastars von Metallica («Enter Sandman»), die vor Kurzem ihr elftes Album *Hardwired... to Self-Destruct* veröffentlichten und demnächst auf große Welttournee gehen. Dem Sohn eines Truckers und einer Opernsängerin, der Mitglied des Waffen-Lobbyverbandes National Rifle Association und ökologischer Selbstversorger ist, wurde es im linksversifften Kalifornien inzwischen zu stickig, wie er in einem Video-Podcast des amerikanischen Komödianten Joe Rogan verriet. Deswegen sei er nun nach Colorado aufs Land gezogen.

Der 53-Jährige begründete dies mit der «elitistischen Attitüde» des linksliberalen Establishments in Kalifornien. Er habe sich zunehmend unwillkommen gefühlt in einer gesellschaftlichen Umgebung, die die Jagd als «grausamen und unnötigen Akt» verteufele. Die «Diversity» der Lebensstile, von der in diesen Kreisen immer wieder die Rede sei, höre wohl dort auf, wo man sich nicht so verhalte, wie es politisch erwünscht ist. An Colorado schätze er die Offenheit, mit der man ihm dort begegne, so Hetfield.

Bis nach Deutschland ist wohl noch nicht durchgedrungen, dass Rebellentum längst nicht mehr links ist – und Multikulti total Mainstream. Hier gibt es sogar Regressionstendenzen. Die früher patriotischen Böhsen Onkelz sagen bieder ihre auswendig gelernten Anti-Rechts-Gedichte auf, die einstigen Riefenstahl-Provokateure von Rammstein um Till Lindemann, der noch vor einigen Jahren mit reichlich systemkritischen Äußerungen in der *Welt am Sonntag* aufhorchen ließ, sind geradezu handzahm geworden, und selbst Frei.Wild springen inzwischen über jedes Stöckchen, das ihnen hingehalten wird. Neidvoll blickt man ins Ausland, wo es echte Rock-Rebellen gibt – Rebellen, die wirklich etwas zu sagen haben und für etwas einstehen: Rebels with a cause! ■

_ Daniell Pföhringer, Jahrgang 1973, stammt aus Bayern, lebt als Unternehmer und freier Publizist in Dresden. In COMPACT 7/2017 schrieb er unter anderem über Multikulti-Liebesschmonzetten im Kino.

Anzeige

Ich heirate meinen Hund

_ von Akif Pirinçci

Die Ehe in Zeiten von Pest und Cholera könnten wir alle als große Party gestalten – Heteros und Homos und alle anderen, die einen oder etwas ganz dolle lieb haben. Aber mit dem ursprünglichen Zweck einer Verbindung von Mann und Frau sollte man die Fete nicht verwechseln.

Jaja, kann man so machen – muss man aber nicht. Ich meine dieses Ehe-für-alle-Hurra, das am 30. Juni vom Bundestag als Gesetz verabschiedet wurde, wonach auch Homosexuelle und ähnlich sexuell Orientierte sich ehelichen dürfen und können. Schade, es hätte nämlich zwei hervorragende Alternativen dazu gegeben. Die erste: Alles so lassen, wie es war, mehr noch, die Rechte der schwulen Klientel in dieser Sache komplett zurückdrehen. Die zweite: Die Ehe ganz abschaffen.

Um diese beiden radikalen Maßnahmen verständlich zu machen, bedarf es einer Reise in die jüngste Urzeit. In den Argumentationen bezüglich der «Ehe für alle» sowohl von ihren politischen Befürwortern als auch von deren medialen Claqueuren fallen die Worte «Liebe» und «Zusammensein» ziemlich oft. Biblischer geht es auch: «Was nun Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden!» Matthäusevangelium. Und Gott, der Allmächtige, kann zusammenfügen, wie er gerade lustig ist.

Der biologische Zweck der Treue

Doch kann von einer Ehe in ihrer ursprünglichen Funktion und Bedeutung nichts entfernter sein als die Liebe und das Zusammensein-Wollen, was ja eine Freiwilligkeit voraussetzt. Und was «Vater unser» betrifft, nun ja, der gute Mann schrieb in seinem Weltbestseller auch, schwul sei schxxßx. Aber lassen wir sowohl das Emotionale als auch das Göttliche beiseite, und betrachten wir uns den Ursprung der Ehe und für welchen Zweck sie in Wahrheit «erfunden» wurde. Der hängt nämlich mit einem Defizit des Homo sapiens zusammen. Dessen Nachwuchs wird im Gegensatz zum fast gesamten Rest der Fauna erst nach langer, langer Zeit selbständig beziehungsweise geschlechtsreif, so dass er seinerseits die Gene von Vater und Mutter weitertragen kann. Es hat sich für den Menschen in der Evolution als die erfolgreichste Methode zur Weiterreichung des Erbguts entwickelt, die Hit-and-Run-Variante des Tierreiches sein zu lassen und mit dem Geschlechtspartner solange zusammenzubleiben,

Luther hatte es vorausgeahnt: «Weil die Papisten den Ehestand nicht achten, geschicht ihnen recht, dass eitel Hundehochzeiten bei ihnen sind.» Foto: wallpapersja.com

Von einer Ehe in ihrer ursprünglichen Funktion und Bedeutung kann nichts entfernter sein als die Liebe.

Bild links: Mann kann auch ohne Crystal Meth Spaß haben: Katrin Göring-Eckardt und Volker Beck nach dem Ja des Bundestages zur Homo-Ehe. Foto: picture alliance / Michael Kappeler/dpa

Bild rechts: Die biblische Heilige Familie, Gemälde von Bronzino aus dem Jahre 1550. Bild: Bronzino, Public domain, Wikimedia

Ehe für alle? Genauso könnte man bei einer Beerdigung die Geburt eines Kindes feiern.

_ Akif Pirinçci (*1959) kam 1969 aus der Türkei nach Deutschland. Sein erstes Buch Tränen sind immer das Ende erschien 1980. Bekanntheit erlangte er mit seinem sogenannten Katzenkrimi Felidae (1989). Seit 2012 betätigt sich Pirinçci vor allem als gesellschaftspolitischer Essayist und Kritiker.

bis Junior und Juniorin selber mit dem Schnackseln anfangen. Übrigens schöpfen alle Ehewitze ihre Pointen aus diesem verhassten Aufeinanderhocken und (sexuell) Immerselben. Die Motive für den Mord am Ehepartner übrigens auch.

Der Mensch jedoch ist bekanntlich kein Tier, und deshalb braucht er für jeden alltäglichen Mist ein Ritual, sogar für so etwas Profanes wie die Nahrungsaufnahme. Es ist deshalb kaum herbeiphantasiert, wenn man davon ausgeht, dass bereits in der jüngsten Urzeit (davor waren wir tatsächlich wie Tiere) der Bund zweier Menschen, die Kinder in die Welt setzen wollten und dazu entschlossen waren, diese gemeinsam zu ernähren und zu beschützen, einer Art Anerkennung, Segen, Überhöhung, ja, einer salbungsvollen Verpflichtungserklärung und schließlich einer für jeden sichtbaren Dokumentation des Ganzen mit Pauken und Trompeten (Hochzeitsfest) bedurfte. Das alles aber diente in Wahrheit der Institutionalisierung der Reproduktion der eigenen Gene. Mit Liebe und ewigen Treueschwüren hatte es nur am Rande etwas zu tun. Dafür waren die Menschen damals zu wenige und, in vereinzelten Clans von anderen Clans isoliert, zu weit voneinander entfernt, als dass eine große Wahrscheinlichkeit bestanden hätte, auf «Mr. or Ms. Right», also auf die große Liebe, zu treffen.

Das Kleingedruckte beim Heiraten

Wie bei sämtlichen elementaren Dingen des Lebens bemächtigte sich alsbald die Religion der Sache und hob das Ein-Mann-und-eine-Frau-wollen-Kinder-machen-und-sie-aufziehen-Ding in den Stand von etwas Sakralem, wobei selbstverständlich akkurat vorgegeben wurde, unter welchen Regeln, Verboten und Geboten dies zu bewerkstelligen sei. Da war die Ehe schon so etwas wie ein gerichtsfester Vertrag – aber noch nicht ganz. Erst der professionelle Staat machte aus der Eheschließung ein wasserdichtes Regelwerk mit Paragrafen und Unterparagrafen und allem Pipapo. Allerdings auch ein ziemlich betrügerisches, denn bei dessen Unterzeichnung werden die Vertragspartner über den brisanten Inhalt weder schriftlich noch mündlich aufgeklärt, schon gar nicht darüber, was so zwischen den Zeilen steht. Ein schlauer Mann sagte deshalb einmal, man solle das Verfahren umkehren; die Heirat müsse den Leuten genauso katastrophal schwer gemacht werden wie die Scheidung.

Nun aber zu der Ehe für alle. Es ist Schwachsinn! Genauso könnte man bei einer Beerdigung die Geburt eines Kindes feiern oder könnten Seefahrer ein Erntedankfest veranstalten. Sinn, Zweck und Urgrund der Ehe werden entstellt, an deren Stelle erscheint als Rechtfertigung Blabla: Denn der Ursprung der Ehe ist eben nicht Liebe und der Wunsch nach Zusammensein mit dem Geschlechtspartner. Auch das Argument mit der Kindsadoption zieht nicht. Sich zu verpflichten, sich um bereits vorhandene Kinder zu kümmern, ist etwas grundlegend anderes, als selber Kinder zu produzieren, also für den Nachschub zu sorgen. Abgesehen davon, dass auf zehn heterosexuelle Paare, die adoptieren wollen, im Durchschnitt nur drei Adoptivkinder kommen. Wieso sollen da ausgerechnet Schwule und Lesben bevorzugt werden, die überhaupt nicht auf einem Reproduktionsplaneten beheimatet sind?

Aber egal: Mag der Zeitgeist, hinter dem unsere Politik in diesen Zeiten der Pest und Cholera so atemlos hinterherläuft, die juristischen Details hinsichtlich eines Familienverbunds anderswie klären. Doch bei der Ehe für alle hört der Spaß auf. Einfach deshalb, weil es eine Ehe außer zwischen Mann und Frau nicht geben kann. Wir nennen einen See auch

nicht Meer, nur weil sich in beidem Wasser befindet. Täten wir es, käme unsere Begriffswelt durcheinander und somit auch unser Zuordnungssinn. Wir lebten dann in einer Scheinrealität. Deshalb wird es auch in 1.000 Jahren in Wahrheit kein Mensch für voll nehmen, wenn ein Schwuler seinen Geschlechtspartner als «meinen Mann» vorstellt und eine Lesbe ihre Geschlechtspartnerin als «meine Frau». Man wird heucheln und so tun als ob. Das Biologische und dessen kulturelle Phänomene sind im Menschen betonhart verankert und selbst mit modischer oder ideologischer Propaganda nicht zu sprengen.

Polygamie als Rückfall

Das wirft natürlich die Frage auf, ob so etwas Archaisches wie die Ehe heutzutage überhaupt noch in die Landschaft passt, weil alles Weitere eh das Gesetz regelt und, wenn es hart auf hart kommt, Regierungsmehrheiten und Gerichte das letzte Wort haben. Damit meine ich keineswegs, dass durch den neuen Beschluss die altmodische Mann-Frau-Ehe entwertet wurde, wie einige Kritiker es sehen. Diese ist vielmehr dank diverser gesetzlich festgelegter Partnerschaftsmodelle «für alle» inzwischen selbst zu einem Modell unter vielen anderen geworden. Zu überlegen ist, ob die ganze Ehe-Chose nicht wieder zu ihrem Ursprung, also ins Private und Intime, meinetwegen ins rein Romantische verlagert werden sollte. Will sagen, jeder darf heiraten wen oder was er will, seinen Hund, seinen Blumentopf, ja, warum nicht den Mond? Jeder darf auch groß Hochzeit feiern und mit seinem Herzallerliebsten in der hübsch geschmückten Hochzeitskutsche renommieren. Allerdings dürfte dieses Event keinerlei rechtliche Bindung besitzen, sondern wäre eine Bekenntnisparty wie jede andere – sagen wir mal, wie der Abiball oder Opas achtzigster Geburtstag. Für alles andere, also für das Einverständnis der partnerschaftlichen Versorgung, das Sorgerecht für Kinder und deren Unterhalt, die Erbschaftsangelegenheiten und so weiter müssten gesetzliche Regelungen und privatrechtliche Verträge her. Ist ja eigentlich jetzt schon so.

Eine Eheform muss jedoch vom oben Vorgeschlagenen unbedingt ausgeschlossen werden, möchte man nicht zu einem Dritte-Welt-Staat verkommen, nämlich die Polygamie. Alle Gesellschaften, in denen die Vielehe erlaubt ist, sind rückständig und arm (Ausnahme: die Mormonen). Das liegt daran, dass der Mann, und nur für diesen ist das Frauchenwechsel-Dich-Spiel auch erfunden worden, weniger produktiv ist, wenn er sich unter dem Vielehe-Deckmantel mit religiöser oder sittlicher Autorität ständig mit der Jagd nach Frischfleisch beschäftigt. Selbstverständlich wird auch in der Monogamie ständig fremdgegangen, aber das ist ziemlich mühselig und hat fast immer schlimme Konsequenzen, sodass Mann es nicht übertreibt. Er soll seine Sex-Energie vielmehr nach Sigmund Freud möglichst viel «sublimieren». Mit Europa ist es erst vorangegangen, als die Einehe gesetzlicher Standard wurde.

Bleibt am Schluss die Frage, weshalb die Schwulenfraktion sich über die Ehe für alle derart freut. Tut sie das wirklich? Oder geht diese Freude nicht eher von ihrer politisierten, um nicht zu sagen gänzlich ideologisierten Funktionärskaste in Verbänden und Initiativen aus? Es ist das rotzfreche Triumphlachen ins Gesicht des deutschen Spießers. Es ist aber auch ein verspätetes und irrelevantes Lachen, weil der deutsche Spießer schon längst selber verschwult und ehemuffelig ist. Ich heirate jedenfalls niemals mehr – außer natürlich Julia, dieses ignorante Biest! ■

Pirinçcis «Verschwulung»

«Der Titel des neuen Buches Pirinccis klingt homophob. *Die große Verschwulung* erweist sich aber bei aufmerksamer Lektüre als Kritik der Genderideologie und vertritt damit in letzter Konsequenz auch die spezifischen Interessen schwuler Männer. (...)

Denn bis auf den völlig verunglückten Titel ist an dem Buch gar nichts homophob. «Verschwulung» hat nämlich mit dem Inhalt des Buches nur dann etwas zu tun, wenn man schwul mit feminin beziehungsweise Feminisierung des Mannes gleichsetzt. Deshalb auch der Untertitel des Buches: *Wenn aus Männern Frauen werden und aus Frauen keine Männer.* (...) Dass eine Gleichsetzung von Feminisierung und «schwul» einem heterosexuellen Autor passiert, kommt freilich nicht von ungefähr. Gilt es doch bei vielen homonormativen Menschen als höchste Form schwuler Tugenden, wenn sich ein Mann als Frau verkleidet. Travestiekünstlerinnen können und dürfen alles.» (Der schwule Publizist David Berger in der *Huffington Post*)

Anzeige

*inkl. MwSt

Unser kleines Schwarzes

COMPACT-Edition dokumentiert, was Sie nicht wissen sollen. Mit Belegen und Quellen.

Putin ist böse, Merkel ist gut, unsere Presse ist frei? Statt vorgefertigter Meinungen finden Sie hier ausschließlich Originalzitate – damit Sie sich selbst ein Bild machen können.

Jede COMPACT-Edition hat 124 Seiten im handlichen Format und ist mit Hochglanz und Klebebindung eine echte Versuchung.

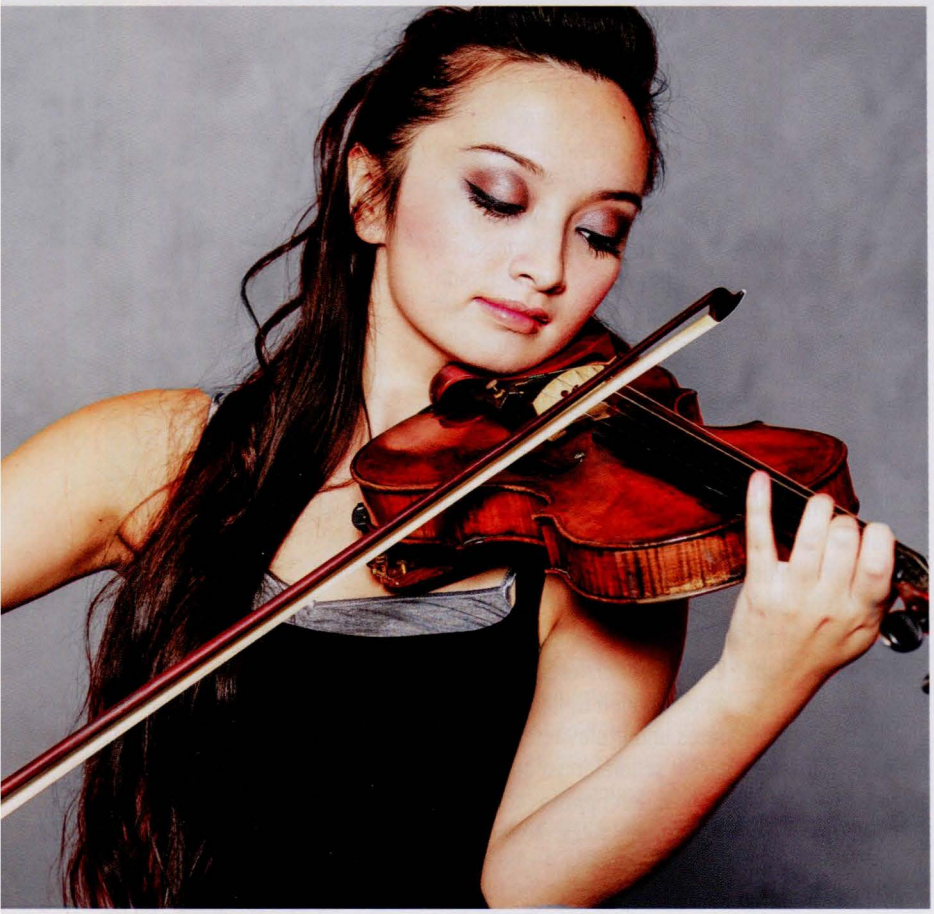
Bestellung unter:
shop@compact-mail.de
FAX 03327-569 86 17
compact-shop.de

Nur 8,80 € zzgl. Versand*

Frei ist, wer Regeln verinnerlicht

_ von Dominikus Böhm

Kann ein Mensch völlig nach seinen individuellen Vorstellungen leben? Kann er in der Luft fliegen wie ein Vogel, das Geschlecht wechseln wie die Kleider? Die Vorstellung einer Emanzipation von der Natur ist absurd.



Die Musik kann zur Ekstase führen – doch an die Noten sollte man sich halten. Foto: Danchuter, Public domain, Wikimedia Commons

Als «emancipatio» bezeichnete man in Rom die Freilassung eines Sklaven.

Wenn wir darüber nachdenken, worin das Wesen der Freiheit besteht, so tun wir das als Kinder unserer Zeit. Wir sind moderne Menschen, und deshalb ist unser Verständnis von Freiheit das der Moderne: Wir haben den Begriff von Freiheit, der in unserem gesellschaftlichen Umfeld etabliert ist, den man uns in der Schule beigebracht hat und der uns von den Medien und der Unterhaltungsindustrie präsentiert wird.

Was aber ist der Kern dieses modernen Freiheitsbegriffs? Die Moderne versteht Freiheit als Unabhängigkeit, das heißt Ungebundenheit. Freiheit besteht – ihrem modernen Verständnis nach – also in der Abwesenheit von Bindungen. Meine Freiheit wächst demzufolge in dem Maße, in dem ich mich fortschreitend aus allen Bindungen löse. Der Weg, auf dem ich zur Freiheit gelange, ist folglich der Weg der Emanzipation.

Freiheit «von» oder «zu»?

Im Terminus «Emanzipation» stecken die beiden lateinischen Wörter «manus» (Hand) und «capere» (ergreifen). Wenn ich aber etwas mit der Hand ergreife, so eigne ich es mir an. Und so bezeichnete man im antiken Rom den feierlichen Eigentumserwerb durch Handauflegung auch als «mancipium». «E-mancipare» bedeutet folglich, etwas aus dem mancipium zu entlassen. Daher bezeichnete man in Rom die Freilassung eines Sklaven oder die Entlassung eines erwachsenen Sohnes in die Selbständigkeit als «emancipatio».

Seiner modernen Bedeutung nach bezeichnet der Begriff der Emanzipation die Erlangung von Unabhängigkeit durch die Lösung aus familiären, ständischen, gesellschaftlichen, religiös-weltanschaulichen oder sonstigen Bindungen, die seit der Aufklärung als Formen nicht hinnehmbarer Abhängigkeit empfunden werden und mithin als Fesseln, die den Menschen an der angemessenen Ausübung seiner Freiheit hindern. In diesem umfassenden Sinne wird der Begriff der Emanzipation seit dem 18. Jahrhundert, also seit der Aufklärung verwendet.

Nun weist der Begriff der Freiheit jedoch einen negativen und einen positiven Aspekt auf. Der negative Aspekt der Freiheit, der im modernen Verständnis besonders hervorgehoben wird, verweist auf die Freiheit von Bindungen und somit von Abhängigkeit, das heißt auf die Freiheit von Einschränkungen der Ausübung der Freiheit. Der positive Aspekt der Freiheit verweist hingegen auf das, was an der Freiheit nicht eingeschränkt werden soll, nämlich die Möglichkeit einer eigenständigen Wahl der Handlungsziele und somit der uneingeschränkten Selbstbestimmung. Freiheit ist niemals bloß Freiheit «von» sondern immer auch Freiheit «zu».

Diese Überlegungen führen uns zum nächsten Zentralbegriff des modernen Freiheitsverständnisses, nämlich dem der Autonomie. Er besagt, dass der Mensch der souveräne Herr seiner Existenz und seines Lebens ist beziehungsweise sein sollte, dass er also dazu ermächtigt sein sollte, sich selbst (autos) sein Lebensgesetz (nomos) vorzugeben. Dieser Vorstellung zufolge hat der Mensch in letzter Konsequenz ein Recht darauf, der zu sein, der er sein will, anzustreben, was immer er wünscht und dabei so zu handeln, wie es ihm beliebt.

Diese Lehre von der Autonomie des Menschen tritt in der Moderne in zwei unterschiedlichen Vari-

anten auf, nämlich in einer kollektivistischen und in einer individualistischen Variante. In der kollektivistischen Variante ist das Subjekt der Autonomie nicht das Individuum, sondern ein Kollektiv, also etwa eine Ethnie, eine Nation, ein (Staats-)Volk, eine gesellschaftliche Klasse oder aber die Menschheit im Ganzen. Dem kollektivistischen Denken zufolge ist der Mensch zunächst und seinem Wesen nach Teil eines Kollektivs, und dieses Kollektiv ist es, dem die Autonomie zukommt. Was der Mensch ist, was er tun und wie er leben soll, ergibt sich aus dem Konsens, der im Kollektiv hinsichtlich dieser Fragen herrscht, unabhängig von der Art und Weise des Zustandekommens dieses Konsenses. Das Lebensgesetz des Menschen, das der Mensch sich in autonomer Weise selbst vorgibt, entspringt demzufolge dem Willen des Kollektivs, der durch den Willen einer Führungselite und letztlich durch den Willen eines obersten Führers repräsentiert wird. Dieses Konzept der Autonomie des Kollektivs wurde im Kommunismus (vor allem im Leninismus und im Stalinismus) und im Faschismus realisiert.

Der heute die sogenannte westliche Zivilisation beherrschende Liberalismus realisiert die individualistische Variante der Lehre von der Autonomie des Menschen. Der zufolge ist jeder Einzelne der souveräne Herr seiner Existenz und bestimmt daher selbst sein Lebensgesetz. Die einzige Grenze der individuellen Freiheit und Autonomie bildet nach liberalem Verständnis die Freiheit und Autonomie der jeweils anderen Individuen. Allerdings realisiert die mit dem Liberalismus korrespondierende politische Organisationsform der Demokratie – jedenfalls der herrschenden offiziellen Ideologie zufolge – ein System wechselseitigen Ausgleichs, das es jedem Einzelnen erlaubt, ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben zu führen.

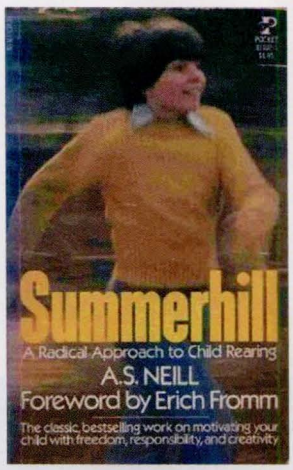
Die Natur als Schranke

Selbst wenn diese heute nahezu weltbeherrschende ideologische Position zutreffend wäre – was sie freilich nicht ist –, so bliebe immer noch ein Einwand gegenüber dem modernen Autonomiegedanken bestehen, nämlich der folgende: Autonomie ist weder im kollektivistischen noch im individualistischen Sinne vollständig realisierbar, weil der Wille des vermeintlich autonomen menschlichen Kollektivs oder Individuums stets auf die Natur trifft. Was ist damit gemeint? Der Mensch agiert stets im Kontext der Natur, und er ist selbst ein Teil von ihr. Diese aber ist definitionsgemäß der Bereich dessen, was der Mensch nicht selbst hervorgebracht hat und was er in dessen Dasein und Sosein nicht bestimmen kann. Der Mensch spielt also immer schon nach Regeln, die er nicht selbst aufgestellt hat und die er nicht zu verändern vermag. Selbst die Beherrschung der Natur macht es erforderlich, sich den Regeln der Natur zu unterwerfen oder, wie Francis Bacon es ausgedrückt hat: «Natura non vincitur nisi parendo.» (Die Natur kann nicht besiegt werden, außer durch Gehorsam.)

Und sofern der Mensch selbst ein Teil der Natur ist, findet er sich auch selbst immer schon vor und zwar als einen ganz bestimmten, dessen Bestimmungen er nicht autonom entwerfen kann, sondern die er schlicht annehmen muss. Daher sprechen die Schöpfungsreligionen von der Geschöpflichkeit des Menschen. Der Mensch ist frei, aber seine Freiheit ist begrenzt. Und für die geschöpfliche und folglich mit endlicher Freiheit ausgestattete Person gilt, dass in ihr – anders als bei Gott – Wesen und Wille nicht identisch sind. Der Mensch vermag sich nur in dem Maße wirklich selbst zu bestimmen, in dem er den Regeln seiner eigenen Natur, also dem Naturrecht folgt, also – horribile dictu – Gehorsam leistet.

> «Die Natur kann nicht besiegt werden, außer durch Gehorsam.»
> Francis Bacon

Die Vorstellung von der Autonomie des Menschen dagegen ist eine Illusion, und zwar eine höchst gefährliche und politisch folgenreiche Illusion. Freilich kann der Mensch selbstständig Regeln entwerfen; ja, er muss dies sogar tun. Das unterschiedet ihn vom Tier. Die vom Menschen entworfenen Regeln müssen aber auf Basisregeln gegrün-



Erziehung zu schrankenloser Freiheit? Die englische Reformschule Summerhill wurde 1921 gegründet. Summerhill-Gründer A.S. Neill wurde zum Autoritätsargument der Vertreter einer antiautoritären Erziehung. Dabei hatte der Pädagoge diesen Begriff nie verwendet, die ohne seine Mitwirkung zusammengestellte Textsammlung Summerhill kritisierte er scharf.
Foto: Repro COMPACT

_ Dominikus Böhm lehrt in einem katholischen Institut.

Alles erlaubt? – Antiautoritärer Kinderladen in Bochum 1971.
Foto: picture-alliance/dpa

Papst Benedikt über die Freiheit

«Die menschliche Freiheit ist immer eine mit den Mitmenschen geteilte Freiheit, eine Gesamtheit von Freiheiten. Nur in einer geordneten Harmonie der Freiheiten, die jedem seinen eigenen Bereich eröffnet, kann eine allgemeine Freiheit aufrechterhalten werden. Deshalb war das Geschenk des Gesetzes auf dem Sinai [die Zehn Gebote] keine Einschränkung oder gar Aufhebung der Freiheit, sondern gerade die Grundlage der wahren Freiheit.» (Papst Benedikts Predigt zur Priesterweihe, Rom, Pfingstsonntag 15. Mai 2005)

Benedikt XVI. Foto: Wolf-Dietrich Krause, CC-BY-SA-3.0

det werden, die ihrerseits menschlicher Verfügung entzogen sind. Diesen Basisregeln ist unbedingt Folge zu leisten, weil anderenfalls die menschengemachten Regelwerke grenzenloses Unheil heraufbeschwören.

Frei ist, wer virtuos ist

Hieraus ergibt sich ein Konzept von Freiheit, in dem Freiheit nicht auf Emanzipation, sondern auf Virtuosität gegründet ist. Dieses Konzept von Freiheit als Virtuosität möchte ich abschließend an Beispielen erläutern.

> Freiheit im sprachlichen Ausdruck erlange ich nicht durch Emanzipation von der Grammatik.

Wenn ich mich frage, wodurch ich Freiheit im sprachlichen Ausdruck erlange, dann kann die Antwort nicht lauten: durch die Emanzipation von den Regeln der Grammatik. Denn wer sich von den Regeln der Grammatik emanzipiert, verliert die Freiheit des sprachlichen Ausdrucks und kann in letzter Konsequenz nur noch stammeln. Je mehr ich mich hingegen den Regeln der Sprache unterwerfe, desto freier werde ich zu sagen, was immer ich will. Die Einübung der Sprachregeln führt sodann zu einer Virtuosität, in der mir die Regeln keinen Widerstand mehr entgegensetzen. Ich bemerke dann nicht mehr, dass ich Regeln folge, sondern ich spreche einfach, ohne dass mir die Regeln, denen ich folge, explizit bewusst werden. Ich bin dann ganz bei meinem Thema und nicht bei den Regeln der Sprache, derer ich mich bediene.

Auch die Beherrschung eine Cellos besteht nicht etwa darin, es in einem Akt der Emanzipation an die Wand zu schlagen, sondern darin, sich seinen Regeln zu unterwerfen und auf diese Weise Virtuosität zu erlangen. Auch wird das Schachspiel nicht dadurch interessanter, dass man sich von seinen Regeln emanzipiert, sondern dadurch, dass man den Regeln in der Weise zu folgen lernt, die es einem erlaubt, sich ihrer virtuos zu bedienen.

Der Begriff der «Regelbeherrschung» ist also ein dialektischer Begriff: Regeln beherrsche ich in dem Maße, in dem ich mich ihnen unterwerfe und dabei eine Virtuosität erlange, die den von den Regeln ausgehenden Widerstand aufhebt, weil ich mir die Regeln gleichsam anverwandelt habe. ■

alles roger?
DAS QUERFORMAT FÜR QUERDENKER
ist ein Magazin, das neugierig macht.
... ein Magazin, das niemanden kaltlässt.
... ein Magazin, das bewegt.
Jetzt Abo bestellen!
alle Infos unter: www.allesroger.at

Entscheidung vor Kalemegdan

_ von Jan von Flocken

Jahrhundertelang beherrschten und drangsalierten die Türken fast den gesamten Balkan und belagerten sogar zwei Mal Wien. Belgrad war ihre stärkste Festung – bis sie im August 1717 durch kaiserliche Truppen unter Prinz Eugen von dort vertrieben wurden.

Prinz Eugen, der klassische deutsche Held, war von seiner Herkunft her ein halber Franzose. Als Sohn des Herzogs von Savoyen-Carignan bot er König Ludwig XIV. seine militärischen Dienste an, doch der lehnte schroff ab. Zu wenig vertrauenerweckend schien dieser schmächtige Bewerber mit fahler Haut und Stumpfnase. Stattdessen übernahm Eugen 1683 ein Kommando in der Armee des Habsburger Kaisers Leopold I. und begann hier seine aufsehenerregende Karriere. Schon mit 20 Jahren General, ein Beispiel für gelungene Integration in Deutschland, nahm er an der Rückeroberung von Budapest teil.

Seinen ersten Schlachtensieg gegen die Türken errang er 1687 als Kavallerieführer bei der ungarischen Stadt Mohacs, dem ein weiterer Erfolg bei Zenta 1697 folgte. König Ludwig XIV. von Frankreich bereute es bald bitter, dass er Eugens Angebot zurückgewiesen hatte. Im Spanischen Erbfolgekrieg befehligte der Prinz das kaiserliche Heer und fügte den Franzosen empfindliche Niederlagen in den Schlachten bei Höchstädt 1704 sowie bei Oudenaarde und Malplaquet 1708/09 zu.

> «Greift die Ungläubigen ohne Gnade an!» Prinz Eugen

Nach dem Friedensschluss wollte Eugen, inzwischen 53 Jahre alt, eigentlich den verdienten Ruhestand in seinem prächtigen Wiener Belvedere-Palast genießen. Da erfolgte im April 1716 die türkische Kriegserklärung. Anfang Juli 1716 traf Eugen in Nordserbien ein, wo ein etwa 70.000 Mann starkes Heer auf ihn wartete. Die türkische Streitmacht war doppelt so groß. Der Offensivstratege Eugen richtete an seine Offiziere den Appell: «Greift die Ungläubigen ohne Gnade an, seid weder froh erregt noch niedergeschlagen, und Ihr werdet triumphieren.»

Prophetische Worte, denn bei Peterwardein wurden die Türken unter Großwesir Damad Ali am 5. August 1716 schwer geschlagen. Im Gegensatz zu den meisten Generalen seiner Zeit hielt Eugen sich meist nicht auf einem Feldherrenhügel weitab vom Schuss auf, sondern gab durch persönliche Tapferkeit seinen Soldaten ein Vorbild. So schreibt ein Teilnehmer der Schlacht: «Der Prinz hat sich ungemein exponiert(...) und war in der größten Gefahr, von den Türken niedergesäbelt oder gefangen zu werden.»

Kalemegdan: Die Festung von Belgrad wurde im 15. Jahrhundert errichtet und später ausgebaut. Foto: Samot, shutterstock.com

Bollwerk Kalemegdan

Allerdings hielten die Osmanen weiterhin Belgrad mit 30.000 Mann besetzt. Nachdem Eugen im Herbst 1716 die wichtige Festung Temesvár (heute Timisoara/Rumänien) erobert hatte, brach er Ende Mai 1717 Donau abwärts gegen die «weiße Stadt» der Serben auf. Die dortige Bastion, von den Türken «Kalemegdan» (Festungsebene) genannt, beherrschte die Mündung der Save in die Donau und damit den gesamten Schiffsverkehr auf beiden Flüssen. «So bildet dieser Festungsfelsen mit seinen Mauern, Wällen, Bastionen und Kasematten ein

_ Jan von Flocken ist Historiker und Buchautor.

Küchenpsychologie

Wie sehr man im Irrgarten der Geschichte aber fehlgehen kann, wenn er «aus dem Blickwinkel unserer Gegenwart» betrachtet wird, zeigt eine Eugen-Biografie der Österreicher Konrad Kramar und Georg Mayrhofer. Die beiden attestieren dem Kriegshelden, «seine Persönlichkeit war von tief sitzenden kindlichen Neurosen geprägt» und dass er «viel zu verklemmt, viel zu neurotisch und viel zu traumatisiert war». Wenn die Türken das gewusst hätten...

Prinz Eugen von Savoyen auf einem Gemälde von Jacob van Schuppen, 1718. Foto: Jacob van Schuppen, Public domain, Wikimedia Commons

Die Schlacht von Belgrad wurde im Lied «Prinz Eugen, der edle Ritter» verewigt. Foto: Jan van Huchtenburgh, Public domain, Wikimedia Commons

massives Bollwerk, das zu erobern nicht nur ungewöhnlichen Mut, sondern auch außerordentliche taktische Klugheit voraussetzt. Prinz Eugen bewies, dass er über beide Eigenschaften verfügte», konstatiert Hubert Gundolf in seinem Werk *Um Österreich! Schlachten unter Habsburgs Krone* (1995).

Auf einer gewaltigen Schiffsbrücke überschritt die kaiserliche Armee am 15./16. Juni die Donau. Anfang Juli wurde um die Festung Belgrad ein dichter Einschließungsring, die «Eugenischen Linien», angelegt. Dem darauffolgenden Beschuss hielt die türkische Garnison stand, und Ende Juli traf eine 120.000 Mann starke Entsatzarmee unter Chalil Pascha ein. Eugens Streitmacht war nun gefährlich zwischen den türkischen Truppen, den Festungsmauern und dem Donauufer eingeklemmt.

Eugen ging davon aus, dass man den Türken vor allem die eiserne Disziplin voraushabe.

Doch der Prinz ließ sich durch dieses Dilemma nicht beeindrucken. Am 15. August versammelte er seine Generale und erläuterte ihnen die Einzelheiten seines Angriffsplanes. «Äußerst interessant war einerseits die Schlachtordnung, die Eugen in 16 Punkten aufstellte, andererseits seine "psychologische Kriegführung", das heißt die Art und Weise, wie er seinen Plan den hohen Offizieren zu Kenntnis brachte», schreibt Wolfgang Oppenheimer in seiner Biografie *Prinz Eugen von Savoyen. Feldherr, Staatsmann, Mäzen.*

In straffer, konzentrierter Form erteilte Eugen seine Anordnungen. Vor allem wurden die Offiziere angewiesen, ihre Befehle «ohne Geschrei und Ungeduld» zu erteilen. Denn vor allem die eiserne Disziplin sei es, welche man dem Feind voraushabe und mit der seine numerische Übermacht ausgeglichen werden könne. «Niemand darf auch nur eine Handbreit von dem ihm zugewiesenen Posten weichen», orderte Eugen an. Bei Todesstrafe verbot er Beutezüge oder Plünderungen, welche die militärische Ordnung sehr gestört hätten. Die Infanterie sollte ein beständiges Feuer aufrechterhalten, weil die Erfahrung gelehrt habe, dass die Türken sich eher durch ununterbrochene Fortsetzung als durch plötzliche Stärke des Beschusses in Schrecken versetzen ließen.

Die Spahis auf der Flucht

Die Kampfhandlungen begannen am 16. August 1717 in aller Frühe, als plötzlich Nebel von den Flussauen heranzog. Die Festung im Rücken, marschierten Eugens Truppen auf Chalils Heer zu, wobei beide Seiten rasch die Orientierung verloren. Türkische Elitekavallerie, die Spahis, stieß unvermutet auf eine gegnerische Infanteriekolonne, und eine wilde Schießerei begann. Erst als sich gegen 8 Uhr der Dunst legte, konnte Eugen erkennen, dass eine türkische Geschützbatterie auf einem Hügel die Schlüsselstellung bildete. Er warf Schützen, Grenadiere und Reiterei nach vorne, um diesen Angelpunkt der feindlichen Stellung auszuschalten.

Nach etwa einer halben Stunde wurde die beherrschende Anhöhe von Soldaten mit gefälltem Bajonett unter großen Verlusten erstürmt. Dort konnte jetzt die eigene Artillerie postiert werden, die das Zentrum der türkischen Schlachtordnung unter Beschuss nahm. Kanonenkugeln brachten die Entscheidung. Schon kurz nach 9 Uhr war die Schlacht vorbei. 20.000 Tote zurücklassend, ergriff das türkische Heer die Flucht.

Der Prinz führte hier eines der kühnsten kriegerischen Manöver durch: Angriff aus ungünstiger Position mit verkehrter Front, dazu noch gegen einen zahlenmäßig weit überlegenen Feind. Belgrads Besatzung kapitulierte bereits am 18. August, und Eugen marschierte an der Spitze seiner Truppen siegreich in die Stadt ein.

Nach dieser Niederlage zogen sich die Osmanen aus Siebenbürgen und Oberungarn zurück. Der folgende Friedensschluss beendete die Balkankriege für zwei Jahrzehnte. Das kaiserliche Habsburgerreich hatte die größte territoriale Ausdehnung seiner Geschichte erreicht. Der 54-jährige Prinz Eugen durfte sich nun endlich in seinen geliebten Belvedere-Palast zurückziehen. ■

BRD-Sprech _ Ehe für alle

Als vor 40 Jahren in der Bibelfilm-Persiflage *Das Leben des Brian* ein homosexueller Protagonist sein Recht proklamierte, Kinder zu gebären, erntete er im Kino noch brüllendes Gelächter. Heute muss man befürchten, dass ideologisch geschulte Zeitgenossen überhaupt nicht mehr begreifen, was daran lustig sein soll. Sozialistische Denkgewohnheiten, denen jegliches Gut, das nicht «für alle» zu haben ist, a priori als skandalöser Verstoß gegen den Geist der Gleichheit erscheint, sind mittlerweile so tief verwurzelt, dass das «für alle» als Pawlowsches Glöckchen dient, mit dem man beim Publikum jederzeit das gewünschte reflexhafte Kopfnicken hervorrufen kann.

In gewisser Hinsicht ist die «Ehe für alle» die logische Fortsetzung einer Entwicklung, die schon mit der Einführung der Zivilehe begann, die nicht zufällig der Französischen Revolution folgte: Auf die Guillotine konnten die Machthaber in dem Moment verzichten, in dem sie erkannten, dass wirkliche Macht nicht in der Fähigkeit besteht, Köpfe abzuschlagen, sondern ihren Inhalt zu manipulieren.

Seit der Christianisierung Europas in der Spätantike hatte man unter der Ehe einen unauflöslichen Bund zwischen einem Mann und einer Frau zum Zwecke der Gründung einer Familie verstanden, gestiftet von Gott, gesegnet durch das kirchliche Ehesakrament.

Jegliches Gut, das nicht «für alle» zu haben ist, gilt als skandalöser Verstoß gegen den Geist der Gleichheit.

Die Zivilehe war nicht nur durch den Modus ihres Zustandekommens, sondern bereits ihrem Wesen nach etwas vollkommen Anderes, nämlich ein kündbares Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung, gestiftet von den Eheschließenden selbst, beglaubigt durch die Behörden.

Nun steht es einem modernen Staat frei, Rechtsinstitute zu schaffen oder abzuschaffen. Derlei Juristenkonstrukte allerdings mit religiösen Begriffen zu bezeichnen, ist nicht nur eine Aggression gegen die Religion, aus der sie stammen, sondern impliziert auch eine Selbstsakralisierung des Staates, die auf dessen beanspruchte «Modernität» ein etwas seltsames Licht wirft. Ein Staat, der ein von ihm gestiftetes Rechtsinstitut «Ehe» nennt, könnte ebenso gut die Verleihung der Staatsbürgerschaft als «Taufe» oder irgendeinen Verwaltungsakt als «Sakrament» bezeichnen.

Sooo süß, aber dennoch Propaganda… Foto: Javier Brosch, shutterstock.com

Daran, dass die meisten Leser über diesen Gedankengang vermutlich überrascht sein werden, lässt sich ablesen, wie gut die Manipulation des Denkens über die Manipulation der Sprache funktioniert: Die in unserem Kulturkreis primäre Bedeutung des Wortes «Ehe» dürfte nur noch ausgesprochen religiösen Menschen geläufig sein.

Seit das Prinzip akzeptiert ist, dass der Staat nicht nur sein eigenes Vokabular, sondern auch das seiner Bürger mit beliebigen Inhalten füllen darf, ist der Manipulation Tür und Tor geöffnet: Da ein übergriffiger Gesetzgeber den Grundsatz eliminiert hat, dass die Ehe definitionsgemäß ein Bund zwischen einem Mann und einer Frau ist – für die Mehrheit der Bürger nach wie vor eine Selbstverständlichkeit – und daher jeder, der etwas Anderes bezeichnen möchte, dafür ein anderes Wort zu verwenden hat, besteht kein Grund mehr, sie überhaupt noch als Bund zwischen zwei (und nicht etwa drei, fünf oder zehn Personen) zu betrachten.

Und niemand, der sowohl die Mentalität von Homo-Lobbyisten als auch die der uns «bereichernden» Kulturen kennt, sollte überrascht sein, wenn uns eines Tages der Bund zwischen Mann und Kind, deutlich: staatlich sanktionierte Kinderschänderei, als legitime Spielart der «Ehe für alle» präsentiert wird. ■

_ Manfred Kleine-Hartlage ist Publizist und Diplom-Sozialwissenschaftler. Die Serie ist an sein Buch Die Sprache der BRD angelehnt: Verlag Antaios, 240 Seiten, gebunden, 22,00 Euro (Bestellung über antaios.de).

Bartels Schmäh _ Jutta, Parma, Macho

Nach arroganten Provokationen durch Ditfurth verließ der CDU-Politiker Wolfgang Bosbach im Juli die Maischberger-Talkrunde zu den G20-Krawallen. Foto: WDR/Melanie Grande

_ Peter Bartels ist seit 50 Jahren Journalist und war 17 Jahre bei Bild. 1974 wurde er Unterhaltungschef in der Hamburger Zentralredaktion. Von 1989 bis 1991 war er zusammen mit Hans-Hermann Tiedje Chefredakteur von Bild – als das Blatt noch fünf Millionen Auflage hatte. Im Frühjahr 2016 ist sein Buch Bild – Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung erschienen.

Es war eine legendäre Schlacht um Mitternacht: «Wyatt Earp» Bosbach vs. »Calamity» Ditfurth, titelte das Onlineportal *Jouwatch*. Maische Maischberger hatte die grün-rote Unglückskrähe rauszuschmeissen versucht, nachdem der letzte Held der CDU unter Protest gegangen war.

Ich kannte schon ihren Vater. Der war beim ZDF beliebter Wissenschaftsjournalist: Professor Hoimar von Ditfurth. Sein Magazin *Querschnitte* war eine Art Straßenfeger für kluge Köpfe. Ich höre seine sanfte Stimme am Telefon noch heute. Dann wurde er langsam grün und immer leiser, die hübsche Tochter Jutta immer lauter ...

Sie legte das «peinliche» Adels-Etikett «von» ab, stürzte sich fundamental aber «klassenlos» als grüne Jeanne d'Arc in die Schlacht mit dem bösen Realo Joschka Fischer. Der klaute Bücher («um sie zu verkloppen»)... Der trat angeblich mit seiner Macho-Gang Frauen in den Bauch – und, das ist erwiesen, die Fundi-Adlige in die Tonne. Er wurde 1985 Hessens erster Minister in Turnschuhen. Die «grüne Gräfin» wurde nur dicker und machte später auf ÖkoLinX im Frankfurter Stadtrat. Da das damals nur um die 1.000 Märker/Monat brachte, war es schwer für sie. Und darum leichter für mich, ihr eine Serie über «Junker Joschka» anzubieten. Ich war zwar nur Chefredakteur eines «Schweineblatts». Aber da ich die Tittenpostille *Neue Revue* für den Bauer-Verlag zum People Magazin *Revue* umbauen sollte, kam mir 1999 die «grüne Gräfin» gerade recht. Und ihr die 2.000 Mark pro Folge. Sechs Wochen: «Zahltag, Junker Joschka!»

Natürlich mussten wir vorher «reden». Sie kam zu mir in die Heide. Und geriet in Panik, als sie zur Begrüßung von einem lieben Ossi-Mauerhund und zwei netten Wessi-Tölen umwedelt wurde: «Ich bin als Kind gebissen worden...» Als Jutta wieder fuhr, hatte sie ihre Phobie hinter sich – und ich beinahe das Schlösschen ihrer Mama gekauft. Den Familiensitz hatte die Grünen-Gründerin dank Schwarzer Riese Kohl längst wieder. Mama baute sogar überall Zentralheizung ein. Nun aber wollte sie zurück nach Heidelberg. Eine Million! Eigentlich günstig – Park, zentrale Lage, Bäcker, Teich, überall Seen zum Angeln, Weiden zum Reiten. Nur die Entfernung nach Hamburg... Und die SED-Roten wurden immer grüner – nix Autobahn. Vorerst...

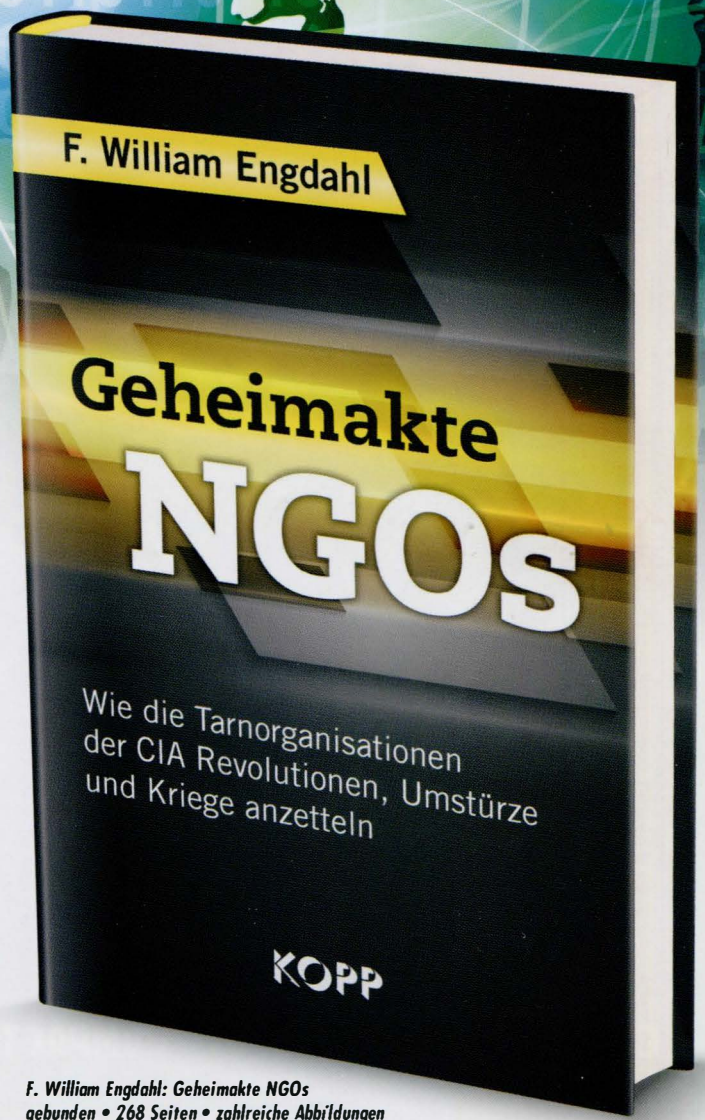
Also futterten wir gemeinsam unterm weißen Zelt Parma, Salami, Oliven, tranken Chianti und laberten uns satt bis plautz. Jutta packte ihren Teller voll und belegte mich mit Junker Joschka. Schließlich fand auch ich, dass er wirklich ein Macho-Schwein war. Dabei war (bin?) ich selbst Macho, was immer das ist.

Spiegel, Stern, Zeit – alle Säulenheiligen des damaligen Mainstreams stürzten sich auf die *Revue*-Serie. Wir begannen sogar mit einem richtig schönen Titelfoto der grünen Gräfin (etwas Weichzeichner, vielleicht). Die rührende erste Folge: »So grün war mein Traum.» Einstieg: «Wir wollten eine Welt ohne Atomkraftwerke, ohne Unterdrückung, ohne Hunger... Aber dann kamen die Karrieristen, die Opportunisten, die Spontis – Joschka Fischer, Daniel Cohn-Bendit.» Jutta versprach: »Ich werde sagen, mit welchen Intrigen die grüne Hoffnung zerstört wurde. Wie aus Pazifisten Militaristen wurden. Und wie die "Realos" sich versorgten... Es ist Zahltag, Joseph Fischer!»

Fischer ist längst wieder rund und weg, kassiert fette Staatsknete. Und die Grünen sind immer noch da. Wenngleich sie nun wohl endgültig dem fünf-Prozent-Abgrund entgegendieseln. Nachdem sie Schweine-Deutschland grün-rot und fast tot atomisiert haben. Und Jutta macht immer noch Randale. Bis (manchmal) ein «Wyatt Earp» Bosbach kommt, der letzte Gun Shooter der CDU. Aber der darf Deutschland ja nur noch um Mitternacht im TV-Talk verteidigen – wenn seine Chefin schläft oder Nägel kaut. Insofern, Frau von Ditfurth: Nix erreicht, aber alles geschafft. Gute Nacht, Deutschland! ■

Anzeige

NGOs: Das größte Geheimdienstprojekt aller Zeiten!



Die Motive der NGOs klingen philanthropisch und edel. Viele motivierte Davids engagieren sich gegen übermächtige und böse Goliaths, um die Welt zu verbessern. Doch die Wirklichkeit sieht oft ganz anders aus.

William Engdahl enthüllt die wahre Geschichte der scheindemokratischen NGOs. Es ist die Chronik einer der destruktivsten und effektivsten Operationen, die je von einem Geheimdienst ins Leben gerufen wurde.

**Das zerstörerische Werk dieser NGOs:
Sie versprechen Frieden, Menschenrechte und Demokratie – was sie bringen, ist Krieg, Gewalt und Terror!**

William Engdahl zeigt, wer wirklich hinter den NGOs steckt, wer sie finanziert und steuert. Er deckt auf, welche Rolle sie in der Geostrategie der USA spielen und mit welch perfiden Methoden sie arbeiten. Er macht vor allem deutlich, in welchem Maße sie die neuere Geschichte beeinflusst haben. Denn ob Ukraine-Konflikt, Arabischer Frühling, Syrien-Krieg oder Flüchtlingskrise: **Die NGOs waren – und sind – an allen wichtigen geopolitischen Entwicklungen maßgeblich beteiligt!**

Begeben Sie sich mit William Engdahl auf eine Reise durch die Geschichte der geopolitischen Manipulation und erfahren Sie:

- wie und mit welcher Brutalität im Namen der Menschenrechte scheindemokratische Regimewechsel herbeigeführt werden;
- was die wirklichen Hintergründe für diese Regimewechsel sind;
- welche deutschen Politiker diese Strategie der US-Elite bewusst unterstützen und teilweise bis heute in unseren Parlamenten sitzen;
- warum die USA ihre langjährigen »Alliierten« – von Zbigniew Brzeziński »Vasallenstaaten« genannt – in Westeuropa ebenfalls mit der »Menschenrechtswaffe« bekämpfen;
- welch perfide Strategie hinter dem »Merkel-Plan« der offenen Grenzen steckt und wer die wirklichen Drahtzieher sind;
- mit welch unglaublichen Summen George Soros die NGOs fördert – und warum;
- warum die soziale und politische Destabilisierung der EU und auch Deutschlands ganz oben auf der Agenda der USA steht;
- wie »Dschihad-Kriege« und internationaler Terrorismus von den USA gelenkt und unterstützt werden;
- welchen Geheimplan Donald Trump für den Nahen Osten hat und wie seine Strategie für die zukünftigen US-Rohstoffkriege aussieht.

***F. William Engdahl: Geheimakte NGOs
gebunden • 268 Seiten • zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr. 958 000 • 22.95 €***

»Vieles von dem, was wir heute tun, wurde vor 25 Jahren verdeckt von der CIA erledigt.«
Allen Weinstein, Mitverfasser der Gründungsakte der NGO National Endowment for Democracy

KOPP VERLAG

**Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas**

Unsere SPEZIAL zu den Themen Asyl, Islam und Terror

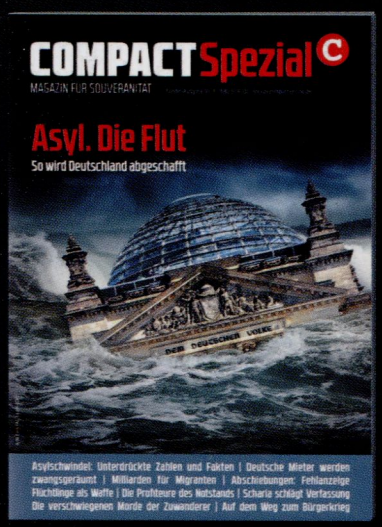
Zur Wissensvertiefung und als Argumentationshilfe

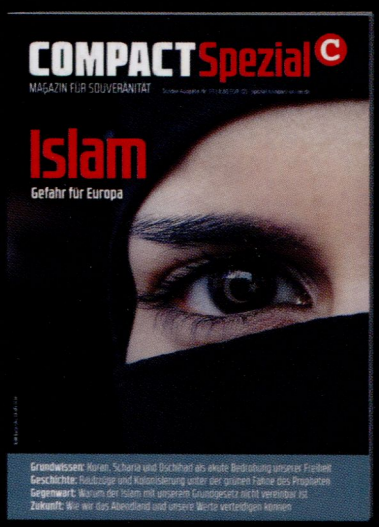
Hintergrundwissen zu den brisanten Themen, die unser Land bewegen.

A4, Hochglanz
84 Seiten
Klebebindung

Je nur € 8,80*

*inkl. MwSt zzgl. Versandkosten





Bestellung unter shop@compact-mail.de · FAX 03327-569 86 17 · compact-shop.de